



Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und seine Arbeit in der 19. Wahlperiode

Stand: 26. Januar 2022



©DBT/Urban



Inhalt

| | | |
|------|---|----|
| I. | Einleitung..... | 4 |
| II. | Mitglieder..... | 5 |
| III. | Konstituierung..... | 8 |
| IV. | Statistik..... | 8 |
| V. | Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Arbeit des Ausschusses..... | 10 |
| VI. | Weitere Besonderheiten in der Arbeit des Ausschusses in der 19. Wahlperiode | 11 |
| VII. | Die Themen des Ausschusses | 11 |
| 1. | COVID-19-Pandemie | 11 |
| 2. | Verkehrsinfrastruktur allgemein..... | 12 |
| 3. | Planungsrecht..... | 15 |
| 4. | Straßenverkehr | 17 |
| 5. | Maut | 26 |
| 6. | Moderne Mobilität / Personenbeförderungsrecht..... | 29 |
| 7. | Elektromobilität..... | 31 |
| 8. | Fahrradverkehr..... | 33 |
| 9. | eScooter..... | 34 |
| 10. | Güterverkehr und Logistik | 34 |
| 11. | Eisenbahnwesen..... | 36 |
| 12. | Regionalisierungsmittel | 47 |
| 13. | Schifffahrt..... | 48 |
| 14. | Luftverkehr..... | 52 |
| 15. | Flughafen BER..... | 56 |
| 16. | Unbemannte Luftfahrzeuge („Drohnen“)..... | 57 |
| 17. | Öffentlicher Personennahverkehr / Tarife im ÖPNV („Nulltarif“)..... | 57 |
| 18. | Verkehrslärm..... | 60 |
| 19. | Luftqualität in den Städten / Abgasemissionen..... | 61 |
| 20. | Abschaltvorrichtungen in Dieselmotoren / Zukunft des Verbrennungsmotors / Alternative Antriebe und Kraftstoffe | 64 |
| 21. | Klimaschutz / Klimaziele im Verkehrssektor | 67 |
| 22. | Digitale Infrastruktur / Breitbandinfrastruktur / Mobilfunkinfrastruktur / Funkfrequenzen | 68 |



| | |
|---|----|
| 23. Sonstige Themen..... | 72 |
| VIII. Aktivitäten außerhalb der Sitzungen..... | 73 |
| 1. Erweiterte Berichterstattegespräche | 73 |
| 2. Internationale Kontakte..... | 74 |
| 3. Veranstaltungen und Gespräche | 80 |
| 4. Besuche im Inland | 80 |
| 5. Telefon- bzw. Videokonferenzen mit Bundesminister Andreas Scheuer zu Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie..... | 81 |
| Anhang 1 – Mitglieder..... | 82 |
| Anhang 2 – Liste der Vorlagen..... | 86 |



I. Einleitung

Für die Ausschüsse begann die Arbeit in der 19. Wahlperiode ungewöhnlich spät. Wegen der Dauer der politischen Verhandlungen zur Regierungsbildung erfolgte die Konstituierung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur Ende Januar 2018. Die erste reguläre Sitzung fand erst im Februar 2018, fünf Monate nach der Bundestagswahl, statt.

Zwei Jahre später wurde die Arbeit des Ausschusses dann stark von der Corona-Pandemie geprägt. Sitzungen fanden erst mit einer geringeren Zahl von Teilnehmern und dann – nach Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen – vorwiegend in einem Hybrid-Format statt. In diesem Format befanden sich nur wenige Teilnehmer im Saal und die Mehrheit nahm an der Sitzung über eine Videokonferenz teil. Zahlreiche technische und organisatorische Probleme mussten kurzfristig gelöst werden. Aktivitäten des Ausschusses außerhalb von Sitzungen wurden aufgrund der Corona-Pandemie stark vermindert.

Gleichwohl hat der Ausschuss auch unter den besonderen Bedingungen der 19. Wahlperiode wieder eine große Zahl von Vorlagen beraten, zahlreiche wichtige Gesetze verabschiedet und sich über viele Themen aus seinem Geschäftsbereich ausführlich informiert.

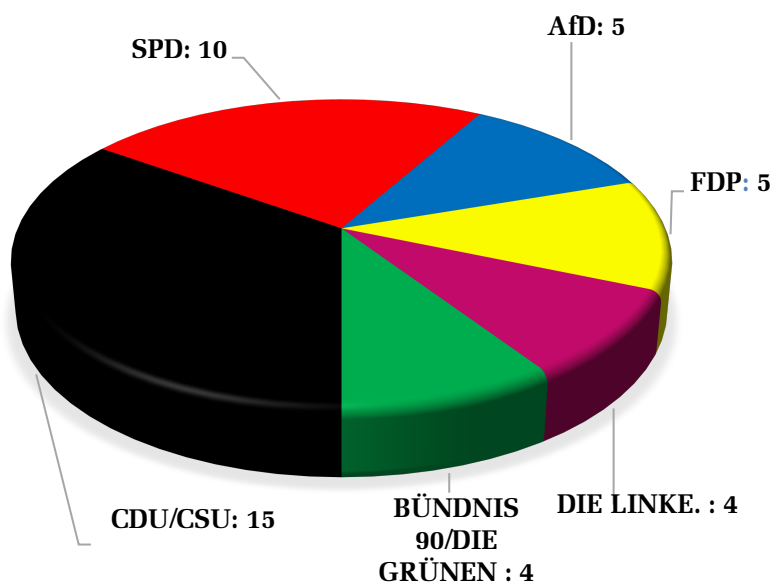
In den folgenden Ausführungen wird ein Überblick über die wichtigsten Beratungen und Beschlüsse des Ausschusses sowie über seine Aktivitäten außerhalb der Sitzungen gegeben. Die wichtigsten öffentlichen Dokumente, die den Beratungen zugrunde lagen bzw. die deren Ergebnis waren, sind im Text aufgeführt und in der digitalen Version auch verlinkt. Zudem sind zum Teil Links auf zusammenfassende Darstellungen der Vorlagen und der Beratungsergebnisse in „hib“ enthalten.



II. Mitglieder

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hatte in der 19. Wahlperiode je 43 ordentliche und stellvertretende **Mitglieder**¹ (zuletzt 15 CDU/CSU, 10 SPD, 5 AfD, 5 FDP, 4 DIE LINKE. und 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – s. Anhang 1).

SITZVERTEILUNG IM 15. AUSSCHUSS AM ENDE DER 19. WP



Durch Änderungen bei der Zahl der Mitglieder der Fraktion der AfD auf der Ebene des Deutschen Bundestages hat sich auch das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur aufgrund der hier maßgeblichen Berechnungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers und ergänzend nach d'Hondt während der 19. Wahlperiode im Jahr 2021 zweimal verändert. Zu Beginn der Wahlperiode hatte die Fraktion der CDU/CSU im Ausschuss 15 Mitglieder, die Fraktion der SPD 9, die Fraktion der AfD 6 die Fraktion der FDP 5, die Fraktion DIE LINKE. 4 und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4. Nachdem die Fraktion der AfD auf Bundestagebene zwei Mitglieder verloren hatte, erhielt im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur die Fraktion der CDU/CSU im Jahr 2021 einen zusätzlichen Sitz und die Fraktion der AfD

¹ [hib 41/2018](#)



verlor einen Sitz. Nachdem dann die Fraktion der AfD auf Bundestagebene wiederum ein Mitglied gewonnen hatte, verlor die Fraktion der CDU/CSU im Ausschuss einen Sitz und die Fraktion der SPD gewann einen Sitz hinzu.

Vorsitzender des Ausschusses war in der 19. Wahlperiode **Cem Özdemir**, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),



[Link zur Biografie auf
bundestag.de](#)

seine Stellvertreterin **Daniela Kluckert**, MdB (FDP).



[Link zur Biografie auf
bundestag.de](#)



Obleute der Fraktionen waren zuletzt
Alois Rainer, MdB, für die Fraktion der CDU/CSU,

[Link zur Biografie auf
bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Kirsten Lühmann, MdB, für die Fraktion der SPD,

[Link zur Biografie auf
bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Dr. Dirk Spaniel, MdB, für die Fraktion der AfD,

[Link zur Biografie auf
bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Torsten Herbst, MdB, für die Fraktion der FDP,

[Link zur Biografie auf
bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Andreas Wagner, MdB, für die Fraktion DIE LINKE. und

[Link zur Biografie auf
bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Stefan Gelbhaar, MdB, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN

[Link zur Biografie auf
bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Die Liste aller ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur ist in
Anhang 1 zu finden.



III. Konstituierung

Die Konstituierung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur erfolgte am 31. Januar 2018 unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB².



Abbildung 1: Bundestagsvizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, gratuliert dem neuen Ausschussvorsitzenden Cem Özdemir, MdB (links)



Abbildung 2: Ausschussvorsitzender Cem Özdemir, MdB, und seine Stellvertreterin Daniela Kluckert, MdB

IV. Statistik

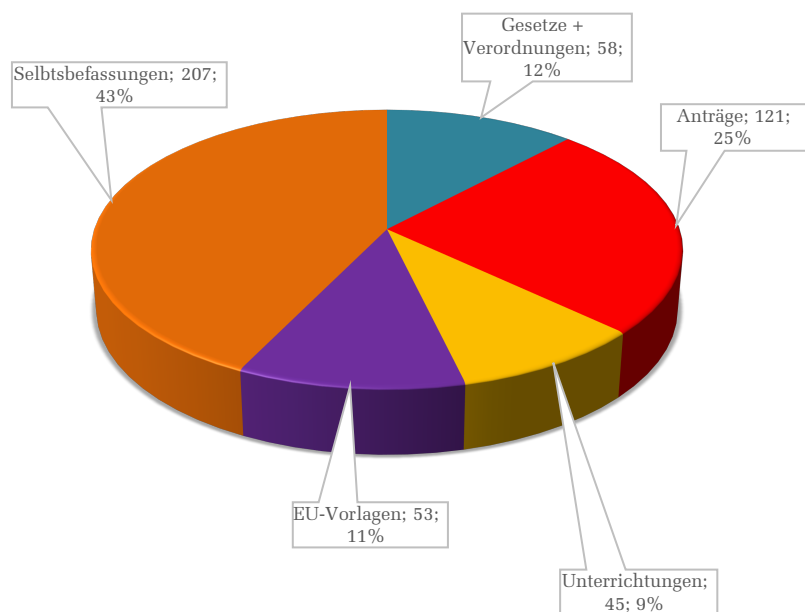
Der Ausschuss hat in der 19. Wahlperiode insgesamt **759 Vorlagen beraten**, die ihm überwiesen wurden. Bei 277 Vorlagen war er federführend, bei 476 Vorlagen mitberatend. Sechs Vorlagen, nämlich Haushaltsvorlagen, hat er gutachtlich beraten.

² [hib 41/2018](#)

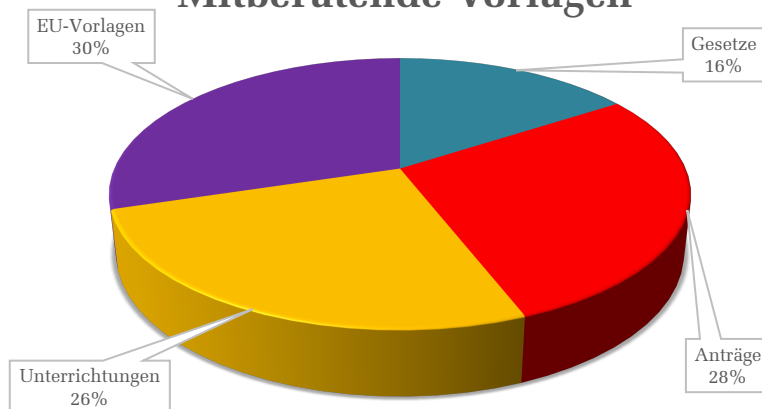


Daneben hat sich der Ausschuss im Rahmen von 207 Selbstbefassungen über Themen aus seinem Arbeitsbereich informiert. Von den 137 Gesetzentwürfen und Verordnungen, die er insgesamt beraten hat, war er bei 58 federführend. Die Zahl der überwiesenen Anträge, die der Ausschuss beraten hat, lag bei 239, davon 121 federführend. Unterrichtungen hat er 169 beraten, davon 45 federführend; EU-Vorlagen 194, davon 53 federführend.

Federführend beratene Vorlagen



Mitberatende Vorlagen





Die Mitglieder des Ausschusses haben sich zu **insgesamt 118. Sitzungen** getroffen. 24 Sitzungen entfielen dabei auf öffentliche Anhörungen. In den Sitzungen hat der Ausschuss zudem eine Reihe von Expertengesprächen geführt. Darüber hinaus hat der Ausschuss zu insgesamt acht Tagesordnungspunkten weitere 15 externe Gäste begrüßen können.

Die Obleute des Ausschusses haben zudem 65 **Obleutebesprechungen** geführt. Diesen ging in der Regel jeweils am Montag einer Sitzungswoche ein Fraktionsreferentengespräch voraus, in dem die koordinierenden Fraktionsreferenten, Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und das Ausschussesekretariat die Besprechungen der Arbeitsgruppen der Fraktionen am Dienstag sowie die Ausschusssitzungen bzw. die Obleutebesprechungen am Mittwoch vorbereitet haben.

Zu erwähnen sind außerdem **Berichterstattergespräche** und **erweiterte Berichterstattergespräche**.

Hinzu kamen Arbeitsgruppenbesprechungen der Fraktionen, Koalitionsgespräche, sonstige Abstimmungsgespräche, Verhandlungen und Informationsveranstaltungen usw., die der Vorbereitung der Ausschussberatungen dienten, die aber nicht über den Ausschuss organisiert wurden.

V. **Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Arbeit des Ausschusses**

Die Covid-19-Pandemie spielte nicht nur in den Beratungen des Ausschusses in der 19. Wahlperiode eine wichtige Rolle, sondern sie hatte auch erhebliche Rückwirkungen auf die Arbeit des Ausschusses. Als einer der ersten Ausschüsse setzte der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur ab dem Frühjahr 2020 Videokonferenzsysteme ein, damit sich trotz der Abstandsregelungen im Sitzungssaal alle Ausschussmitglieder an den Sitzungen beteiligen konnten. Er hat dabei die temporär eingeführten Sonderregelungen des § 126a der Geschäftsordnung „Besondere Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19“ genutzt, die unterem anderem die Teilnahme an den Beratungen über elektronische Kommunikationsmittel zuließ. Die Ausschusssitzungen wurden dann bis zum Ende der Wahlperiode im Regelfall als Hybridsitzungen mit wenigen Teilnehmern im Saal und mehrheitlich über das Videokonferenzsystem per Webex zugeschalteten Teilnehmern durchgeführt.



VI. Weitere Besonderheiten in der Arbeit des Ausschusses in der 19. Wahlperiode

Da in der 19. Wahlperiode sechs Fraktionen im Ausschuss vertreten waren, wurde zu Beginn der Wahlperiode einvernehmlich eine Begrenzung der Redezeit für die Ausschussmitglieder auf drei Minuten bzw. fünf Minuten für die Berichterstattung vereinbart, um die Arbeit in der für Ausschusssitzungen verfügbaren Zeit bewältigen zu können.

VII. Die Themen des Ausschusses

1. COVID-19-Pandemie

Ab dem Frühjahr 2020 spielten die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den Beratungen des Ausschusses eine wichtige Rolle. Die Federführung für die meisten Gesetzentwürfe und Anträge, die das Thema betrafen, lag zwar bei anderen Ausschüssen (z. B. dem Ausschuss für Gesundheit und dem Haushaltsausschuss). Da viele Themen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aber erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsbereich des Ausschusses hatten, hat er sich sowohl bei der Mitberatung von Vorlagen als auch durch Selbstbefassungen intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt.

Federführend war der Ausschuss auch bei der Beratung des Antrags der Fraktion der FDP³ „**Unterstützung für das System Luftverkehr in Zeiten von Corona**“⁴. Der Antrag fand im November 2020 im Ausschuss keine Mehrheit⁵ (s. a. Kapitel 14 „Luftverkehr“).

Bereits Ende Januar führte der Ausschuss ein **Gespräch mit Bundesminister Andreas Scheuer** zu aktuellen Fragen im Hinblick auf die Corona-Pandemie aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Im März hat sich der Ausschuss dann vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die verkehrspolitischen Auswirkungen des Corona-SARS2-Virus und die Vorbereitungen im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unterrichten lassen; unter anderem ging es um die Frage der Aufhebung des Sonntagsfahrverbots für LKW⁶. Auch im April 2020 berichtete Bundesminister Scheuer über den aktuellen Sachstand in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise in seinem Geschäftsbereich⁷.

³ [hib 1265/2020](#)

⁴ [Drucksache 19/24356](#), s. im Einzelnen Kapitel 14 „Luftverkehr“

⁵ [Drucksache 19/25292](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁶ [hib 276/2020](#)

⁷ [hib 409/2020](#)



Bereits im Mai 2020 waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die **finanzielle Lage der Deutschen Bahn AG** Gegenstand der Ausschussberatungen, wie auch die Frage **finanzieller Hilfen für die Deutsche Bahn AG**⁸. Ebenfalls im Mai 2020 ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dann über die **Frage eines Rettungspakets für den ÖPNV**⁹ ebenso informieren wie über den Umgang mit Einschränkungen für ÖPNV, Fernbus und Reisebus in der Corona-Krise. Auch die Konkretisierung und Umsetzung der verkehrspolitischen Maßnahmen des **Konjunkturpakets** wurden erörtert. Maßnahmen zum Schutz vor Corona-Infektionen in Passagierflugzeugen waren ebenfalls Gegenstand der Ausschussberatungen. Über die weiterhin schwierige Lage beim ÖPNV ließ sich der Ausschuss im September 2020 von der Bundesregierung informieren¹⁰.

Im Oktober 2020 wurde im Ausschuss über die **Auswirkungen eines erneuten Teil-Lockdowns auf den Schienenverkehr der DB AG** in Deutschland diskutiert. Im Dezember ging es um von der DB Fernverkehr AG beauftragte Untersuchungen zur **Risikobetrachtung der Verbreitung von Aerosolen in ICE-Zügen**. Im Februar 2021 debattierte der Ausschuss erneut über die finanzielle Situation von Eisenbahnverkehrsunternehmen und den aktuellen Stand der Beihilfe für die Deutsche Bahn sowie über den Sachstand und die Auswirkungen der coronabedingten Grenzschließungen auf Pendlerverkehre und Logistikketten. Die Fortführung des Rettungsschirms für den ÖPNV im Jahr 2021 war im März 2021 Gegenstand der Ausschussberatungen und im April ging es dann in den Beratungen um Hilfen für den ÖPNV im Nachtragshaushalt der Bundesregierung.

2. Verkehrsinfrastruktur allgemein

Ein zentrales Thema des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur war auch in der 19. Wahlperiode die Verkehrsinfrastruktur. Dabei ging es nicht nur um deren Umfang und Struktur, sondern auch um die Finanzierung, die Schwerpunktsetzung im Verhältnis Neubau und Erhaltung und um die Organisation von Neubau, Unterhaltung, Erhaltung und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur.

⁸ [hib 495/2020](#)

⁹ [hib 546/2020](#)

¹⁰ [hib 922/2020](#)



Zu Beginn der Wahlperiode befasste sich der Ausschuss mit dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des **transeuropäischen Verkehrsnetzes**“, KOM(2018) 277 endg.; Ratsdok. 9075/18. Dazu schlug er dem Plenum im Juli 2018¹¹ mehrheitlich die Annahme einer Entschließung vor, mit der festgestellt wird, dass der Verordnungsvorschlag die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon verletzt¹².

Eine besondere Rolle spielte in der 19. Wahlperiode die Umsetzung der in der 18. Wahlperiode beschlossenen Reform der Bundesfernstraßenverwaltung. Hier beschäftigten vor allem Fragen im Zusammenhang mit der **Autobahn GmbH des Bundes** den Ausschuss. Im Februar 2018 ließ er sich über den Umsetzungsstand der geplanten Infrastrukturgesellschaft Verkehr berichten. Im Juni des gleichen Jahres wurde der Gesellschaftsvertrag zur Gründung der Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen in der Rechtsform der GmbH thematisiert. Dem **Gesellschaftsvertrag** für die Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen hat der Ausschuss gemäß § 2 Absatz 3 Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz am 11. September 2018 mehrheitlich zugestimmt, allerdings mit Änderungen an dem ihm vorgelegten Entwurf.

Ende 2019 führte der Ausschuss dann ein **Gespräch mit den Mitgliedern der Geschäftsführung der Autobahn GmbH** des Bundes, Stephan Krenz, Anne Rethmann und Gunther Adler. Im Herbst 2020 ging es in den Ausschussberatungen um die Frage einer **Verschmelzung der Autobahn-GmbH des Bundes mit der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH**¹³.

Der Ausschuss ließ sich dann im September 2020 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die Frage der **Entlastung der Geschäftsführung der Autobahn GmbH** des Bundes durch den Aufsichtsrat unterrichten¹⁴.

¹¹ [hib 485/2018](#)

¹² [Drucksache 19/3232](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹³ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

¹⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der AfD



Im Jahr 2021 berichtete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu „Erkenntnissen und Herausforderungen beim **Betriebsstart der Autobahngesellschaft** des Bundes“¹⁵.

Gegenstand kontroverser Debatten war im Ausschuss immer wieder der Ausbau der Verkehrsträger im Verhältnis zueinander, namentlich im Verhältnis zwischen Straße und Schiene. In diesem Kontext wurde zur Frage der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Finanzierungskreislaufes Straße (**Finanzierungskreislaufaufhebungsgesetz – FKAufhG**)“ vorgelegt¹⁶. Ziel des vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnten Gesetzentwurfs¹⁷ war eine Aufhebung der gesetzlichen Grundlagen des Finanzierungskreislaufes Straße zugunsten einer verkehrsträgerübergreifenden Zweckbindung der Mauteinnahmen mit klarem Fokus auf den Neu- und Ausbau der umweltschonenderen Verkehrsträger.

Die Fraktion der AfD brachte 2019 den Antrag „Die Eisenbahn nicht gegen andere Verkehrsträger ausspielen – Keine Erhöhung der Energiesteuer und CO₂-Abgabe für Diesel um 30 Cent je Liter – **Kein Stopp des Autobahn- und Bundesstraßenbaus**“¹⁸ ein, der vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde¹⁹ (s. a. Kapitel 11 „Eisenbahnwesen“).

Gegenstand der Diskussion im Ausschuss waren auch konkrete **Verkehrsprojekte** bzw. Grundsatzfragen zum Thema „ÖPP“. So brachte die Fraktion DIE LINKE. den Antrag „**Weiterbau der A 49 stoppen, ÖPP-Verträge kündigen, Alternativen prüfen und umsetzen**“²⁰ ein. Der Antrag wurde vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt²¹. Der parallele Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Weiterbau der A 49 stoppen, ÖPP-Verträge kündigen**“²² war dem Ausschuss nicht überwiesen worden.

Mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „**Bericht der Bundesregierung über ÖPP-Projekte im Betrieb**“²³ befasste sich der Ausschuss in einer Sitzung im Januar 2021, bei der generell

¹⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

¹⁶ [Drucksache 19/10993](#), [hib 717/2019](#)

¹⁷ [Drucksache 19/29513](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁸ [Drucksache 19/7941](#), [hib 206/2019](#)

¹⁹ [Drucksache 19/11076](#)

²⁰ [Drucksache 19/23114](#) (Antrag), [hib 1071/2010](#)

²¹ [Drucksache 19/24683](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²² [Drucksache 19/22503](#) (Antrag), [hib 966/2020](#)

²³ [Drucksache 19/25285](#) (Unterrichtung), [hib 1416/2020](#)



unterschiedliche Bewertungen des Themas „ÖPP“ deutlich wurden²⁴. Die Unterrichtung nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

3. Planungsrecht

Die Ausgestaltung des Planungsrechts für Verkehrsinfrastrukturen war auch in der 19. Wahlperiode ein wesentliches Thema der Debatte im Ausschuss. Hierzu wurde eine Reihe von Gesetzentwürfen beraten.

Im Herbst 2018²⁵ stand der Gesetzentwurf der Bundesregierung „**Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich**“²⁶ zur Diskussion, dessen erklärtes Ziel eine Planungsbeschleunigung, orientiert an den zwölf Punkten der Strategie Planungsbeschleunigung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur aus dem Jahr 2017, war. Der Gesetzentwurf wurde im Ausschuss mit Änderungen mehrheitlich angenommen; zudem wurde dazu – ebenfalls mit Mehrheit – eine Entschließung auf Initiative der Fraktionen der CDU/CSU und SPD angenommen²⁷.

Bereits am 25. April 2018 hatte der Ausschuss ein Gespräch mit Bundesminister Andreas Scheuer geführt, in dem es unter anderem um das Thema Planungsbeschleunigung ging und in dem das vorgenannte Planungsbeschleunigungsgesetz angekündigt worden war²⁸.



Abbildung 3: Ausschussvorsitzender Cem Özdemir, MdB, Bundesminister Andreas Scheuer, MdB, und Parlamentarischer Staatssekretär Steffen Bilger, MdB, während des Gesprächs

²⁴ [hib 116/2021](#)

²⁵ [hib 127/2020](#)

²⁶ [Drucksachen 19/4459, 19/4731](#) (Gesetzentwurf), [hib 765/2018](#)

²⁷ [Drucksache 19/5580](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁸ [hib 263/2018](#)



Ein Paket aus mehreren Vorlagen wurde Ende 2019 und Anfang 2020 beraten:

- der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (**Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz** – MgvG)²⁹,
- der Gesetzentwurf der Bundesregierung „**Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich**“³⁰,
- der Antrag der Fraktion der FDP „**Mehr Tempo bei der Infrastruktur – Planungsturbo jetzt**“³¹ und
- der Antrag der Fraktion DIE LINKE. „**Planungskapazitäten ausbauen und Bürgerbeteiligung wirksamer machen und Aushöhlung durch Maßnahmengesetze verhindern**“³²

Zu den genannten Vorlagen führte der Ausschuss am 15. Januar 2020 eine öffentliche Anhörung durch³³. Am 29. Januar 2020 wurden die beiden Gesetzentwürfe – jeweils mit Änderungen – mehrheitlich angenommen, die beiden Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt³⁴.

Im März 2020 befasste sich der Ausschuss mit dem Antrag der Fraktion der AfD „**Wirksame Maßnahmengesetze – Beschleunigung durch echte Beteiligung der Öffentlichkeit erzielen**“³⁵ und dem Antrag der Fraktion der FDP „**Verkehrsprojekte schneller realisieren – Ein modernes Planungsrecht für das 21. Jahrhundert schaffen**“³⁶. Beide Anträge wurden am 4. März 2020³⁷ von der Mehrheit im Ausschuss abgelehnt³⁸.

Ein weiterer Gesetzentwurf der Bundesregierung zu diesem Thema, der „**Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Investitionen**“³⁹, wurde im Herbst 2020 (gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „**Entwurf eines Gesetzes für ein Bundesfernstraßen-Baubeschleunigungsgesetz**“⁴⁰ und

²⁹ [Drucksachen 19/15619, 19/16405](#) (Gesetzentwurf), [hib 60/2020](#)

³⁰ [Drucksachen 19/15626, 19/16403](#) (Gesetzentwurf), [hib 62/2020](#)

³¹ [Drucksache 19/16040](#) (Antrag), [hib 1446/2019](#)

³² [Drucksache 19/16042](#) (Antrag), [hib 1446/2019](#)

³³ [Wortprotokoll der 63. Sitzung](#)

³⁴ [Drucksache 19/16907](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁵ [Drucksache 19/16861](#) (Antrag), [hib 136/2020](#)

³⁶ [Drucksache 19/17093](#) (Antrag), [hib 180/2020](#)

³⁷ [hib 245/2020](#)

³⁸ [Drucksache 19/17735](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁹ [Drucksache 19/22139](#) (Gesetzentwurf), [hib 916/2020](#)

⁴⁰ [Drucksache 19/22106](#) (Antrag), [hib 931/2020](#)



dem Antrag der Fraktion der AfD „**Investitionsoffensive im Infrastrukturbereich – Das Investitionsbeschleunigungsgesetz sinnvoll ergänzen**“⁴¹ beraten. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde die Einführung gesetzlicher Regelungen angestrebt, die eine Reihe von beschleunigenden Maßnahmen beinhalten (unter anderem Vereinfachungen im Raumordnungsrecht und bei der Genehmigung der Elektrifizierung von Schienenstrecken sowie Maßnahmen zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren).

Zu den genannten Vorlagen führte der Ausschuss am 5. Oktober 2020⁴² eine öffentliche Anhörung durch⁴³.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde am 4. November 2020 im Ausschuss mehrheitlich mit Änderungen angenommen, der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP und der Antrag der Fraktion der AfD wurden hingegen mehrheitlich abgelehnt⁴⁴.

Im Juni 2021 befasste sich der Ausschuss dann mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. „**Kein weiter so mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030**“⁴⁵, zu dem er mit Mehrheit die Ablehnung empfahl⁴⁶.

4. Straßenverkehr

Der Straßenverkehr gehört zu den Themen, die in den Beratungen des Ausschusses in jeder Wahlperiode eine große Rolle spielen. Auch im Bereich der Gesetzesvorlagen, die der Ausschuss federführend betreut hat, hat der Bereich Straßenverkehr einen besonders großen Anteil.

Bei dem Entwurf eines **Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes**⁴⁷ ging es im Jahr 2019 um die Schaffung datenschutzrechtlich erforderlicher Rechtsgrundlagen im Straßenverkehrsgesetz, um Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote zum Schutz vor Abgasen effektiv vollziehen und überwachen zu können.

Zu dem Gesetzentwurf führte der Ausschuss in seiner 36. Sitzung am 20. Februar 2019 eine öffentliche Anhörung durch⁴⁸.

⁴¹ [Drucksache 19/23131](#) (Antrag), [hib 1080/2020](#)

⁴² [hib 1056/2020](#)

⁴³ [Wortprotokoll der 85. Sitzung](#)

⁴⁴ [Drucksache 19/24040](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁵ [Drucksache 19/28778](#) (Antrag)

⁴⁶ [Drucksache 19/30744](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁷ [Drucksachen 19/6334](#), [19/6926](#), [hib 47/2019](#)

⁴⁸ [Wortprotokoll der 36. Sitzung](#)



Der Gesetzentwurf fand in geänderter Fassung am 12. März 2019⁴⁹ im Ausschuss eine Mehrheit⁵⁰.

Bei dem „**Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**“⁵¹ ging es unter anderem um eine Anpassung der zentralen Verordnungsermächtigung in § 6 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG), die Verbesserung der Sanktionierung von Verstößen gegen nationale Genehmigungsvorschriften bzw. europäische Typgenehmigungsvorschriften und um die Rechtsgrundlagen für Datenübermittlungen des KBA aus dem Zentralen Fahrzeugregister (ZFZR). Weiterhin sollten frei empfangbare Daten, die von im Verkehr befindlichen Fahrzeugen gesendet werden, zum Zwecke des Verkehrsmanagements von den Straßenbulasträgern verarbeitet werden dürfen. Der Ausschuss empfahl mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung⁵².

Mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher **technischer Vorschriften für Radfahrzeuge**, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden“⁵³ wurde einer von der 169. Tagung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen angenommenen Revision 3 des Übereinkommens gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes einhellig zugestimmt⁵⁴.

Ebenfalls um die Zustimmung zu einem völkerrechtlichen Vertrag ging es 2019 bei dem „Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 8. Juni 2017 zur Änderung des Vertrags vom 29. Juni 2000 über ein **Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)**“⁵⁵. Der Gesetzentwurf fand im Ausschuss eine breite Mehrheit⁵⁶.

⁴⁹ [hib 255/2019](#)

⁵⁰ [Drucksache 19/8248](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁵¹ [Drucksachen 19/28684, 19/29633](#) (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

⁵² [Drucksache 19/29874](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁵³ [Drucksache 19/6548](#) (Gesetzentwurf), [Drucksache 19/7650](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁵⁴ [Drucksache 19/7650](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁵⁵ [Drucksache 19/11468](#) (Gesetzentwurf), [hib 779/2019](#), [Drucksache 19/14104](#) ((Beschlussempfehlung und Bericht)

⁵⁶ [Drucksache 19/14104](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



Im Herbst 2019 befasste sich der Ausschuss mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**“⁵⁷. Der Gesetzentwurf betraf verschiedene Themen aus dem Bereich des Straßenverkehrsrechts. Unter anderem ging es darum, an dem Punktabzug für eine freiwillige erfolgreiche Teilnahme an einem Fahreignungsseminar nach § 4 Absatz 7 StVG unbefristet festzuhalten und um die Ermächtigung der Länder, das Mindestalter für die Fahrerlaubnisklasse AM (Moped) auf 15 Jahre herabzusetzen⁵⁸. Mit Mehrheit hat der Ausschuss beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen sowie die Annahme einer Entschlieung zu dem Gesetzentwurf zu empfehlen, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, bis spätestens Ende 2020 einen Vorschlag für eine Überarbeitung der Bußgeldkatalog-Verordnung hinsichtlich des Gefüges der Regelsätze vorzulegen⁵⁹.

Bei dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Fahrlehrergesetzes**“⁶⁰ ging es darum, bei dem im Jahr 2017 neu gefassten Fahrlehrergesetz die Umsetzung der neuen Regelungen in die Praxis zu optimieren und neue europarechtliche Datenschutzvorgaben in das Fahrlehrerrecht zu übernehmen. Der Gesetzentwurf wurde mit Änderungen im Ausschuss⁶¹ und im Plenum⁶² mehrheitlich angenommen.

Ein wichtiges Thema der 19. Wahlperiode war die Schaffung der Voraussetzungen für **autonomes, automatisiertes und vernetztes Fahren**.

Die Fraktion der FDP brachte dazu im Sommer 2019 den Antrag „**Innovationsschub für das autonome Fahren** in Deutschland“ ein⁶³, der im Oktober 2019 vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde⁶⁴. Ebenfalls von der Fraktion der FDP wurde

⁵⁷ [Drucksache 19/12915](#) (Gesetzentwurf), [hib 1003/2019](#)

⁵⁸ [hib 1177/2019](#)

⁵⁹ [Drucksache 19/14419](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁶⁰ [Drucksache 19/8751](#) (Gesetzentwurf), [hib 345/2019](#)

⁶¹ [Drucksache 19/9863](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁶² [Das Parlament 20/2019](#)

⁶³ [Drucksache 19/11118](#) (Antrag), [hib 743/2018](#)

⁶⁴ [Drucksache 19/14001](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



im Oktober 2019 der Antrag „**Smart Automotive – Anforderungen an die vernetzte Mobilität im Auto von morgen**“⁶⁵ vorgelegt, welcher im November 2019 im Ausschuss keine Mehrheit fand⁶⁶.

Im Frühjahr 2021 legte die Bundesregierung den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes – **Gesetz zum autonomen Fahren**“⁶⁷ vor. Damit sollte der Entwicklungsdynamik im Bereich des automatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens Rechnung getragen werden und über die im öffentlichen Straßenverkehr bereits mögliche Erprobung autonomer, führerloser Fahrzeuge hinaus sollte deren Regelbetrieb eingeleitet werden. Am 3. Mai 2021 hat der Ausschuss dazu eine öffentliche Anhörung durchgeführt⁶⁸. In seiner Sitzung am 19. Mai 2021 nahm er den Gesetzentwurf in geänderter Fassung mehrheitlich an⁶⁹.

Mit der Frage eines gesetzlichen Rahmens für den Zugriff auf Fahrzeugdaten durch alle Marktteilnehmer befasste sich der Antrag der Fraktion der FDP „**Umgang mit Fahrzeugdaten für Innovation, Sicherheit und Mobilität im 21. Jahrhundert**“⁷⁰, der aber im Ausschuss im Juni 2021 keine Mehrheit fand⁷¹.

Intensiv hat sich der Ausschuss in der 19. Wahlperiode mit dem Problem der **Abbiegeunfälle** auseinandergesetzt.

Im April 2018 ließ er sich vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu „**LKW-Auffahrunfällen am Stauende, dem Stand der Technik von Fahrassistenzsystemen für den Straßengüterverkehr, Abbiegeassistenten und Möglichkeiten der automatischen Fahrraderkennung**“ berichten⁷².

Im Frühjahr 2018 brachte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Thema den Antrag „**Fuß- und Radverkehr sicherer machen - Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen**“ ein⁷³.

⁶⁵ [Drucksache 19/14029](#) (Antrag), [hib 1149/2019](#)

⁶⁶ [Drucksache 19/15253](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁶⁷ [Drucksachen 19/27439, 19/28178](#) (Gesetzentwurf)

⁶⁸ [Wortprotokoll der 111. Sitzung](#)

⁶⁹ [Drucksache 19/29875](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁷⁰ [Drucksache 19/29755](#) (Antrag)

⁷¹ [Drucksache 19/31099](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁷² Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der SPD

⁷³ [Drucksache 19/1202](#) (Antrag), [hib 165/2018](#), [Drucksache 19/3028](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



Unter dem Titel „**Abbiegeunfälle verhindern - Radfahrer und Fußgänger besser schützen**“ ließ sich der Ausschuss im Juni 2018 zu der Thematik berichten⁷⁴. Über den **Stand der Förderung von und der Erteilung Allgemeiner Betriebserlaubnisse für Abbiegeassistenzsysteme** wurde der Ausschuss im Februar 2019 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unterrichtet⁷⁵.

Im Herbst 2020 legte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zur Einführung und Regelung von Verkehrssicherheitszonen – **Abbiegeassistentengesetz** (2. VerkehrswendeG-ÄndG-StVG – AbbiegeassistentenG)⁷⁶ vor.

Zu diesem Gesetzentwurf führte der Ausschuss am 3. März 2021 eine öffentliche Anhörung durch⁷⁷. Im Mai 2021 wurde der Gesetzentwurf im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt⁷⁸ (s. auch Seite 76).

Ein Thema, das den Ausschuss auch in der 19. Wahlperiode beschäftigte, war die Frage von **Geschwindigkeitsbegrenzungen** auf Straßen, namentlich die Frage der Einführung einer allgemeinen Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen.

Im April 2019 hatte sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Thema „**Tempolimit 130 auf Autobahnen**“ berichten lassen⁷⁹.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachte dann im ersten Halbjahr 2019 den Antrag „**Allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen**“⁸⁰ ein, der im September 2019⁸¹ vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde⁸².

Im Juni 2020 legte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen weiteren Antrag zu dem Thema vor: „**Verkehrssicherheit auf allen Straßen erhöhen – Sicherheitstempo 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen**“⁸³, mit dem gefordert wurde, eine generelle Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h sowie wei-

⁷⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

⁷⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

⁷⁶ [Drucksache 19/23625](#) (Gesetzentwurf), [hib 1138/2020](#)

⁷⁷ [Wortprotokoll der 104. Sitzung](#)

⁷⁸ [Drucksache 19/29802](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁷⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

⁸⁰ [Drucksache 19/9948](#) (Antrag), [hib 530/2019](#)

⁸¹ [hib 1039/2019](#)

⁸² [Drucksache 19/14000](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁸³ [Drucksache 19/20064](#) (Antrag), [hib 638/2020](#)



tere Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Landstraßen und innerorts einzuführen. Der Antrag wurde vom Ausschuss im September 2020 mehrheitlich abgelehnt⁸⁴.

Gegenstand der Beratungen im Ausschuss waren auch Fragen der **Zulassung zum Straßenverkehr**.

Im Jahr 2018 beantragte die Fraktion der FDP die „**Dauerhafte Senkung des Mindestalters zum Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse AM auf 15 Jahre**“⁸⁵. Für diesen Antrag fand sich im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur aber am 26. September 2018⁸⁶ keine Mehrheit⁸⁷. Allerdings wurde dann 2019 mit dem Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften eine Ermächtigung der Länder aufgenommen, das Mindestalter für die Fahrerlaubnisklasse AM (Moped) auf 15 Jahre herabzusetzen (s. o. Seite 19).

Ein im Jahr 2019 eingebrachter Antrag der Fraktion der FDP befasste sich mit dem Thema „Verkehrssicherheit durch Reform des **Begleiteten Fahrens ab 17 Jahren** erhöhen“⁸⁸. Der Antrag wurde im Ausschuss im Oktober 2019 mehrheitlich abgelehnt⁸⁹.

Der Antrag der Fraktion der FDP „**Mindestalter zum Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse AM bundeseinheitlich regeln**“⁹⁰ wurde in der 19. Wahlperiode nicht mehr beraten.

Ein wichtiger Beratungsgegenstand war die **Sicherheit im Straßenverkehr**. So hat sich der Ausschuss in diesem Zusammenhang mit Berichten der Bundesregierung über Maßnahmen auf dem Gebiet der **Unfallverhütung im Straßenverkehr** befasst⁹¹.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD haben den Antrag „**Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr**“⁹² eingebracht, der es zum Ziel erklärte, die Rahmenbedingungen für

⁸⁴ [Drucksache 19/22392](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁸⁵ [Drucksache 19/2987](#) (Antrag), [hib 485/2018](#)

⁸⁶ [hib 702/2018](#)

⁸⁷ [Drucksache 19/5031](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁸⁸ [Drucksache 19/9921](#) (Antrag), [hib 530/2019](#)

⁸⁹ [Drucksache 19/14325](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁹⁰ [Drucksache 19/29206](#)

⁹¹ [Drucksache 19/5000](#) (Bericht über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr 2016 und 2017 (Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 2016/17) und [Drucksache 19/26135](#) (Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr 2018 und 2019 (Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 2018/2019))

⁹² [Drucksache 19/15779](#) (Antrag), [hib 1409/2019](#)



den Verkehr von Fahrrädern, E-Fahrrädern und Lastenfahrrädern zu verbessern und mehr Platz für den Radverkehr und mehr Sicherheit für Radfahrende zu schaffen. Dieser Antrag wurde im Ausschuss gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN⁹³ „**Das Straßenverkehrsrecht reformieren – Straßenverkehrsordnung fahrrad- und fußverkehrsfreundlich anpassen**“, mit dem angestrebt wurde, durch Änderungen im Straßenverkehrsrecht die Förderung von Rad- und Fußverkehr im Sinne der Beseitigung von Benachteiligungen gegenüber dem motorisierten Verkehr zu erreichen und die Verkehrssicherheit für diese Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu verbessern. Zu diesem Antrag fand am 25. September 2019 eine öffentliche Anhörung statt, bei der es auch um die „Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO)“ ging.

Der vorgenannte Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurde im Ausschuss mehrheitlich angenommen, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand hingegen im Ausschuss keine Mehrheit⁹⁴.

Die Fraktion DIE LINKE. brachte im Frühjahr 2019 den Antrag „**Motorradfahrende besser schützen – Unterfahrschutz muss Regel werden**“⁹⁵ ein, der im Ausschuss im April 2019⁹⁶ aber mehrheitlich abgelehnt wurde⁹⁷

Mit dem Thema „Motorradfahren“ befassten sich im Jahr 2020 unter dem Aspekt „Motorradlärm“⁹⁸ zwei Anträge: Der Antrag der Fraktion der AfD „**Motorradfahren erhalten – Keine unverhältnismäßigen Vorgaben für Motorräder und deren Fahrer**“⁹⁹ und der Antrag der Fraktion der FDP „**Keine Diskriminierung von Motorradfahrern**“¹⁰⁰. Beide Anträge fanden im Ausschuss keine Mehrheit¹⁰¹ (s. auch Kapitel 18, Seite 60).

Im Juni 2020 berichtete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Ausschuss über die „Minderung und Kontrolle von **Motorradlärm**“¹⁰² in Verbindung mit Strategien zu verwandten Autolärm-Problemen“¹⁰³.

⁹³ [Drucksache 19/8980](#) (Antrag), [hib 371/2019](#)

⁹⁴ [Drucksache 19/16458](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁹⁵ [Drucksache 19/8647](#) (Antrag), [hib 345/2019](#)

⁹⁶ [hib 397/2019](#)

⁹⁷ [Drucksache 19/10001](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁹⁸ Siehe Kapitel 18 „Verkehrslärm“

⁹⁹ [Drucksache 19/22553](#) (Antrag), [hib 970/2020](#)

¹⁰⁰ [Drucksache 19/20778](#) (Antrag), [hib 739/2020](#)

¹⁰¹ [Drucksache 19/23981](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁰² Siehe Kapitel 18 „Verkehrslärm“

¹⁰³ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Die Fraktion der der FDP legte im Frühjahr 2021 den Antrag „Verlängerung der **Hauptuntersuchungsintervalle für Oldtimer** mit H-Kennzeichen“¹⁰⁴ vor. Dieser wurde im Mai 2021 vom Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt¹⁰⁵.

Die Frage der **Sanktionen für Verstöße gegen Regeln des Straßenverkehrs** wurde in einer Reihe von Vorlagen thematisiert.

Die Fraktion der AfD forderte im Mai 2020 in einem Antrag „**Autofahrer unterstützen – Neuen Bußgeldkatalog sofort außer Kraft setzen – Rückkehr zu alter Bußgeldkatalog-Verordnung**“¹⁰⁶. Die Fraktion der FDP brachte einen Antrag ein „**Die Straßenverkehrsordnung reformieren – Verhältnismäßigkeit statt sofortige Fahrverbote**“¹⁰⁷. Beide Anträge wurden im September 2020¹⁰⁸ im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt¹⁰⁹

Die Fraktion DIE LINKE. sprach sich im Frühjahr 2020 in einem Antrag für die „**Gleichstellung von cannabis- und alkoholkonsumierenden Führerscheininhaberinnen und Führerscheininhabern**“ aus¹¹⁰. Zu diesem Antrag führte der Ausschuss in seiner 102. Sitzung am 24. Februar 2021 eine öffentliche Anhörung durch¹¹¹. Der Ausschuss lehnte den Antrag dann im März 2021 mehrheitlich ab¹¹².

Die Fraktion der FDP brachte im März 2021 den Antrag „Rechtssicherheit bei **Rohmessdaten** schaffen“¹¹³ ein, bei dem es um die als „Rohmessdaten“ bezeichneten Informationen, die die Grundlage der von Geschwindigkeitsmessgeräten („Blitzern“) gebildeten Messwerte darstellen, ging. Der Ausschuss hat den Antrag mit Mehrheit abgelehnt¹¹⁴.

Auch Änderungen der **Straßenverkehrsordnung (StVO)** wurden im Ausschuss in der 19. Wahlperiode thematisiert:

Im Jahr 2019 diskutierte der Ausschuss über den „**Entwurf für eine Verordnung Novellierung der Straßenverkehrsordnung**“

¹⁰⁴ [Drucksache 19/27760](#) (Antrag)

¹⁰⁵ [Drucksache 19/29698](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁰⁶ [Drucksache 19/19157](#) (Antrag), [hib 506/2020](#)

¹⁰⁷ [Drucksache 19/19128](#) (Antrag), [hib 506/2020](#)

¹⁰⁸ [hib 963/2020](#)

¹⁰⁹ [Drucksache 19/22584](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹¹⁰ [Drucksache 19/17612](#) (Antrag), [hib 271/2020](#)

¹¹¹ [Wortprotokoll der 102. Sitzung](#)

¹¹² [Drucksache 19/29205](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹¹³ [Drucksache 19/27110](#) (Antrag)

¹¹⁴ [Drucksache 19/29070](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



(StVO)¹¹⁵. Unter anderem zu dem Thema „**Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO)**“ wurde vom Ausschuss im September 2019 eine öffentliche Anhörung durchgeführt (s. o. Seite 23 und unten Seite 33). Im Jahr 2020 beantragte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den „Sachstand und das weiteres Vorgehen der Bundesregierung bezüglich der rechtswidrig verkündeten **Novelle der BKatV** sowie weitere Pläne der Bundesregierung bezüglich **Anpassungen der VwV-StVO** an die seit April 2020 in Kraft getretenen Änderungen der StVO und weiterer geplanter fußverkehrsfreundlicher Änderungen der StVO“ berichtet. Im April 2021 wurde dann die „**Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO**“ im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur thematisiert¹¹⁶.

Weitere Anträge aus dem Bereich des Straßenverkehrs, die der Ausschuss in der 19. Wahlperiode behandelt hat, waren

- der Antrag der Fraktion der AfD „**Autobahnbaustellen zügiger, sicherer sowie umwelt- und autofahrerfreundlicher planen und durchführen**“¹¹⁷,
- der Antrag der Fraktion der FDP „**Freie Fahrt für Angler**“¹¹⁸,
- der Antrag der Fraktion der FDP „**Wohnmobile ab 3,5 t im Straßenverkehr – Ungleichbehandlung beheben und deutschlandweit Campingurlaub ermöglichen**“¹¹⁹
- der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Teilen als Prinzip der Mobilität von morgen verankern – rechtliche Grundlagen für neue Sharing-Angebote verbessern**“¹²⁰,

Die genannten Anträge wurden im Ausschuss jeweils mit Mehrheit abgelehnt¹²¹.

¹¹⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹¹⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹¹⁷ [Drucksache 19/20691](#) (Antrag), [hib 707/2020](#) und [Drucksache 19/22219](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹¹⁸ [Drucksache 19/10617](#) (Antrag), [hib 654/2019](#) und [Drucksache 19/14829](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹¹⁹ [Drucksache 19/29759](#) (Antrag) und [Drucksache 19/31107](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹²⁰ [Drucksache 19/25007](#) (Antrag), [hib 1364/2020](#) und [Drucksache 19/30464](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹²¹ Links zu den Beschlussempfehlungen finden sich in den Fußnoten zu den Anträgen



5. Maut

Die Erhebung von **Straßenbenutzungsgebühren (Maut)** – sowohl für Lkw als auch für Pkw – beschäftigte den Ausschuss in vielfältiger Weise.

Zu Beginn der Wahlperiode befasste sich der Ausschuss mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des **Bundesfernstraßenmautgesetzes**¹²², welchen er in seiner Sitzung am 17. Oktober 2018¹²³ abschließend beriet¹²⁴ und dann einstimmig annahm. Dieser Beratung war eine öffentliche Anhörung am 10. Oktober 2018 vorausgegangen. Die zu der Anhörung eingeladenen Experten hatten zum Teil die Mauterhöhung kritisiert und diverse Ausnahmetatbestände gefordert, und damit eine Begrenzung der Straßenbenutzungsgebühren¹²⁵.

Auf Grundlage einer Richtlinie der EU-Kommission¹²⁶ debattierte der Ausschuss in seiner Sitzung am 19. Mai 2021 über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur **Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes**¹²⁷. Mit dem Gesetz setzte die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung um, die Voraussetzungen für die Interoperabilität der europäischen Mautsysteme zu schaffen. Zudem wurde eine Ermächtigungsgrundlage für die Berechnung der Maut durch das Bundesamt für Güterverkehr aufgenommen.

Ziel des Gesetzes war es, die Mautsätze für Lkw auf der Basis des Wegekostengutachtens 2018 bis 2022 zu aktualisieren, eine rechtliche Grundlage für die Anlastung der Kosten der Lärmbelastung zu schaffen und somit die Verursachergerechtigkeit zu erhöhen. Zu dem Gesetzentwurf empfahl der Ausschuss am 19. Mai 2021 mehrheitlich dessen Annahmen mit Änderungen¹²⁸.

In diesem thematischen Zusammenhang brachte die Fraktion der FDP einen Antrag „**Verhältnismäßige LKW-Maut mit nachhaltigen Anreizen und Technologieoffenheit**“¹²⁹ ein, mit dem sie eine größere Transparenz der zugrunde gelegten Kosten der Nutzerfinanzierung forderte, der aber im Ausschuss keine Mehrheit fand¹³⁰.

¹²² [Drucksache 19/3930, hib 615/2018](#)

¹²³ [hib 774/2018](#)

¹²⁴ [Drucksache 19/5102 \(neu\)](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹²⁵ [Wortprotokoll der 21. Sitzung](#)

¹²⁶ [2004/52/EG](#)

¹²⁷ [Drucksache 19/27522](#)

¹²⁸ [Drucksache 19/27522](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹²⁹ [Drucksache 19/4921, hib 765/2018](#)

¹³⁰ [Drucksache 19/7645](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



In einer Sitzung am 11. September 2018¹³¹ befasste sich der Ausschuss in mehreren Tagesordnungspunkten mit dem Thema „Toll Collect“ Dabei ging es um **„Vorwürfe gegen Toll Collect und Rolle des Bundesverkehrsministeriums“**¹³² und die **„Übernahme von Toll Collect durch den Bund zum 1. September 2018“**¹³³.

Die durch das BMVI geplante und beabsichtigte **Privatisierung der Toll Collect GmbH** beschäftigte im Jahr 2018 auch den Bundesrechnungshof, der bezweifelt hatte, dass die seinerzeit vorgelegte vorläufige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung geeignet gewesen sei, eine Ausschreibung des Einzugs der streckenbezogenen Straßennutzungsgebühr als Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) zu rechtfertigen. In einer Selbstbefassung ließ sich der Ausschuss am 7. November 2018 durch den Bundesrechnungshof über dessen Beweggründe informieren¹³⁴. Im Vorfeld hatten sich bereits die Fraktionen DIE LINKE.¹³⁵ in ihrem Antrag **„Privatisierung stoppen – Toll Collect zu einem demokratisch kontrollierten Unternehmen in öffentlicher Hand entwickeln“** und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN¹³⁶ in ihrem Antrag **„Toll Collect nicht erneut privatisieren – Vergabeverfahren stoppen“** gegen eine Privatisierung von Toll Collect und für den Stopp des Vergabeverfahrens ausgesprochen. Beide Anträge erreichten im Ausschuss keine Mehrheit¹³⁷.

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ließ sich der Ausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung vom BMVI über **„Beraterverträge des BMVI, bei den nachgeordneten Behörden und Toll Collect“** berichten¹³⁸. Das BMVI informierte darüber, inwiefern es technische, wirtschaftliche und juristische Beratung, insbesondere im Vergabeverfahren zur Veräußerung der Geschäftsanteile an der Toll Collect GmbH, in Anspruch genommen hat.

Der Deutsche Bundestag hatte in seiner 208. Sitzung am 13. Dezember 2001 den Beschlussvorschlag des damaligen Ausschusses für Verkehr, Bau und Wohnungswesen¹³⁹ angenommen, in dem die Bundesregierung gebeten wurde, die **Auswirkungen**

¹³¹ [hib 654/2018](#)

¹³² Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹³³ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

¹³⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹³⁵ [Drucksache 19/4526](#), [hib 713/2018](#)

¹³⁶ [Drucksache 19/4547](#), [hib 711/2018](#)

¹³⁷ [Drucksache 19/6001](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹³⁸ [hib 109/2019](#)

¹³⁹ [Drucksache 14/7822](#)



der Einführung der **Lkw-Maut auf Ballungsräume, Wohngebiete und grenznahe Gebiete** intensiv zu beobachten und dem Deutschen Bundestag erstmalig ein Jahr nach Einführung der Maut und danach regelmäßig alle drei Jahre darüber zu berichten. In ihrem Bericht vom 4. März 2020¹⁴⁰ kam die Bundesregierung unter anderem zu dem Schluss, dass die zum 1. Juli 2018 auf alle Bundesfernstraßen ausgeweitete Maut zu einer umfangreichen Rückverlagerung auf das Autobahnnetz geführt habe. Mautausweichverkehre ins nachgeordnete Netz seien nur marginal feststellbar, da attraktive Ausweichstrecken offensichtlich kaum vorhanden seien. Der Ausschuss hat den Bericht in seiner 68. Sitzung am 22. April 2020 zur Kenntnis genommen.

Die geplante Einführung einer **Infrastrukturabgabe für Personenkraftwagen („Pkw-Maut“)** wurde nicht nur in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Vor allem in der Folge der Entscheidung des **Europäischen Gerichtshofs** (EuGH) vom Juni 2019, dass die Infrastrukturabgabe gegen europäisches Recht verstoße, wurde das Thema im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur ausführlich erörtert. Vor allem bis zu dem Zeitpunkt, zu dem im Dezember 2019 ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages seine Arbeit aufnahm, war die Pkw-Maut mehrmals Thema der Beratungen im Verkehrsausschuss.

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte das BMVI den Ausschuss in dessen Sitzung am 7. November 2018 über den **Stand der geplanten Einführung der PKW-Maut** unterrichtet. Die Fraktion der FDP beantragte für die Sitzung des Ausschusses am 16. Januar 2019 eine weitere Selbstbefassung zur **„zur Einführung der PKW-Maut und der Vergabe des Mautsystems an das Konsortium aus Kapsch TrafficCom und CTS Eventim“**. Das BMVI berichtete dazu, dass das System zum 1. Oktober 2020 seinen Betrieb aufnehmen solle.

Nach dem Urteil des EuGH vom 18. Juni 2019 beantragten die Fraktion der FDP (**„Urteil des EuGH vom 18. Juni 2019 - Die deutsche Vignette für die Benutzung von Bundesfernstraßen durch Personenkraftwagen verstößt gegen das Unionsrecht - Urteil in der Rechtssache C-591/171 Österreich / Deutschland“**) und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (**„Folgen des EuGH-Urteils für die Pkw-Maut“**) Selbstbefassungen zu den Folgen des Urteils. Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer berichtete dazu in der Sitzung des Ausschusses am 26. Juni 2019.

¹⁴⁰ [Drucksache 19/17720](#), [hib 398/2020](#)



Auf Antrag der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand im weiteren Verlauf am 25. Juli 2019 eine Sondersitzung des Ausschusses statt¹⁴¹. Das Thema in Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung war ein „Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zu **Vertragsinhalten und möglichen Schadensersatzansprüchen im Hinblick auf Kündigungen von Verträgen zur Infrastrukturabgabe in Folge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)**“. Zu der Sitzung hatte die Fraktion der FDP im Ausschuss einen Antrag „Offenlegung der Verträge mit den Pkw-Maut-Systemanbietern Kapsch TrafficCom und CTS Eventim“ eingebracht. Auch in dieser Sitzung stand der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur **Andreas Scheuer** den Abgeordneten Rede und Antwort. Er brachte Unterlagen zu der Thematik in den Ausschusssitzungssaal mit, die zum Teil als „Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft wurden und die dann zeitweilig u. a. für die Ausschussmitglieder in den Räumen des Ausschussekreterariates einsehbar waren.

6. **Moderne Mobilität / Personenbeförderungsrecht**

Neue Formen der Mobilität haben den Ausschuss in der 19. Wahlperiode unter verschiedenen Aspekten beschäftigt. Unter anderem hat er sich über die Arbeit der **Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität** im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur informiert, bei der auch der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir, MdB, und die Stellvertretende Ausschussvorsitzende Daniela Kluckert, MdB, beteiligt waren. Über das Thema „**Unabhängigkeit, Zeitplan und Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe 1 der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität**“ unterrichtete sich der Ausschuss im Januar 2019¹⁴². Unter dem Titel „**Ergebnisse der AG 1 der Nationalen Plattform - Zukunft der Mobilität – wurde im April 2019**“¹⁴³ ein Zwischenbericht der AG 1 debattiert¹⁴⁴. Im Februar 2020 hat sich der Ausschuss über die **Ergebnisse des Treffens des Bündnisses für Moderne Mobilität** am 17. Februar 2020 berichten lassen¹⁴⁵.

Eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben in der 19. Wahlperiode war die **Modernisierung des Personenbeförderungsrechts**. Der Ausschuss hat sich im Vorfeld der Gesetzesberatung immer

¹⁴¹ [hib 827/2019](#)

¹⁴² Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹⁴³ [hib 360/2019](#)

¹⁴⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹⁴⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



wieder über den Fortschritt des Gesetzgebungsverfahrens im Bereich der Bundesregierung unterrichten lassen. So berichtete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Ausschuss im März 2019 zu der geplanten Reform des Personenbeförderungsgesetzes. Im Juni 2020 ließ sich der Ausschuss über die **„Modernisierung des Personenbeförderungswesens - Eckpunkte [des BMVI/der PBefG-Findungskommission] für eine zukunftsorientierte Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes zur Ermöglichung digitalbasierter Geschäftsmodelle“**¹⁴⁶ unterrichten. Ebenfalls im Juni diskutierte er über die in dem **„Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs zur Nachhaltigkeit urbaner Mobilität in der EU“** vom Europäischen Rechnungshof geübte Kritik¹⁴⁷.

Zudem hat er Anträge beraten, die Forderungen zur Ausgestaltung des Personenbeförderungswesens beinhalteten. Im Jahr 2019 wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE. **„Taxigewerbe schützen“**¹⁴⁸ erörtert und im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt¹⁴⁹.

Im Jahr 2021 standen dann der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD **„Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personenbeförderungswesens“**¹⁵⁰ sowie der parallele Gesetzentwurf der Bundesregierung im Ausschuss¹⁵¹ zur Debatte. Der Ausschuss hat zu dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sowie zu zwei thematisch verwandten Oppositionsanträgen (dem Antrag der Fraktion der FDP **„Update für das Personenbeförderungsgesetz - Chancen der Digitalisierung nutzen“**¹⁵² und dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. **„Keine Schlupflöcher für Uber & Co - Mietwagen wirksam regulieren“**¹⁵³) in seiner 100. Sitzung am 22. Februar 2021 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁵⁴. Den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen hat der Ausschuss am 3. März 2021 mit Änderungen mehrheitlich angenommen, die beiden Oppositionsanträge hat er jeweils mehrheitlich abgelehnt¹⁵⁵. In seiner im Ausschuss angenommenen Fassung sieht der Gesetzentwurf vor, dass durch eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

¹⁴⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

¹⁴⁷ [hib 621/2020](#)

¹⁴⁸ [Drucksache 19/10350](#) (Antrag), [hib 606/2019](#)

¹⁴⁹ [Drucksache 19/15195](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁵⁰ [Drucksache 19/26175](#) (Gesetzentwurf)

¹⁵¹ [Drucksachen 19/26819, 19/26963](#) (Gesetzentwurf)

¹⁵² [Drucksache 19/26186](#) (Antrag)

¹⁵³ [Drucksache 19/26173](#) (Antrag)

¹⁵⁴ [Wortprotokoll der 100. Sitzung](#)

¹⁵⁵ [Drucksache 19/27288](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



sowohl eine neue Form des Linienverkehrs innerhalb des ÖPNV (Linienbedarfsverkehr) als auch eine neue Form des Gelegenheitsverkehrs außerhalb des ÖPNV (gebündelter Bedarfsverkehr) eingeführt wird und einzelne Regelungen zum Taxen- und Mietwagenverkehr angepasst werden¹⁵⁶.

Gegenstand der Beratungen im Ausschuss war auch das „**Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft**“. Im März 2020 ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die „**Geplante Gründung eines "Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft"**¹⁵⁷ in München“ informieren. Im Sommer 2020 befasste sich der Ausschuss mit dem Antrag der Fraktion der AfD „**Sparten des Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft auch in den neuen Bundesländern ansiedeln**“¹⁵⁸, der mehrheitlich abgelehnt wurde¹⁵⁹.

Ein Antrag der Fraktion der FDP „**Seamless Mobility innovativ gestalten – Vernetzt und digital in ganz Deutschland unterwegs**“¹⁶⁰ sowie ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Den MobilPass jetzt einführen – Für eine attraktive, ökologische, bezahlbare Mobilität von morgen**“¹⁶¹ wurden im Oktober 2020 im Ausschuss gemeinsam beraten. In seiner 71. Sitzung am 6. Mai 2020¹⁶² führte der Ausschuss dazu eine öffentliche Anhörung durch¹⁶³. Beide Anträge fanden im Ausschuss keine Mehrheit¹⁶⁴.

7. Elektromobilität

Auch die Elektromobilität war in den Beratungen des Ausschusses ein zentrales Thema.

2018 wurde dem Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die Ergebnisse des **Evaluierungsberichts zum Elektromobilitätsgesetz** und Schlussfolgerungen der Bundesregierung insbesondere hinsichtlich möglicher Anpassungsbedarfe des Gesetzes berichtet¹⁶⁵.

¹⁵⁶ [hib 276/2021](#)

¹⁵⁷ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹⁵⁸ [Drucksache 19/20686](#) (Antrag), [hib 707/2020](#)

¹⁵⁹ [Drucksache 19/23175](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁶⁰ [Drucksache 19/18674](#) (Antrag), [hib 421/2020](#)

¹⁶¹ [Drucksache 19/14387](#) (Antrag), [hib 1189/2019](#)

¹⁶² [hib 473/2020](#)

¹⁶³ [Wortprotokoll der 71. Sitzung](#)

¹⁶⁴ [Drucksache 19/23921](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁶⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Im Mai 2019 wurde der Antrag der Fraktion der AfD **„Keine Elektromobilität zu Lasten von Mensch und Umwelt in rohstoffreichen Entwicklungsländern – Rohstoffförderung für Elektromobilität strenger kontrollieren“**¹⁶⁶ beraten, der im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde¹⁶⁷.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Elektromobilität auf die Überholspur bringen – Chancen für eine zukunftsfähige Mobilität nutzen“**¹⁶⁸ war dann im Juli 2019 Gegenstand der Debatte. Er fand im Ausschuss aber keine Mehrheit¹⁶⁹.

Zu dem Thema **„Ergebnisse des Autogipfels am 4. November 2019 zur Förderung der Elektromobilität und Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen“** fand im November 2019 eine Erörterung im Ausschuss statt¹⁷⁰.

Die Fraktion der AfD thematisierte im Jahr 2019 die **„Geplante Verlängerung der Förderung von batterieelektrischen Fahrzeugen über das Jahr 2021 hinaus nach einer Intervention eines Vorstandsvorsitzenden eines Automobilkonzerns beim Bundesfinanzminister und Schaffung der notwendigen innerstädtischen Ladeinfrastrukturen“**.

Im Mai 2021 stand dann der Gesetzentwurf der Bundesregierung **„Entwurf eines Gesetzes über die Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur für reine Batterieelektrofahrzeuge (Schnellladegesetz – SchnellLG)“**¹⁷¹ auf der Tagesordnung des Ausschusses¹⁷², der dann im Ausschuss mit Mehrheit in geänderter Fassung angenommen wurde¹⁷³. Mit dem Gesetz soll der Ausbau der Schnellladeinfrastruktur vor dem Hintergrund der Erforderlichkeit einer zum Teil vorausschauenden Überdimensionierung und Flächendeckung eine öffentliche Aufgabe sein, deren Ausführung durch private Betreiber erfolgen soll.

In der Folge hat sich der Ausschuss dann im Juni 2021 mit einem vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur übermittelten **„Konzept der Ausschreibung von 1000 Schnellladestandorten auf Grundlage des Schnellladegesetzes“**

¹⁶⁶ [Drucksache 19/9251](#) (Antrag), [hib 410/2019](#)

¹⁶⁷ [Drucksache 19/10347](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁶⁸ [Drucksache 19/7195](#) (Antrag), [hib 83/2019](#)

¹⁶⁹ [Drucksache 19/11909](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁷⁰ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹⁷¹ [Drucksache 19/28184](#) (Gesetzentwurf)

¹⁷² [hib 665/2021](#)

¹⁷³ [Drucksache 19/29840](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



befasst. Dem von der Bundesregierung vorlegten Konzept hat er gemäß § 3 Absatz 8 SchnellLG mehrheitlich zugestimmt.

8. Fahrradverkehr

Das **Radverkehrsaufkommen** nahm in den letzten Jahren in Deutschland – insbesondere während der Corona-Pandemie – deutlich zu und gewann mehr und mehr an Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich daher wiederholt mit dem Verkehrsmittel Fahrrad als wichtigem Baustein der **Verkehrswende**.

Unter anderem debattierte er einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Verkehrswende in Städten, mehr Raum für das Rad – Einführung von Fahrradstraßen erleichtern und Fahrradzonen etablieren**“, der die Einführung von Fahrradstraßen und Fahrradzonen¹⁷⁴ zum Ziel hatte. In einem weiteren Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ging es um die Reform des Straßenverkehrsrechts mit dem Ziel einer fahrradfreundlichen Anpassung¹⁷⁵ (s. auch Kapitel 4, Seite 23). Dieser Antrag war auch Gegenstand einer öffentlichen Anhörung am 25. September 2019, in der es um die Bewertung der geplanten StVO-Novelle ging (s. o. Seiten 23 und 25). Ein Schwerpunkt der Diskussion lag dabei auf der Sicherheit des Radverkehrs. Im Mai 2019¹⁷⁶ beriet der Ausschuss über den „**Fahrradklimatest 2018** des ADFC“¹⁷⁷.

Auch die Sicherheit des Radverkehrs stand fortlaufend im Fokus der Ausschussberatungen. So forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag die verpflichtende Einführung von **Abbiegeassistenten für Lkw**¹⁷⁸ (s. o. Seite 20 ff). Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD forderten in einem gemeinsamen Antrag, das Ziel „**Vision Zero**“ als Leitgedanken in die **StVO** aufzunehmen¹⁷⁹ (s. o. Seite 22).

In seiner Sitzung am 23. Juni 2021 debattierte der Ausschuss über den **Nationalen Radverkehrsplan 3.0**, der Strategie der Bundesregierung zur Förderung des Radverkehrs in Deutschland¹⁸⁰.

¹⁷⁴ [Drucksache 19/5893](#) (Antrag), [hib 909/2018](#)

¹⁷⁵ [Drucksache 19/8980](#) (Antrag), [hib 371/2019](#)

¹⁷⁶ [hib 561/2019](#)

¹⁷⁷ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

¹⁷⁸ [Drucksache 19/1202](#) (Antrag), [hib 165/2018](#)

¹⁷⁹ [Drucksache 19/15779](#) (Antrag), [hib 1409/2019](#)

¹⁸⁰ [hib 829/2021](#)



Eine **Delegationsreise** des Ausschusses in die Niederlande und nach Belgien mit dem **Themenschwerpunkt Radverkehr** ist in Kapitel VIII.2. (s. u. Seite 76) näher beschrieben.

9. eScooter

Im Vorfeld des Inkrafttretens der **Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung** am 15. Juni 2019 befasste sich der Ausschuss mit den Ausprägungen und Auswirkungen dieser neuen Form der Mikromobilität. Am 22. November 2018 fand dazu ein erweitertes Berichterstattegespräch statt.

Der Antrag der Fraktion der FDP „**E-Scooter und Hoverboards jetzt bürgerfreundlich zulassen – Flexible Mobilität schnell und innovativ ermöglichen**“¹⁸¹, forderte die Einbindung von Elektrokleinstfahrzeugen in das bestehende System der Straßenverkehrsordnung und die Schaffung eines Rechtsrahmens entlang der Einführung von Geschwindigkeitsgruppen. Zu diesem Antrag wurde am 8. Mai 2019 eine öffentliche Anhörung auf der Grundlage eines Ausschussbeschlusses durchgeführt. In der Anhörung stieß die Nutzung von Gehwegen durch Fahrzeuge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 12 km/h bei den zu der Anhörung eingeladenen Experten wegen der hohen Unfallgefahr auf Ablehnung. Der Deutsche Städtetag kritisierte, dass die Kommunalvertreter nicht in die Schaffung der Verordnung eingebunden gewesen seien. Der Bundesverband Elektrokleinstfahrzeuge zeigte sich über die Legalisierung von Elektrokleinstfahrzeugen durch eine Verordnung erfreut. Der Antrag wurde im weiteren Beratungsverlauf vom Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt¹⁸².

Ebenfalls im Jahr 2019 ließ der Ausschuss sich vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu der „Ausnahmeverordnung für die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen (eKF) am Straßenverkehr“ berichten¹⁸³.

10. Güterverkehr und Logistik

Der **Transportbedarf von Gütern** ist thematisch eng mit der Verkehrspolitik verknüpft. Nach Handel und Automobilindustrie liegt die **Güterverkehrslogistik** auf Platz drei aller Wirtschaftsbereiche in Deutschland. Folglich hat auch dieser Themenbereich den Ausschuss wiederholt beschäftigt.

¹⁸¹ [Drucksache 19/8543](#) (Antrag), [hib 299/2019](#)

¹⁸² [Drucksache 19/14074](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁸³ [hib 270/2019](#)



Auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD debattierte der Ausschuss in seiner Sitzung am 10. April 2019 im Rahmen einer Selbstbefassung über das **Innovationsprogramm Logistik 2030**, welches vom BMVI entsprechend der Festlegung im Koalitionsvertrag zur 19. Legislaturperiode aufgelegt wurde. Mit dem Innovationsprogramm soll der Logistikstandort Deutschland gestärkt und ausgebaut werden.

In verschiedenen Anträgen formulierten die Fraktionen Forderungen zur Verbesserung des Güterverkehrs auf der Straße. So forderte die Fraktion der AfD in ihrem **Antrag „Nachhaltigkeit im Güterverkehr steigern, Energieverbrauch und die Anzahl der Lkw-Fahrten vermindern, Straßen und Brücken schonen“**¹⁸⁴, durch eine Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung Lkw mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 44 Tonnen zuzulassen. Der Antrag wurde vom Ausschuss abgelehnt¹⁸⁵.

Die **Sicherheit im Straßengüterverkehr** war Gegenstand eines Antrages der Fraktion der **FDP**¹⁸⁶. So forderte sie unter anderem, mit verschiedenen Maßnahmen die Kontrolldichte im Straßengüterverkehr zu erhöhen und die Mittel für das „Förderprogramm für Abbiegeassistenzsysteme“ im Jahr 2020 zu verdoppeln (s. zum Thema „Abbiegeassistenzsysteme“ auch Seite 20). Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit im Ausschuss¹⁸⁷.

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen, verschärften **infektionsrechtlichen Reiseregungen** hatten erhebliche Auswirkungen auf Pendlerverkehre und Logistikketten. In einer Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP berichtete das BMVI in der Ausschusssitzung am 3. März 2021 über den aktuellen Sachstand und die Kommunikation der Bundesregierung mit den betroffenen Nachbarstaaten, der EU-Kommission, den Bundesländern und den Verbänden der Logistikwirtschaft.

Im Oktober stand der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im **Berufskraftfahrerqualifikationsrecht**“¹⁸⁸ im Ausschuss zur Debatte¹⁸⁹. Dabei ging es unter anderem um die Ausstellung von Fahrerqualifizierungsnachweisen. Der Gesetzentwurf wurde mit Änderungen

¹⁸⁴ [Drucksache 19/13097](#) (Antrag), [hib 1002/2019](#)

¹⁸⁵ [Drucksache 19/14741](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁸⁶ [Drucksache 19/30391](#) (Antrag)

¹⁸⁷ [Drucksache 19/31071](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁸⁸ [Drucksachen 19/21983, 19/22849](#) (Gesetzentwurf), [hib 1054/2020](#)

¹⁸⁹ [hib 1071/2020](#)



mehrheitlich zur Annahme empfohlen. Zusätzlich hat der Ausschuss dem Plenum mehrheitlich die Annahme einer Entschließung zu Maßnahmen zur Beseitigung des Fahrermangels empfohlen¹⁹⁰.

11. Eisenbahnwesen

Das Eisenbahnwesen repräsentierte auch in der 19. Wahlperiode wieder das umfangreichste Themengebiet des Ausschusses. Dementsprechend bildete der Eisenbahnsektor für den Ausschuss auch einen Schwerpunkt im Bereich der Gesetzgebung.

Besondere Bedeutung hatte die **Gesetzgebung zum Regionalisierungsgesetz**, auch im Hinblick auf die finanziellen Volumina, um die es dabei ging.

Mit dem (im Ausschuss mit Änderungen einstimmig angenommen¹⁹¹) Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Fünften Gesetzes zur **Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes**“ wurden Berichtigungen wegen eines Übersetzungsfehlers in deutschen Fassungen von EU-Richtlinien bzw. Klarstellungen vorgenommen¹⁹².

Bei einem weiteren Gesetzentwurf der Bundesregierung ging es um die **Änderung beförderungsrechtlicher Vorschriften im Eisenbahnbereich**¹⁹³. Dies betraf vor allem die Bekanntmachung von Tarifen und eine Bündelung bei den Zuständigkeiten für die Durchsetzung fahrgastrechtlicher Ansprüche mit dem Ziel eines effektiven Verbraucherschutzes. Der Gesetzentwurf traf im Ausschuss auf einhellige Zustimmung¹⁹⁴.

Bei dem ebenfalls im Jahr 2019 beratenen Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2370 vom 14. Dezember 2016 zur Änderung der Richtlinie 2012/34/EU bezüglich der **Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste** und der Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur“¹⁹⁵ ging es vor allem um die Umsetzung von EU-Recht zur Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und zur Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur. Der Gesetzentwurf

¹⁹⁰ [Drucksache 19/23185 \(neu\)](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

¹⁹¹ [Drucksache 19/7084](#)

¹⁹² [Drucksache 19/5421](#) (Gesetzentwurf), [hib 845/2018](#)

¹⁹³ [Drucksache 19/7837](#) (Gesetzentwurf), [hib 181/2019](#), [19/917](#)

¹⁹⁴ [Drucksache 19/8468](#)

¹⁹⁵ [Drucksachen 19/9738](#) (Gesetzentwurf), [hib 502/2019](#), [19/10520](#) (Unterrichtung), [hib 661/2019](#)



wurde im Juni 2019¹⁹⁶ im Ausschuss mit Änderungen mehrheitlich angenommen¹⁹⁷.

Ende des Jahres 2019 wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der **technischen Säule des vierten Eisenbahnpakets** der Europäischen Union“¹⁹⁸, bei dem es ebenfalls um die Umsetzung von EU-Recht ging, im Ausschuss ohne Gegenstimmen angenommen¹⁹⁹.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 25. August 1953 zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Vorsteher des Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartements der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die deutschen Eisenbahnstrecken auf Schweizer Gebiet“²⁰⁰, bei dem es um eine Zustimmung nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes ging, um eine Rechtsgrundlage für die sog. **Frankenversorgung** im nationalen Recht zu schaffen, wurde vom Ausschuss einstimmig befürwortet²⁰¹.

Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. September 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den **Ersatzneubau der Grenzbrücke** im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odra)“²⁰² hat der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur einstimmig dessen unveränderte Annahme empfohlen²⁰³.

Ein Gesetzentwurf, der im Frühjahr 2021 im Eisenbahnbereich zur Beratung anstand, dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „**Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes**“²⁰⁴, betraf vor allem um die Regelung von Ausgleichszahlungen für betriebsfremde Leistungen bundeseigener Eisenbahnen, deren Rechtsgrundlage durch das Vierte Eisenbahnpaket der EU entfallen war. Zudem sollte in diesem Bereich eine einheitliche Rechtsgrundlage für bundeseigene und nichtbundeseigene Eisenbahnen geschaffen werden.

¹⁹⁶ [hib 649/2019](#)

¹⁹⁷ [Drucksache 19/10689](#)

¹⁹⁸ [Drucksache 19/15661](#) (Gesetzentwurf), [hib 1382/2019](#)

¹⁹⁹ [Drucksache 19/16195](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁰⁰ [Drucksache 19/16335](#) (Gesetzentwurf), [hib 48/2020](#)

²⁰¹ [Drucksache 19/17119](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁰² [Drucksachen 19/18788, 19/19386](#) (Gesetzentwurf), [hib 446/2020](#)

²⁰³ [Drucksache 19/19675](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁰⁴ [Drucksache 19/17289](#) (Gesetzentwurf), [hib 231/2020](#)



Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss im März 2021 in geänderter Fassung einstimmig befürwortet²⁰⁵.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes und des Gesetzes über **Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen**“²⁰⁶ sah unter anderem die Entlastung der Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Eisenbahnkreuzungsgesetz vor, um Investitionen in die Infrastruktur für den Radverkehr sowie in das Schienennetz zu beschleunigen. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss im April 2021²⁰⁷ ohne Gegenstimmen die Annahme mit Änderungen empfohlen²⁰⁸.

Ebenfalls im April 2021 befasste sich der Ausschuss mit einem weiteren Gesetzentwurf aus dem Eisenbahnbereich. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung von Vorschriften im Eisenbahnbereich**“²⁰⁹ betraf diverse Änderungen im Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), im Bundesnichtraucherschutzgesetz, im Schienenlärmschutzgesetz, im Bundeswaldgesetz sowie im Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz. Dabei ging es auch um Verbesserungen beim Grünschnitt, um z. B. Betriebsstörungen bei der Bahn durch umgestürzte Bäume zu verhindern²¹⁰. Der Ausschuss befürwortete am 21. April 2021 mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung.

Themen des Gesetzentwurfs der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des **Eisenbahnregulierungsrechts**“²¹¹, den der Ausschuss im Frühjahr 2021 beraten hat, waren die Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Eisenbahnregulierungsgesetzes, die Anpassung des Gesetzes an EU-Recht und an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), sowie erste Schritte zur Erprobung neuer Verfahren der Kapazitätszuweisung im Hinblick auf die Überlegungen zum Deutschlandtakt. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss am 14. April 2021 eine öffentliche Anhörung durchgeführt²¹². In der abschließenden Beratung am 5. Mai 2021²¹³

²⁰⁵ [Drucksache 19/18267](#)

²⁰⁶ [Drucksache 19/27660](#) (Gesetzentwurf)

²⁰⁷ [hib 476/2021](#)

²⁰⁸ [Drucksache 19/28511](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁰⁹ [Drucksache 19/27671](#) (Gesetzentwurf)

²¹⁰ [hib 528/2021](#)

²¹¹ [Drucksache 19/27656](#) (Gesetzentwurf)

²¹² [Wortprotokoll der 107. Sitzung](#)

²¹³ [hib 605/2021](#)



sprach sich der Ausschuss mehrheitlich für die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen sowie für die Annahme einer Entschließung aus²¹⁴.

Im ersten Halbjahr 2018 wurde erneut das Projekt „**Stuttgart 21**“ thematisiert, welches der Ausschuss bereits in den vergangenen Wahlperioden intensiv erörtert hatte. In einem Antrag der Fraktion DIE LINKE. wurde der „**Ausstieg und Umstieg bei dem Bahnprojekt Stuttgart 21**“ gefordert²¹⁵. Zu dem Antrag hat der Ausschuss am 11. Juni 2018 eine öffentliche Anhörung durchgeführt²¹⁶. Im weiteren Verlauf der Beratung hat er den Antrag dann mehrheitlich abgelehnt²¹⁷.

Mit einem Antrag vom März 2018 forderte die Fraktion DIE LINKE. die „**Offenlegung von neuen Gutachten zur Deutschen Bahn AG**“²¹⁸. Dabei ging es um Gutachten, die das Projekt „Stuttgart 21“ betrafen. Auch dieser Antrag fand im Ausschuss keine Mehrheit²¹⁹.

Die „**Kostenentwicklung beim DB-Bauprojekt Stuttgart 21**“ wurde im Februar 2019 diskutiert²²⁰.

Die Fraktion DIE LINKE. thematisierte das Projekt im Jahr 2019 erneut mit ihrem Antrag „**Für eine bessere Bahn – Ausstieg und Umstieg bei Stuttgart 21**“²²¹. Der Antrag wurde im Januar 2020 von der Ausschussmehrheit abgelehnt²²².

Zum Thema „Stuttgart 21“ und sowie zur "Neubaustrecke Wendlingen-Ulm" führte der Ausschuss in seiner Sitzung am 18. April 2021 ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG **Dr. Richard Lutz** und dem Vorstand für Infrastruktur der Deutschen Bahn AG **Ronald Pofalla**²²³,

Der Themenbereich Eisenbahnverkehr war auch stark von der Corona-Krise betroffen. Von Beginn an fand ein regelmäßiger Austausch mit Bundesminister Andreas Scheuer statt, der die Mitglieder über die **Auswirkungen der Covid 19-Pandemie auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur** informierte (s. o.). Hintergrund war

²¹⁴ [Drucksache 19/29371](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²¹⁵ [Drucksache 19/480](#) (Antrag), [hib 33/2018](#)

²¹⁶ [Wortprotokoll der 11. Sitzung](#)

²¹⁷ [Drucksache 19/3589](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²¹⁸ [Drucksache 19/481](#) (Antrag), [hib 26/2018](#)

²¹⁹ [Drucksache 19/2352](#)

²²⁰ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

²²¹ [Drucksache 19/11235](#) (Antrag), [hib 743/2019](#)

²²² [Drucksache 19/16900](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²²³ [hib 240/2018](#)



unter anderem, dass die DB trotz der Pandemie ihr Angebot überwiegend aufrechterhalten hatte.

Im Januar 2020 fand im Ausschuss ein Gespräch mit Bundesminister Andreas Scheuer **„zu aktuellen Fragen im Hinblick auf die Corona-Pandemie aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur“** statt.

Über ein „Konzeptpapier von Deutsche Bahn AG, Verkehrs- und Finanzministerium zu den **finanziellen Hilfen für die Deutsche Bahn AG**“ wurde im Mai 2020 im Ausschuss gesprochen²²⁴. Vor dem Hintergrund der Covid 19-Pandemie wurde das Thema „Personalabbau bei der DB AG“²²⁵ am 27. Mai 2020 in einem Gespräch mit Dr. Richard Lutz, Ronald Pofalla und Dr. Levin Holle vom Vorstand der Deutschen Bahn erörtert.

Aus Anlass der Debatte über den Antrag der Fraktion der FDP **„Keine einseitige Subventionierung für den Deutsche-Bahn-Konzern – Unterstützung für den Schienenverkehr wettbewerbsneutral ausgestalten“**²²⁶ berichtete die Bundesregierung im Dezember 2020 erneut über den Sachstand bei den Hilfen für die Deutsche Bahn²²⁷. Der Antrag der Fraktion der FDP wurde mit Mehrheit abgelehnt²²⁸.

Die Ausschussmitglieder berieten auch im Februar 2021 über die **finanzielle Situation von Eisenbahnverkehrsunternehmen und den aktuellen Stand der Beihilfe für die Deutsche Bahn AG**²²⁹.

Speziell mit der Ansteckungsgefahr durch Aerosole in ICE-Zügen befasste sich der Ausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung²³⁰ **„zu den vollständigen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den von der DB Fernverkehr AG beauftragten Untersuchungen zur Risikobetrachtung der Verbreitung von Aerosolen in ICE-Zügen und den daraus abzuleitenden Risiken für Reisende, sich zu infizieren“** im Januar 2021²³¹.

„Alle reden vom Wetter...“ – an diesen historischen Slogan der Bundesbahn wurde mancher in der Diskussion über die „Schneestrategie der Deutschen Bahn AG“ erinnert. Im Winter 2020/21 war durch einen massiven Schneeeinbruch annähernd

²²⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

²²⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

²²⁶ Drucksache 19/24639 (Antrag), [hib 1313/2020](#)

²²⁷ [hib 1392/2020](#)

²²⁸ [Drucksache 19/25386](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²²⁹ 99. Sitzung am 10.02.2021

²³⁰ 96. Sitzung am 13.01.2021

²³¹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der AfD



eine Woche der Verkehr maßgeblich beeinträchtigt worden und der Umgang der DB AG damit („**Neue Schneestrategie**“) sorgte für Diskussionsstoff.

Im Februar 2021 ließ sich der Ausschuss dazu vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur **„Zur Vereinbarkeit der "neuen Schneestrategie" der Deutschen Bahn AG mit dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG)“** berichten²³². Im Frühjahr 2021 fand zur "neuen Schneestrategie" und zu anderen aktuellen DB-Themen ein Gespräch mit den Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Bahn AG **Dr. Richard Lutz** und **Ronald Pofalla**) sowie dem Mitglied des Vorstands der DB Netz AG **Dr. Volker Hentschel**) statt²³³.

Beratungsgegenstand im Ausschuss war auch die **Tunnelhavarie bei Bauarbeiten in Rastatt-Niederbühl** im Jahr 2017. Die Fraktion der FDP brachte dazu den Antrag **„Nach Tunnelhavarie und Rheintal-Streckensperrung 2017 von Rastatt – Aufarbeitung und Notfallmanagement entwickeln“** ein²³⁴, den der Ausschuss im Juni 2018 aber mehrheitlich ablehnte²³⁵.

Der Ausschuss hatte sich bereits im April 2018 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum aktuellen **Stand der Untersuchungen am Tunnel Rastatt** berichten lassen²³⁶.

Mitte des Jahres 2019 hat der Ausschuss eine Reihe von **Anträgen zum Eisenbahnwesen** gemeinsam erörtert:

- den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD **„Der Schiene höchste Priorität einräumen“**²³⁷;
- den Antrag der Fraktion der AfD **„Die Eisenbahn nicht gegen andere Verkehrsträger ausspielen – Keine Erhöhung der Energiesteuer und CO2-Abgabe für Diesel um 30 Cent je Liter – Kein Stopp des Autobahn- und Bundesstraßenbaus“**²³⁸;
- den Antrag der Fraktion der FDP **„Digitalisierung der Schiene durch Verkauf von Beteiligungen der Deutschen Bahn AG vorantreiben“**²³⁹;

²³² Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

²³³ 113. Sitzung am 19.05.2021

²³⁴ [Drucksache 19/1839](#) (Antrag), [hib 265/2018](#)

²³⁵ [Drucksache 19/3800](#)

²³⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

²³⁷ [Drucksache 19/9918](#) (Antrag), [hib 530/2019](#)

²³⁸ [Drucksache 19/7941](#) (Antrag), [hib 206/2019](#)

²³⁹ [Drucksache 19/6284](#) (Antrag), [hib 966/2018](#)



- den Antrag der Fraktion DIE LINKE. **„Drohenden Kollaps verhindern – Deutsche Bahn AG demokratisch umbauen“**²⁴⁰ und
- den Antrag der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Die Eisenbahn zum Rückgrat der Verkehrswende machen“**²⁴¹

Zu den fünf genannten Anträgen hat der Ausschuss in seiner 44. Sitzung am 13. Mai 2019 eine öffentliche Anhörung durchgeführt²⁴². Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/9918 wurde im weiteren Verlauf der Beratungen von der Ausschussmehrheit angenommen, die anderen vier Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt²⁴³.

Um die **Bahninfrastruktur** ging es in einem Antrag der Fraktion DIE LINKE. **„Abbau von Bahninfrastruktur stoppen“**²⁴⁴, der im März 2019²⁴⁵ im Ausschuss keine Mehrheit fand²⁴⁶. Entsprechendes gilt auch für den thematisch verwandten Antrag der Fraktion DIE LINKE. **„Die Bahn wieder ins ganze Land bringen – Bahnstrecken reaktivieren“**^{247 248}.

Im Frühjahr 2018 ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Sachstand bei dem Projekt **„Feste Fehmarnbeltquerung“** informieren.

Um die **„Bewertung der Schienenprojekte des potenziellen Bedarfs aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030“** ging es in den Ausschussberatungen im Herbst 2018²⁴⁹.

Ende des Jahres 2019 behandelte der Ausschuss wieder mehrere Anträge zur Bahninfrastruktur gemeinsam.

- Mit einem Antrag forderte die Fraktion der AfD **„Bahninfrastruktur in Deutschland nachhaltig verbessern – Empfehlungen des Bundesrechnungshofes zur Bahninfrastrukturfinanzierung beachten“**²⁵⁰.

²⁴⁰ [Drucksache 19/7024](#) (Antrag), [hib 61/2019](#)

²⁴¹ [Drucksache 19/7452](#) (Antrag), [hib 117/2019](#)

²⁴² [Wortprotokoll der 44. Sitzung](#)

²⁴³ [Drucksache 19/11076](#)

²⁴⁴ [Drucksache 19/7907](#) (Antrag), [hib 199/2019](#)

²⁴⁵ [hib 296/2019](#)

²⁴⁶ [Drucksache 19/8804](#)

²⁴⁷ [Drucksache 19/9076](#) (Antrag), [hib 390/2019](#)

²⁴⁸ [Drucksache 19/10586](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁴⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

²⁵⁰ [Drucksache 19/11123](#) (Antrag), [hib 732/2019](#)



- Die Fraktion der FDP erhob die Forderung **„Qualität des Schienennetzes effektiv verbessern – Ausgabe von Steuermitteln besser kontrollieren“**²⁵¹ und
- ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN postulierte **„Gute Schienenwege braucht das Land – Erhaltung des Schienennetzes bedarfsgerecht finanzieren“**²⁵².

Auch zu diesen Anträgen beschloss der Ausschuss eine öffentliche Anhörung, die er in seiner 52. Sitzung am 16. Oktober 2019 durchführte²⁵³. Im weiteren Verlauf der Beratung wurde vom Ausschuss jedoch keiner dieser Anträge zur Annahme empfohlen²⁵⁴.

Ein **„Elektrifizierungsprogramm für den Schienenverkehr“** forderte die Fraktion DIE LINKE. in einem Antrag im Herbst 2019²⁵⁵, den der Ausschuss im Frühjahr 2020 beriet und mehrheitlich ablehnte²⁵⁶.

Zum Thema **„Verfügbarkeit der Eisenbahninfrastruktur in Deutschland bei schwierigen Wetterverhältnissen“** brachte die Fraktion der AfD einen Antrag ein²⁵⁷, der im Mai 2021 im Ausschuss keine Mehrheit fand²⁵⁸.

Der **DB-Konzern** war oft Gegenstand der Beratungen im Ausschuss. Im September 2018 war der **„Umgang des Eigentümers mit der finanziellen und strukturellen Krise der Deutschen Bahn AG und zu ausstehenden Verlagerungseffekten von Verkehren auf die Schiene“** Thema der Ausschussberatungen.

Im Oktober 2018 ging es um **„Brandschutzstandards in den Fernzügen der DB AG“**²⁵⁹. Hintergrund war der Brand in einem ICE-Zug im Oktober 2018. An der Beratung nahmen auch **Dr. Philipp Nagel**, Vorstand Produktion der DB Fernverkehr AG, **Christoph Koch**, Leiter Fahrzeugmanagement ICE-T, sowie **Thomas Göwert**, Eisenbahnbetriebsleiter, teil²⁶⁰.

Die **„Ergebnisse des Gesprächs zwischen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und dem Vorstand der Deutschen**

²⁵¹ [Drucksache 19/11110](#) (Antrag), [hib 732/2019](#)

²⁵² [Drucksache 19/10638](#) (Antrag), [hib 679/2019](#)

²⁵³ [Wortprotokoll der 52. Sitzung](#)

²⁵⁴ [Drucksache 19/15522](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁵⁵ [Drucksache 19/14376](#) (Antrag), [hib 1189/2019](#)

²⁵⁶ [Drucksache 19/18995](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁵⁷ [Drucksache 19/28460](#) (Antrag)

²⁵⁸ [Drucksache 19/29374](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁵⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

²⁶⁰ [hib 980/2018](#)



Bahn AG am 15. Januar 2019“ waren im Januar 2019 Thema der Ausschussberatung²⁶¹.



Abbildung 4: Blick in den Sitzungssaal des Ausschusses während einer Ausschusssitzung

Über **Beraterverträge** für ausgeschiedene Vorstände der DB AG wurde im Ausschuss im Juni 2019 intensiv diskutiert. Dazu waren mehrere Selbstbefassungen beantragt worden²⁶². Erneut wurde das Thema „Beraterverträge der Deutschen Bahn AG“ im Herbst 2019 erörtert²⁶³.

Ende 2019 waren Gegenstand der Diskussion die **„Beabsichtigten Erhöhungen der Vorstandsgehälter bei der Deutschen Bahn“**²⁶⁴.

Ende 2019 wurde auch das Thema **„Bundesverkehrsminister Scheuers Ultimatum an die Bahn: Was setzt die Bundesregierung hierfür um?“**²⁶⁵ erörtert²⁶⁶.

Mitglieder von Vorständen aus dem DB-Konzern waren häufig Gesprächspartner des Ausschusses. So führte er Anfang 2019 ein Gespräch mit den Mitgliedern des Vorstands der Deutschen

²⁶¹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

²⁶² Auf Antrag der Fraktion der AfD: „Nicht genehmigte Beraterverträge für ausgeschiedene Vorstände der DB AG und externe Personen“; auf Antrag der Fraktion der FDP: „Erkenntnisse der Bundesregierung hinsichtlich der bekannt gewordenen Beraterverträge mit ehemaligen Vorstandsmitgliedern bzw. Managern der Deutschen Bahn AG“; auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Beraterverträge Deutsche Bahn“

²⁶³ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

²⁶⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

²⁶⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

²⁶⁶ [hib 1287/2019](#)



Bahn AG Dr. Richard Lutz und Ronald Pofalla zu den konkreten Vorhaben des Unternehmens zur **Verbesserung von Qualität, Kundenservice und Wirtschaftlichkeit** im Jahr 2019 sowie in der mittelfristigen Zeitplanung²⁶⁷.

Im Dezember 2019 ging es einem Gespräch mit Dr. Richard Lutz und Ronald Pofalla um die „Dachstrategie der Deutschen Bahn AG ‚**Starke Schiene**‘“.

Die **dritte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)** mit der DB wurde im Ausschuss immer wieder thematisiert. Im Januar 2019²⁶⁸ ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu dem „**Bericht des Bundesrechnungshofs** nach § 99 BHO über die Ziele des Bundes bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über eine dritte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) für die bestehende Eisenbahninfrastruktur“ informieren²⁶⁹.

Im November 2019 beriet der Ausschuss über die „**Fortschreibung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DB - Entscheidung über eine Zustimmung zum Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III (LuFV III)“. Er stimmte dem ihm vorgelegten Entwurf der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III dann mehrheitlich zu²⁷⁰.

Auch **Grundsatzfragen der Ausgestaltung des Bahnsystems** waren Gegenstand der Ausschussberatungen. Im Jahr 2021 behandelte der Ausschuss den Antrag der Fraktion der FDP „**Für ein modernes und wettbewerbliches Bahnsystem in Europa**“²⁷¹, den er am 5. Mai 2021 mehrheitlich ablehnte²⁷².

Neben der Beratung von Gesetzentwürfen und Anträgen hat sich der Ausschuss auch mit Unterrichtungen zu Bahnthemen befasst.

Den „**Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur – Eisenbahnen 2017/2018**“²⁷³ hat er im Herbst 2019 beraten und zur Kenntnis genommen.

Mit dem „**7. Sektorgutachten Bahn der Monopolkommission** gemäß § 78 Absatz 1 des Eisenbahnregulierungsgesetzes Mehr

²⁶⁷ [hib 195/2019](#)

²⁶⁸ [hib 53/2019](#)

²⁶⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP und der Fraktion DIE LINKE.

²⁷⁰ [hib 1269/2019](#)

²⁷¹ [Drucksache 19/28435](#)

²⁷² [Drucksache 19/29524](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁷³ [Drucksache 19/11560](#) (Unterrichtung), [hib 894/2019](#)



Qualität und Wettbewerb auf die Schiene“ hat er sich in seiner 65. Sitzung im Februar 2020 befasst. Dazu hat er in der Sitzung ein Gespräch mit dem Mitglied der Monopolkommission **Prof. Dr. Jürgen Kühling** geführt.

Der „Bericht über die Märkte für **Wartungseinrichtungen für Eisenbahnen**“²⁷⁴ wurde im Juli 2020 zur Kenntnis genommen.

Den „Beschluss der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung zum **Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Paris**“²⁷⁵ hat der Ausschuss im Februar 2021 ebenfalls zur Kenntnis genommen.

In einer Reihe von Fällen hat sich der Ausschuss mit Unterrichtungen der Bundesregierung zu den Ergebnissen von **Vorplanungen und frühen Öffentlichkeitsbeteiligungen bei Schienenprojekten** befasst, insbesondere unter dem Aspekt übergesetzlichen Lärmschutzes. Dies betraf

- im Mai 2020 den „Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Ausbaustrecke **Lübeck – Schwerin**“²⁷⁶, den der Ausschuss zur Kenntnis genommen hat;
- ebenfalls im Mai 2020 den Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Ausbaustrecke **Hanau – Gelnhausen**“²⁷⁷, zu dem der Ausschuss dem Plenum die Annahmen einer Annahme einer Entschließung empfohlen hat²⁷⁸,
- im Juli 2020 den „Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zur **Ausbaustrecke/Neubaustrecke Hamburg – Lübeck – Puttgarden**“²⁷⁹, zu dem der Ausschuss ebenfalls die Annahme einer Entschließung empfohlen hat²⁸⁰ und den
- „Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung der Ausbaustrecke **Rotenburg – Verden**“²⁸¹, der im Juni 2021 beraten wurde und zu dem der Ausschuss dem Plenum ebenfalls die Annahme einer Entschließung empfohlen hat²⁸².

²⁷⁴ [Drucksache 19/19100](#) (Unterrichtung), [hib 533/2020](#)

²⁷⁵ [Drucksache 19/25707](#) (Unterrichtung)

²⁷⁶ [Drucksache 19/17945](#) (Unterrichtung)

²⁷⁷ [Drucksache 19/18075](#) (Unterrichtung), [hib 404/2020](#)

²⁷⁸ [Drucksache 19/19406](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁷⁹ [Drucksache 19/19500](#) (Unterrichtung), [hib 588/2020](#)

²⁸⁰ [Drucksache 19/20624](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁸¹ [Drucksache 19/29972](#) (Unterrichtung)

²⁸² [Drucksache 19/31088](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



Schon zu Beginn der Wahlperiode wurde im Ausschuss der „Bericht der Bundesregierung zur **Vergabepaxis im Schienenpersonennahverkehr** nach der Änderung der Vergabeverordnung vom 1. Dezember 2002“²⁸³ debattiert²⁸⁴.

Auch bei den Selbstbefassungen war der Eisenbahnbereich sehr stark vertreten. Über die bereits erwähnten Selbstbefassungen hinaus wurden im Ausschuss folgenden Themen erörtert:

- Im Mai 2018 berichtete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum aktuellen Stand der "Umsetzung der **Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der Rheintalbahn**"²⁸⁵.
- Ebenfalls im Mai 2018 wurde das "**Bahnsteighöhenkonzept 2017**" thematisiert²⁸⁶.
- Am 15. Oktober 2018 führte der Ausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung eine öffentliche Anhörung zum Thema "**Barrierefreiheit im Schienenverkehr**" durch²⁸⁷.
- Ende 2019 ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Thema „**Nachtzüge**“ berichten²⁸⁸.
- Um das Thema „**Trans-Europ-Express (TEE) 2.0**“ ging es in einer Selbstbefassung im Herbst 2020²⁸⁹.

12. Regionalisierungsmittel

Die vom Bund bereitgestellten **Regionalisierungsmittel** für den Schienenpersonennahverkehr waren ebenfalls ein wichtiges Thema im Ausschuss.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines **Fünften Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes**“ sollten die Regionalisierungsmittel im Rahmen des Klimapakets der Bundesregierung erhöht werden. Der Gesetzentwurf sah eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel über die Jahre 2020 bis 2031 um insgesamt rund 5,25 Milliarden Euro vor. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss – zusammen mit dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes auf Drucksache 19/15621 (s. Kapitel 17 „ÖPNV“, Seite 59) – am 13. Januar 2020 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Im Januar 2020 hat er mehrheitlich die

²⁸³ [Drucksache 18/12711](#)

²⁸⁴ [hib 85/2018](#)

²⁸⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU

²⁸⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

²⁸⁷ [Wortprotokoll der 22. Sitzung](#)

²⁸⁸ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

²⁸⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.



Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen; zusätzlich hat sich der Ausschuss auch mehrheitlich für die Annahme einer Entschließung ausgesprochen²⁹⁰.

Nachdem die Regionalisierungsmittel bereits 2020 im Rahmen des „Gesetzes über begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets“ (für das die Federführung beim Haushaltsausschuss lag) erhöht worden waren, wurde 2021 ein Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Entwurf eines **Sechsten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes**“ eingebracht²⁹¹, der im Hinblick auf die durch die COVID-19-Pandemie bedingten finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorsah, die Regionalisierungsmittel im Jahr 2021 nochmals um insgesamt 1 Milliarde Euro zu erhöhen. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss am 22. Juni 2021 in einer Sondersitzung²⁹² ohne Gegenstimmen die Annahme empfohlen²⁹³.

Der Ausschuss informierte sich auch über die **Verwendung der Regionalisierungsmittel**²⁹⁴.

13. **Schifffahrt**

Im Bereich der Schifffahrt bildete das Thema der **maritimen Berufe** einen Themenschwerpunkt.

Der Ausschuss befasste sich dazu mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des **Seelotsgesetzes**“²⁹⁵. Das Gesetz soll dazu dienen, die Zulassungsvoraussetzungen für einen attraktiven neuen Ausbildungsweg zu schaffen, um den dringend erforderlichen Nachwuchs an Seelotsinnen und Seelotsen zu gewinnen. Der Gesetzentwurf wurde in geänderter Fassung mit Mehrheit angenommen²⁹⁶.

Zu der Thematik hatten zuvor bereits Diskussionen im Rahmen der Selbstbefassung stattgefunden^{297 298}.

Schiffsunglücke und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen haben den Ausschuss ebenfalls beschäftigt.

²⁹⁰ [Drucksache 19/16909](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁹¹ [Drucksache 19/30400](#) (Gesetzentwurf)

²⁹² [hib 820/2021](#)

²⁹³ [Drucksache 19/30926](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁹⁴ [Drucksache 19/3395](#) (Unterrichtung), [hib 528/2018](#)

²⁹⁵ [Drucksache 19/27528](#) (Gesetzentwurf)

²⁹⁶ [Drucksache 19/28841](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

²⁹⁷ [Drucksache 19/27528](#) Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Seelotsgesetzes

²⁹⁸ S. SB 19(15)115 , SB 19(15)125, SB 19(15) 157



So nahm der Ausschuss einen Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur **Havarie der Glory Amsterdam**²⁹⁹ zur Kenntnis.

Ein Antrag der Fraktion der AfD forderte als **Konsequenz aus den Havarien der MS Pallas und MS Glory Amsterdam** die Gründung einer deutschen Küstenwache³⁰⁰. Dieser wurde im Ausschuss gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der FDP „**Eine nationale Küstenwache schaffen**“ behandelt. Beide Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt³⁰¹.

Bei einem weiteren Antrag der Fraktion der AfD ging es um eine „Änderung der Verordnung über das Anlaufen der inneren Gewässer der Bundesrepublik Deutschland aus Seegebieten seewärts der Grenze des deutschen Küstenmeeres und das Auslaufen – **Anlaufbedingungsverordnung**“^{302 303}. Dieser Antrag fand im Ausschuss keine Mehrheit³⁰⁴.

Ein – im Ausschuss mehrheitlich abgelehnter³⁰⁵ – Antrag der Fraktion der FDP appellierte „**Lehren aus Havarien ziehen – die deutsche Bucht besser schützen**“³⁰⁶.

In den Jahren 2019 und 2020 befasste sich der Ausschuss mit der **Havarie des Frachtschiffs "MSC Zoe"**, zum einen mit Containerverlusten dieses Schiffes³⁰⁷, zum anderen mit dem Abschlussuntersuchungsbericht zu dieser Havarie und den Konsequenzen daraus³⁰⁸.

Ebenfalls im Wege der Selbstbefassung diskutierte der Ausschuss auch über Anpassungen der **Anpassungen der Schiffssicherheitsverordnung -Auswirkungen auf Seenotrettung im Mittelmeer**³⁰⁹ und über die „**Neuorganisation der sog. Notschlepper in der Nord- und Ostsee**“³¹⁰.

Ein Thema betraf die Problematik des **Abwrackens** von Schiffen, wobei die Rahmenbedingungen unter den Aspekten Arbeitsschutz und Umweltschutz als dringend verbesserungsbedürftig angesehen wurden. Zu dem Thema legte die Bundesregierung den „Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen

²⁹⁹ SB 19(15) 011

³⁰⁰ [Drucksache 19/11122](#) (Antrag), [hib 728/2019](#)

³⁰¹ [Drucksache 19/14401](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁰² [Drucksache 19/7431](#) (Antrag)

³⁰³ [hib 119/2019](#)

³⁰⁴ [Drucksache 19/8010](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁰⁵ [Drucksache 19/28827](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁰⁶ [Drucksache 19/27121](#)

³⁰⁷ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³⁰⁸ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der AfD

³⁰⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³¹⁰ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (**Übereinkommen von Hongkong**)“ vor³¹¹, dem der Ausschuss einstimmig zustimmte³¹².

Das Thema klima- und umweltfreundliche Schifffahrt war auch Gegenstand eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „**Klimafreundliche Schifffahrt – Deutsche Ratspräsidentschaft nutzen**“³¹³, der aber im Ausschuss keine Mehrheit fand³¹⁴.

Bei dem „Entwurf eines Gesetzes über den **wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie**“³¹⁵ ging es darum, dass der Bund die Zuständigkeit für den Ausbau der Bundeswasserstraßen als Hoheitsaufgabe im Rahmen dieser Zielsetzung übernimmt. Der Gesetzentwurf wurde in geänderter Fassung ohne Gegenstimmen angenommen³¹⁶.

Auswirkungen auf die Umwelt standen auch im Zentrum von Regelungen über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt. Der Ausschuss beriet hier über den von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 9. September 1996 über die **Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt**“³¹⁷. Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss ohne Gegenstimmen zur Annahme empfohlen³¹⁸.

Die „**Verzögerung der Abladeoptimierung des Mittelrheins** und die daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Schäden für den Industriestandort Deutschland“ waren ebenfalls Gegenstand einer Selbstbefassung³¹⁹.

Der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf eines Fünftens Gesetzes zur **Änderung des Seearbeitsgesetzes**“³²⁰ hatte die

³¹¹ [Drucksache 19/4465](#) (Gesetzentwurf), [hib 695/2018](#)

³¹² [Drucksache 19/5103](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³¹³ [Drucksache 19/23987](#) (Antrag), [hib 1211/2020](#)

³¹⁴ [Drucksache 19/25830](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³¹⁵ [Drucksachen 19/26827, 19/26945](#)

³¹⁶ [Drucksache 19/27793](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³¹⁷ [Drucksache 19/18077](#) (Gesetzentwurf), [hib 322/2020](#)

³¹⁸ [Drucksache 19/19695](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³¹⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

³²⁰ [Drucksache 19/26826](#) (Gesetzentwurf)



bundesseitige Förderung deutscher Einrichtungen zum Ziel, deren Aufgabe es ist, Seeleute durch den Betrieb von Sozialeinrichtungen in ausländischen Häfen zu unterstützen. Der Gesetzentwurf traf im Ausschuss auf einhellige Zustimmung³²¹.

Thematisiert wurden im Rahmen von verschiedenen Anträgen der Fraktion der AfD auch Wassersport, Freizeitschifffahrt und touristische Schifffahrt:

- „**Erhaltung bestehender Freizeitwasserstraßen in Deutschland**“³²²,
- „**Ausbau der Freizeitwasserstraßen in Deutschland – Erschließung touristischer und sportlicher Potentiale im Inland**“³²³ und
- „**Ausbau des Wassersports – Saale-Leipzig-Kanal zur Erschließung touristischer und sportlicher Potenziale für die Region Halle-Leipzig**“³²⁴.

Alle drei Anträge wurden im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt^{325 326 327}.

Außerdem beriet der Ausschuss auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen einer Selbstbefassung über „**Zustand, Erhaltungsbedarf und Ausstattung der WSV an touristischen Wasserstraßen in Deutschland, insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund der Schleusenspernung Zaaren**“.

Ein Internationales Abkommen, das Thema der Ausschussberatung war, betraf u.a. die Erleichterung des internationalen Seeverkehrs. Den dazu von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (**FAL-Übereinkommen**)“³²⁸ hat der Ausschuss im Sommer 2020 einhellig gebilligt³²⁹.

Der Ausschuss beschäftigte sich außerdem mit dem Thema **Gebühren für die Nutzung von Wasserstraßen**. Der dazu einge-

³²¹ [Drucksache 19/27691](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³²² [Drucksache 19/27844](#) (Antrag)

³²³ [Drucksache 19/27847](#) (Antrag)

³²⁴ [Drucksache 19/27870](#) (Antrag)

³²⁵ [Drucksache 19/29956](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³²⁶ [Drucksache 19/29958](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³²⁷ [Drucksache 19/29957](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³²⁸ [Drucksache 19/19380](#) (Gesetzentwurf), [hib 533/2020](#)

³²⁹ [Drucksache 19/20625](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



brachte Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gebührenrechtlicher und weiterer Vorschriften über das Befahren der Bundeswasserstraßen durch die Schifffahrt“³³⁰ betraf die Aufhebung der Verpflichtung zur Erhebung von Gebühren für die Befahrung von Bundeswasserstraßen. Er wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen³³¹.

14. Luftverkehr

Die **Corona-Krise** veranlasste auch verschiedene Befassungen des Ausschusses im Bereich Luftverkehr.

Die Fraktion der FDP forderte in einem Antrag „**Unterstützung für das System Luftverkehr in Zeiten von Corona**“³³². Der Antrag enthielt unter anderem Forderungen zur Zurückführung von Reiserestriktionen bei Flugreisen und zu Flugreisen unter Corona-Bedingungen sowie zu finanziellen Entlastungen und Fördermöglichkeiten in Bezug auf die Luftverkehrsbranche. Der Antrag fand aber im November 2020 im Ausschuss keine Mehrheit³³³.

Auf Grundlage eines Berichts des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur diskutierte der Ausschuss auch über „**Maßnahmen zum Schutz vor Corona-Infektionen in Passagierflugzeugen**“³³⁴. Themen waren u. a. die Hygienemaßnahmen wie Maskenpflicht und Abstandsregeln, Boarding-Prozesse, Reinigung der Kabinenluft und Kontaktverfolgung.

Im Jahr 2021 hat der Ausschuss den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgelegten „**Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes**“³³⁵ beraten. Der Gesetzentwurf beinhaltet im Wesentlichen die Einrichtung eines zweiten Gebührenbereichs für Flugplätze, die nicht zu den Flugplätzen nach § 27d Absatz 1 LuftVG gehören, bei denen aber eine Flugsicherung erforderlich ist. Um ein niedrigeres Gebührenniveau erreichen zu können, sollen laut dem Gesetzentwurf verfügbare Bundesmittel eingesetzt werden, um eine nach Einnahme der Gebühren verbleibende Finanzlücke auszugleichen. Laut Gesetzentwurf betrachteten die Betreiber der Flugplätze, die von diesen beiden Regelungen nicht erfasst seien, es als nachteilig, dass sie selbst eine Flugsicherungsorganisation beauftragen und deren Kosten selbst übernehmen

³³⁰ [Drucksache 19/28176](#)

³³¹ [Drucksache 19/29276](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³³² [Drucksache 19/24356](#) (Antrag), [hib 1265/2020](#)

³³³ [Drucksache 19/25292](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³³⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³³⁵ [Drucksache 19/28788](#)



müssten und diese im Rahmen der Flugplatzentgelte nur unzureichend weiterreichen könnten. Der Ausschuss empfahl mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfs mit einer Änderung³³⁶.

Ebenfalls 2021 hat der Ausschuss den Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 17. Dezember 2020 zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (Maastricht Vereinbarung)“³³⁷ beraten. Hintergrund des Gesetzentwurfs war es, dass die dauerhafte Beibehaltung des Status quo das Verlangen nach einer transparenten Verteilung und Zuordnung der EUROCONTROL-Haushaltsmittel nicht erfüllen würde. Der Gesetzentwurf fand im Ausschuss eine Mehrheit³³⁸.

Auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD thematisierte der Ausschuss im Frühjahr 2020 auf der Grundlage eines Berichts des BMVI den Stand der Umsetzung der EU-beihilferechtlich konformen **Novellierung der FSAAKV** i. V. m. dem Stand des Evaluationsverfahrens der EU-Leitlinien für **staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften**. Ein Kernthema war hier die Frage der Möglichkeit einer Zuschussung von Regionalflughäfen im Hinblick auf die Kosten für Flugsicherung.

Gegenstand des Antrags der Fraktion der AfD „**Luftverkehrsinfrastruktur durch Flughafenkonzept für Deutschland sichern**“³³⁹ war ein Flughafenkonzept, mit dem die Berücksichtigung der Anforderungen des Luftverkehrs in der Bundesverkehrswegeplanung gewährleistet werden sollte³⁴⁰. Der Antrag fand bei der Beratung im Ausschuss keine Mehrheit³⁴¹.

Auch in der 19. Wahlperiode befasste sich der Ausschuss mit dem Thema Fluglärm. Er beriet unter anderem dazu über den Antrag „**Fluglärm mindern, die Menschen in den Flughafenregionen besser schützen**“³⁴² der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Antragsteller forderten von der Bundesregierung ein umfassendes Lärmschutzkonzept zu erarbeiten, die direkte und

³³⁶ [Drucksache 19/29798](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³³⁷ [Drucksache 19/27524](#) (Gesetzentwurf)

³³⁸ [Drucksache 19/28479](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³³⁹ [Drucksache 19/20690](#) (Antrag), [hib 707/2020](#)

³⁴⁰ [Drucksache 19/20690](#)

³⁴¹ [Drucksache 19/22883](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁴² [Drucksache 19/27211](#)



indirekte umweltschädliche Subventionierung des Luftverkehrs zu beenden und auf eine Verschärfung des europäischen Emissionshandels hinzuwirken. Der Antrag wurde bei der Beratung im Mai 2021 mehrheitlich abgelehnt³⁴³.

Am 7. November 2018 beriet der Ausschuss über **Ergebnisse des Flug-Gipfels am 5. Oktober 2018 in Hamburg**³⁴⁴ zu Flugausfällen und Flugverspätungen im deutschen Luftraum³⁴⁵. In diesem Jahr – und besonders in der Hauptreisezeit im Sommer – mussten wegen Sicherheitsproblemen, Streiks und Personalmangel hunderte Flüge gestrichen werden. Viele Maschinen starteten und landeten mit Verspätungen. Auf dem Gipfel waren 24 Maßnahmen vereinbart worden, um die Situation zu verbessern.

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dann im April 2019 auch über die **Ergebnisse des 2. Luftfahrtgipfels in Hamburg** diskutiert, der die Evaluation der vereinbarten Maßnahmen zum Gegenstand hatte.

Weiterhin wurde im November 2018 auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das **Klimaprogramm der Internationalen Zivilluftorganisation ICAO: CORSIA**, aktueller Stand und Antwort der Bundesregierung auf den State letter der ICAO vom 20. Juli 2018 thematisiert.

Auf der Grundlage eines Berichts des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur befasste sich der Ausschuss mit **Position und Aktivitäten der Bundesregierung zur Besteuerung des Luftverkehrs innerhalb der EU**³⁴⁶. Dabei ging es vor allem um die steuerliche Berücksichtigung im Kontext des CO₂-Ausstoßes im Luftverkehr, alternative Antriebe, Einbindung in den Emissionshandel (ETS) und Behandlung des Luftverkehrs im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern.

Über die **Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Luftverkehrssteuer auf den Luftfahrt- und Tourismusstandort Deutschland**³⁴⁷, die im Zuge des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung Anreize schaffen sollte, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu verringern.

³⁴³ [Drucksache 19/29718](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁴⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

³⁴⁵ [hib 846/2018](#)

³⁴⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³⁴⁷ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP



Zudem beriet der Ausschuss über die **Kritik des Bundesrechnungshofs an zu hohen Betriebskosten bei der Flugsicherung**³⁴⁸.

In einer weiteren Selbstbefassung wurde im Ausschuss **die Sperrung des Luftraums für Flugzeuge des Typs BOEING 737 Max 8 und 9** thematisiert³⁴⁹, welche nach zwei Abstürzen solcher Flugzeuge nahezu weltweit erfolgt war.

Gegenstand eines Antrags der Fraktion der FDP war Ende 2018 der **„Ausbau der dritten Start- und Landebahn des Flughafens München“**³⁵⁰. Nach dem Willen der Antragsteller sollte der Deutsche Bundestag feststellen, dass der Flughafen München ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen in Bayern sei, aber auch eine wichtige Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt spiele, weshalb die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens im nationalen Interesse liege. Die Mehrheit im Ausschuss lehnte den Antrag aber ab³⁵¹.

In der 19. Wahlperiode hat der Ausschuss eine Reihe weiterer Gesetze zu Luftverkehrsabkommen beraten:

- Zu dem **„Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr“**³⁵² hat er im Januar 2019 mehrheitlich dessen Annahme empfohlen³⁵³.
- Den **„Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 2. Mai 2019 zur Änderung des Abkommens vom 8. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über den Luftverkehr“**³⁵⁴ hat er im November 2020³⁵⁵ mehrheitlich gebilligt³⁵⁶.

³⁴⁸ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

³⁴⁹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der AfD

³⁵⁰ [Drucksache 19/5529](#) (Antrag), [hib 863/2018](#)

³⁵¹ [Drucksache 19/6524](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁵² [Drucksache 19/6289](#) (Gesetzesentwurf), [hib 966/2018](#)

³⁵³ [Drucksache 19/7049](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁵⁴ [Drucksache 19/24224](#) (Gesetzesentwurf), [hib 1246/2020](#)

³⁵⁵ [hib 1299/2020](#)

³⁵⁶ [Drucksache 19/25157](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



15. Flughafen BER

Die verzögerte Fertigstellung des **Flughafens Berlin Brandenburg** war auch in der 19. Wahlperiode wieder ein Thema, welches nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch den Ausschuss vielfach beschäftigte.

In seiner Sitzung am 21. März 2018 ließ sich der Ausschuss von den Aufsichtsratsmitgliedern der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, **Rainer Bretschneider** (Aufsichtsratsvorsitzender) und **Dr. Margaretha Sudhof** sowie vom Vorsitzenden der Geschäftsführung, **Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup** über den aktuellen Stand der Fertigstellung informieren³⁵⁷. Zum gleichen Thema fand am 8. November 2018 ein erweitertes Berichterstattgespräch statt, bei dem **Prof. Dr. Lütke Daldrup** die teilnehmenden Mitglieder des Ausschusses über den aktuellen Baufortschritt des Flughafens informierte.

Der **2. Untersuchungsausschuss „BER II“ des Abgeordnetenhauses von Berlin** hatte den Deutschen Bundestag ersucht, ihm Vorgänge und Protokolle im Deutschen Bundestag zum Thema „Flughafen BER“ aus der 18. und 19. Wahlperiode zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur fasste für seinen Bereich entsprechende Beschlüsse über die Übermittlung von Ausschussprotokollen.

Im Zusammenhang mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Flughafens BER und der damit verbundenen **Schließung des Flughafens Berlin-Tegel** führte der Ausschuss am 11. Dezember 2019 eine öffentliche Anhörung auf der Grundlage von zwei Anträgen durch, nämlich dem

- dem Antrag der Fraktion der FDP **„Tegel offen halten – Für Berlin und für Deutschland“**³⁵⁸ und
- dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Die Zukunft von Berlin TXL – The Urban Tech Republic“**³⁵⁹.

Die Fraktion der FDP forderte in ihrem Antrag einen dauerhaften Parallelbetrieb der Flughäfen BER und Berlin-Tegel sowie dessen umfassende Sanierung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte hingegen, dass sich die Bundesregierung für die zügige Planung und Realisierung des zukünftigen Forschungs- und Industrieparks auf dem Areal des Flughafens Ber-

³⁵⁷ [hib 176/2018](#)

³⁵⁸ [Drucksache 19/13101](#) (Antrag)

³⁵⁹ [Drucksache 19/14826](#) (Antrag), [hib 1246/2019](#)



lin-Tegel einsetzen solle. In Verlauf der weiteren Beratung fanden beide Anträge im Februar 2020 im Ausschuss keine Mehrheit³⁶⁰.

16. Unbemannte Luftfahrzeuge („Drohnen“)

Unbemannte Luftfahrzeuge, sogenannte „Drohnen“, haben in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Geschäftsfelder und Anwendungen, beispielsweise in der **Agrarwirtschaft**, dem **Bevölkerungsschutz** oder der **Distributionslogistik**, eröffnet.

Der Ausschuss beriet dazu in seiner Sitzung am 5. Mai 2021 über den „Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung nationaler Regelungen an die Durchführungsverordnung (EU) 2019/947 der Kommission vom 24. Mai 2019 über die **Vorschriften und Verfahren für den Betrieb unbemannter Luftfahrzeuge**“³⁶¹. Ziel dieses Gesetzes ist die Anpassung nationaler Regelungen im Luftverkehrsrecht, um die uneingeschränkte Anwendbarkeit dieser Durchführungsverordnung in Deutschland zu gewährleisten. Im Rahmen der Debatte im Ausschuss fand am 19. April 2021 eine **öffentliche Anhörung** statt. Bei der abschließenden Beratung im Mai 2021 wurde der Gesetzentwurf von der Ausschussmehrheit dann mit Änderungen angenommen³⁶².

17. Öffentlicher Personennahverkehr / Tarife im ÖPNV („Nulltarif“)

Auch beim Themenkomplex „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“ spielte die Corona-Pandemie eine wichtige Rolle. So waren durch die Pandemie auch die Fahrgastzahlen erheblich eingebrochen, mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen für die Betreiber. Der Ausschuss befasste sich mit den Auswirkungen auf den ÖPNV³⁶³ und mit Soforthilfen für besonders betroffene Unternehmen, mit Hygienekonzepten und dem Bestreben, das Vertrauen der Nutzenden in den ÖPNV wieder zu stärken. Ein **Rettungspaket für den Nahverkehr** wurde im Rahmen der Selbstbefassung besprochen³⁶⁴; die **Fortsetzung des Rettungsschirms** auch im Jahr 2021³⁶⁵ sowie **Hilfen für den ÖPNV** im Nachtragshaushalt der Bundesregierung³⁶⁶ wurden diskutiert.

³⁶⁰ [Drucksache 19/17450](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁶¹ [Drucksache 19/28179](#)

³⁶² [Drucksache 19/29354](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁶³ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP

³⁶⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³⁶⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

³⁶⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Mit dem Generalthema Verkehrswende befasste sich der Ausschuss unter anderem auf der Grundlage eines Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Klimapaket neu auflegen – Verkehrswende für eine klimafreundliche Mobilität einleiten“**³⁶⁷ Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. forderte ebenfalls eine „Investitionsoffensive in den öffentlichen Nahverkehr – Für eine echte Verkehrswende“³⁶⁸. Der Antrag wurde im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt³⁶⁹.

„Künftige Modelle für Finanzierung und Organisation des ÖPNV“ waren im Januar 2021 im Rahmen einer Selbstbefassung Gegenstand einer öffentlichen Anhörung³⁷⁰, wobei das finanzielle Engagement des Bundes eine wichtige Rolle spielte.

Einen **„Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr schrittweise einführen“** war eine Forderung, welche die Fraktion DIE LINKE. in einem Antrag³⁷¹ erhob. Um der Luftverschmutzung entgegenzutreten, sollte die Bundesregierung gemäß dem Antrag ein Konzept zur bundesweiten Einführung eines Nulltarifs im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) vorlegen und Mittel für den Ausbau des ÖPNV im Rahmen verschiedener Programme insbesondere den Kommunen zur Verfügung stellen³⁷². Der Antrag wurde aber im März 2019 im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt³⁷³.

Auch im Rahmen der Selbstbefassung wurde das Thema **„Modellprojekt in fünf Städten zur Reduzierung von Nahverkehrspreisen“**³⁷⁴ diskutiert.

Mit der Preisgestaltung im ÖPNV befasste sich der Ausschuss im Wege der Selbstbefassung auch in Bezug auf die **„Einführung eines 365-Euro-Tickets für die Nutzung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs in 10 Modellstädten“**³⁷⁵.

Ein mehrfach diskutierter Punkt war die Einführung eines sogenannten Mobilpasses. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Den Mobilpass jetzt einführen – Für eine attraktive, ökologische, bezahlbare Mobilität von morgen“**³⁷⁶ und der

³⁶⁷ [Drucksache 19/14093](#) (Antrag), [hib 1149/2019](#)

³⁶⁸ [Drucksache 19/22490](#) (Antrag), [hib 965/2020](#)

³⁶⁹ [Drucksache 19/15019](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁷⁰ [Wortprotokoll der 97. Sitzung](#)

³⁷¹ [Drucksache 19/1359](#) (Antrag), [hib 187/2018](#)

³⁷² Ein ähnlich lautender Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf [Drucksache 19/977](#) wurde im Ausschuss nicht beraten, [hib 114/2018](#)

³⁷³ [Drucksache 19/9042](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁷⁴ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

³⁷⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³⁷⁶ [Drucksache 19/14387](#) (Antrag), [hib 1189/2019](#)



Fraktion der FDP **„Seamless Mobility innovativ gestalten - Vernetzt und digital in ganz Deutschland unterwegs“**³⁷⁷ befassten sich mit der Zielsetzung, die digitale Vernetzung der Mobilitätsangebote zu verbessern, wobei Anforderungen an Datenweitergabe und Datenschutz diskutiert wurden. Im Oktober 2020 fanden aber beide Anträge im Ausschuss keine Mehrheit³⁷⁸

Ein Antrag der Fraktion der AfD forderte **„Digitaler Staat für mehr Nachhaltigkeit – Echtzeitfahrgastinformationen des öffentlichen Personennahverkehrs unverzüglich integrieren“**³⁷⁹. Er wurde im Oktober 2020 im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt³⁸⁰.

Mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde festgelegt, dass die Investitionsmittel des GVFG in den Jahren 2020 und 2021 zusammen um 1,0 Milliarden Euro steigen sollen (kumulierter Erhöhungsbetrag in beiden Jahren) und sie ab dem Jahr 2021 dann 1,0 Milliarden Euro jährlich betragen (Jahresgesamtbetrag). Im Jahr 2025 sollen die Bundesfinanzhilfen auf Grundlage der Beschlüsse des Klimakabinetts zum Klimaschutzprogramm 2030 dann für die Infrastrukturfinanzierung 2,0 Milliarden Euro betragen. Ab dem Jahr 2026 wird dieser Betrag jährlich um 1,8 Prozent dynamisiert³⁸¹. Zu diesem Thema wurde auch ein Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht³⁸².

Um den Beitrag des Bundes bei der Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur auf kommunaler Ebene ging es in mehreren Gesetzentwürfen zur Änderung des **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes**^{383 384}.

Schon im Juni 2019 hatte sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Stand der Anpassung und Überarbeitung des **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes** (GVFG) informieren lassen³⁸⁵. Im Herbst 2019 wurde ihm dann vom Ministerium erneut über beabsich-

³⁷⁷ [Drucksache 19/18674](#) (Antrag), [hib 421/2020](#)

³⁷⁸ [Drucksache 19/23921](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁷⁹ [Drucksache 19/22436](#) (Antrag), [hib 966/2020](#)

³⁸⁰ [Drucksache 19/23531](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁸¹ [Drucksache 19/15621](#) (Gesetzentwurf), [hib 1386/2019](#)

³⁸² [Drucksache 19/2695](#) (Gesetzentwurf), [hib 423/2018](#)

³⁸³ Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (1. VerkehrswendeG-ÄndG-GVFG), [Drucksache 19/2695](#)

³⁸⁴ Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, [Drucksache 19/15621](#)

³⁸⁵ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



tigte Änderungen des Regionalisierungsgesetzes und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes berichtet³⁸⁶. Das Thema wurde gemeinsam mit dem **Kostendeckungsbericht SPNV-Entgelte** der Bundesnetzagentur gemäß § 37 Absatz 5 des Eisenbahnergängungsgesetzes mit Stellungnahme der Bundesregierung erörtert³⁸⁷.

18. Verkehrslärm

Obwohl **Immissionsschutz** überwiegend in der federführenden Behandlung durch den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit liegt, beschäftigte sich der Verkehrsausschuss wiederholt mit Themen mit Bezug zum **Verkehrslärm**.

Mit der **zweiten Verordnung zur Änderung der Verkehrslärmschutzverordnung** (16. BImSchV)³⁸⁸ aktualisierte die Bundesregierung die **Berechnungsgrundlagen** für Maßnahmen zum **Lärmschutz an Straßen**, womit sich der Ausschuss in seiner Sitzung am 13. Mai 2020 befasste. Er empfahl hierzu dem Plenum, auf eine Änderung oder Ablehnung der Verordnung zu verzichten, aber eine EntschlieÙung anzunehmen³⁸⁹.

Die von Flugzeugen verursachten Lärmemissionen waren Gegenstand eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „**Fluglärm mindern, die Menschen in den Flughafenregionen besser schützen**“³⁹⁰. Darin forderten die Antragsteller unter anderem, dass die Bundesregierung ein Flughafen-Standortkonzept und ein neues Verkehrslärmschutzkonzept vorlegen solle. Ferner sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, Maßnahmen zur Reduzierung von Ultrafeinstaub in Flughafenregionen zu ergreifen. Im Mai 2021 fand der Antrag aber im Ausschuss keine Mehrheit³⁹¹.

In einer EntschlieÙung vom März 2020 setzte sich der Bundesrat für eine wirksame **Minderung und Kontrolle von Motorradlärm** ein³⁹². Die Fraktionen der AfD und der FDP befürchteten diesbezüglich weitgehende Einschränkungen für Motorradfahrende und brachten dies jeweils in Anträgen zum Ausdruck. Die Fraktion der AfD forderte in ihrem Antrag „**Motorradfah-**

³⁸⁶ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

³⁸⁷ [Drucksache 19/13995](#), [hib 1171/2019](#)

³⁸⁸ [Drucksache 19/18471](#) (Verordnung), [hib 394/2020](#)

³⁸⁹ [Drucksache 19/19197](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁹⁰ [Drucksache 19/27211](#) (Antrag)

³⁹¹ [Drucksache 19/29718](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁹² [BR-Drucksache 125/20\(B\)](#)



ren erhalten – keine unverhältnismäßigen Vorgaben für Motorräder und ihre Fahrer³⁹³ von der Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass sich Lärmimmissionsgrenzwerte für Motorräder an den realen physikalischen sowie technisch erreichbaren Gegebenheiten eines Verbrennungsmotors orientieren sollten. Die Fraktion der FDP forderte in ihrem Antrag „**Keine Diskriminierung von Motorradfahrern**“³⁹⁴, dass die Bundesregierung Regelungen schaffen und Initiativen ergreifen solle, die sowohl den Interessen lärmgeschädigter Anwohner als auch den Motorradfahrern Rechnung trage. Beide Anträge wurden im Oktober 2020 vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt³⁹⁵.

Unter Bezugnahme auf die vorstehende erwähnte Entscheidung des Bunderrates beantragte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Selbstbefassung und bat das BMVI um Auskunft darüber, welche **Maßnahmen und Aktivitäten zur Absenkung von Lärmgrenzwerten und weiteren Lärminderungsmöglichkeiten** seitens der Bundesregierung vorgesehen seien. Das BMVI berichtete darüber in der Sitzung des Ausschusses am 1. Juli 2020.

Zum Thema „übergesetzlicher Lärmschutz bei Schienenprojekten“ wird auf Kapitel 11 verwiesen (Seite 46 f).

19. Luftqualität in den Städten / Abgasemissionen

Der Ausschuss befasste sich auch mit der Luftqualität in den Städten im Zusammenhang mit Verkehrs- bzw. Abgasemissionen.

In mehreren Sitzungen thematisierte er das von der Bundesregierung 2017 ins Leben gerufene und im Jahr 2020 abgeschlossene **Sofortprogramm „Saubere Luft“**. Im Rahmen dieses Programms unterstützte die Bundesregierung mit insgesamt 1,5 Milliarden Euro Kommunen mit besonders hohen Stickoxid-Belastungen bei der Gestaltung nachhaltiger und emissionsarmer Mobilität³⁹⁶.

Der Ausschuss informierte sich gleich zu Beginn der Legislaturperiode über den Fortgang des Programms und diesbezüglich getroffene Maßnahmen.

³⁹³ [Drucksache 19/22553](#) (Antrag), [hib 970/2020](#)

³⁹⁴ [Drucksache 19/20778](#) (Antrag), [hib 739/2020](#)

³⁹⁵ [Drucksache 19/23981](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

³⁹⁶ <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Mobilitaet/Urbane-Mobilitaet/Sofortprogramm-Saubere-Luft/sofortprogramm-saubere-luft.html>



In diesem Zusammenhang wurden auch die Konsequenzen aus dem **Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zu Fahrverboten in Düsseldorf und Stuttgart** vom 27. Februar 2018 behandelt. Das Gericht hatte Revisionen der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gegen erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen zur Fortschreibung der Luftreinhaltepläne Düsseldorf und Stuttgart nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zurückgewiesen und Fahrverbote für **Dieselfahrzeuge** unterhalb der Schadstoffklasse Euro 6 bestätigt. Die Beratung erfolgte im Ausschuss am 28. Februar 2018, zusammen mit vier weiteren Selbstbefassungen mit ähnlicher Thematik.

Das Sofortprogramm „Saubere Luft“ war auch Gegenstand eines Antrags der Fraktion der FDP mit dem Titel **„Intelligente Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten ergreifen – Fahrverbote verhindern“**³⁹⁷. Dieser Antrag sah unter anderem vor, die Bundesregierung aufzufordern, einen Zeitplan zur Nachrüstung von Dieselnissen und zur Digitalisierung des Verkehrs vorzulegen. Ferner forderte der Antrag, Automobile auf Kosten der Hersteller umzurüsten, die nachweislich mit manipulierter Software zur Abgasreinigung ausgeliefert wurden.

In dem thematisch verwandten Antrag **„Hersteller zur wirksamen technischen Nachrüstung von Diesel-Pkw auf ihre Kosten verpflichten – Fahrverbote vermeiden“**³⁹⁸ forderte die Fraktion DIE LINKE. unter anderem eine finanzielle Entschädigung der Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter, bei denen eine Hardware-Nachrüstung technisch nicht möglich sei. Beide Anträge waren Gegenstand einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses am 25. Juni 2018. In seiner Sitzung am 27. Juni 2018 beriet der Ausschuss diese Anträge gemeinsam mit weiteren Anträgen:

- dem Antrag der Fraktion der AfD **„Fahrverbote wirksam verhindern – Einführung von bundesweit einheitlichen und vergleichbaren Messverfahren bei Stickoxiden“**³⁹⁹,
- dem Antrag der Fraktion der FDP **„Fahrverbote verhindern – Rechtsrahmen zur Hardware-Nachrüstung schaffen und Fonds zur freiwilligen Umrüstung von EURO-5-Diesel-Kfz auflegen“**⁴⁰⁰
- dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Luft- und Lebensqualität schaffen – Automobilhersteller zu Hardware-Nachrüstungen von Dieselfahrzeugen**

³⁹⁷ [Drucksache 19/1695](#) (Antrag), [hib 246/2018](#)

³⁹⁸ [Drucksache 19/1360](#) (Antrag), [hib 201/2018](#)

³⁹⁹ [Drucksache 19/4542](#) (Antrag), [hib 709/2018](#)

⁴⁰⁰ [Drucksache 19/4534](#) (Antrag), [hib 709/2018](#)



verpflichten und die Verkehrswende in Städten einleiten⁴⁰¹.

Alle genannten Anträge hat der Ausschuss im November 2018 mehrheitlich abgelehnt⁴⁰².

In der Zeit vor der Corona-Pandemie war eine Situation entstanden, dass vielerorts in deutschen Städten die **Stickoxid-Grenzwerte** nicht mehr eingehalten werden konnten. Dieses Thema war Gegenstand eines weiteren Antrags der Fraktion der FDP mit dem Titel „**Luftreinhaltung im Straßenverkehr - Ökonomisch, ökologisch und sozial**“⁴⁰³, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission anhand verschiedener Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten zu verhindern. In der Debatte über den Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 17. Oktober 2018 verwiesen die Koalitionsfraktionen auf das vorstehend beschriebene Sofortprogramm „Saubere Luft“ und erklärten, dass durch dessen Maßnahmen viele Forderungen aus dem Antrag erledigt seien. Der Ausschuss hat den Antrag im November 2018 mehrheitlich abgelehnt⁴⁰⁴.

Ergänzend zum Sofortprogramm „Saubere Luft“ hatte das Bundesverkehrsministerium 2018 ein **Modellprojekt zur Verbesserung der Luftqualität und der Attraktivität des ÖPNV in fünf Städten** aufgelegt. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. berichtete das BMVI in der Sitzung des Ausschusses am 30. Januar 2019 über den Stand des Projektes. Ziel des Projektes war es, in fünf ausgewählten, von Stickoxid-Grenzwertüberschreitungen betroffenen Kommunen, verschiedene Modellvorhaben insbesondere im ÖPNV in den Bereichen Tarifgestaltung, Taktverdichtung und sonstige Attraktivitätssteigerungen zu erproben.

In einer Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ließ sich der Ausschuss am 26. September 2018 vom Bundesverkehrsministerium über die **Haltung der Bundesregierung zum EU-Kommissionsvorschlag zu CO₂-Reduktionszielen für neue Pkw** berichten. In einem Verordnungsentwurf strebte die Kommission eine deutliche CO₂-Reduzierung bei Pkw an und schlug u. a. eine Bonusregelung für Hersteller vor, die Teile ihrer Fahrzeugflotte als Null- und Niedrigemissionsfahrzeuge herausbringen.

⁴⁰¹ [Drucksache 19/4380](#) (Antrag), [hib 683/2018](#)

⁴⁰² [Drucksache 19/5768](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁰³ [Drucksache 19/1693](#)

⁴⁰⁴ [Drucksache 19/5581](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



Die Fraktion DIE LINKE. hat einen Antrag „**Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote**“⁴⁰⁵ eingebracht. In einer Sitzung im Februar 2019 wurde der Antrag im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt⁴⁰⁶.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte die Nationale Akademie der Wissenschaften **Leopoldina** im Januar 2019 gebeten, sich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Beratung von Politik und Öffentlichkeit mit der Luftverschmutzung durch Stickoxide und deren gesundheitlichen Folgen auseinanderzusetzen. Prof. Dr. Martin Lohse, von 2009 bis 2019 Vizepräsident der Leopoldina, berichtete dem Ausschuss in seiner Sitzung am 8. Mai 2019 über die Kernaussagen ihrer Ad-hoc-Stellungnahme und kam unter anderem zu den Empfehlungen, Maßnahmen zur weiteren Senkung der Feinstaubbelastung zu ergreifen, da diese nach Auffassung der Gutachter die Gesundheit weitaus stärker gefährde als Stickstoffdioxid. Ferner sprach sie sich für neue Mobilitätskonzept vor allem in städtischen Ballungsräumen aus.

20. **Abschaltvorrichtungen in Dieselmotoren / Zukunft des Verbrennungsmotors / Alternative Antriebe und Kraftstoffe**

Bereits in der 18. Wahlperiode beschäftigte sich der Ausschuss parallel zum damaligen 5. Untersuchungsausschuss mit der Frage nach Manipulationen bei der Messung von Abgaswerten bei Pkw.

Am 2. August 2017 traf sich in Berlin das „Nationale Forum Diesel“, eine Gesprächsrunde aus Bundesregierung, mehreren Landesregierungen und Vertreterinnen und Vertretern der Automobilindustrie. Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berichtete das BMVI im Rahmen einer Selbstbefassung des Ausschusses am 14. März 2018 zum Umsetzungsstand der Software-Updates bei Diesel-Pkw, den die Automobilindustrie für rund 5,3 Millionen Fahrzeuge auf diesem „**Dieseltippel**“ zugesagt hatte.

Mit Datum vom 22. März 2018 brachte die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag mit dem Titel „**Hersteller zur wirksamen technischen Nachrüstung von Diesel-Pkw auf ihre Kosten verpflichten – Fahrverbote vermeiden**“⁴⁰⁷ ein, der u.a. forderte, dass Dieselfahrzeughersteller durch die Bundesregierung aufgefordert werden sollten, Diesel-Pkw der Schadstoffklassen 4, 5 und 6 bis

⁴⁰⁵ [Drucksache 19/6195](#) (Antrag), [hib 956/2018](#)

⁴⁰⁶ [Drucksache 19/7878](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁰⁷ [Drucksache 19/1360](#) (Antrag), [hib 201/2018](#)



6c auf ihre Kosten nachzurüsten, so dass die Grenzwerte für Stickoxid-Emissionen nicht mehr überschritten würden. Auf Grundlage dieses sowie eines Antrags der Fraktion der FDP mit dem Titel **„Intelligente Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten ergreifen – Fahrverbote verhindern“**⁴⁰⁸ führte der Ausschuss am 25. Juni 2018 eine öffentliche Anhörung durch, bei der sich insbesondere die eingeladenen Umweltverbände für eine verpflichtende Hardware-Nachrüstung bei Dieselfahrzeugen mit unzulässigen **Abschalteinrichtungen** aussprachen. Informationen zur abschließenden Beschlussfassung des Ausschusses, bei der weitere Anträge einbezogen waren, finden sich auf Seite 62.

In einer zusätzlichen Sitzung des Ausschusses am 10. Oktober 2018, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt worden war, stand Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer den Abgeordneten zu dem von der Bundesregierung am 2. Oktober 2018 vorgestellten **„Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität“** Rede und Antwort⁴⁰⁹.

Die **Anordnung eines verpflichtenden Rückrufs von Fahrzeugen der Adam Opel AG durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA)** veranlasste den Ausschuss zu einer weiteren Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. In der entsprechenden Sitzung des Ausschusses am 7. November 2018 berichtete das BMVI über den aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit.

In einer auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einberufenen Sondersitzung am 20. November 2018 wurde über die **„Ergebnisse des jüngsten Dieseltreffens mit Vertretern der deutschen Automobilindustrie“** beraten⁴¹⁰.

In Fortführung dieses Themas berichtete das BMVI auf Antrag der Fraktion der FDP in der Ausschusssitzung am 28. November 2018 über die **generelle Definition von legalen und illegalen „Abschalteinrichtungen“**.

In einer weiteren Selbstbefassung berichtete das BMVI dem Ausschuss am 26. September 2018 über **„Ergebnisse der Untersuchungen des Kraftfahrt-Bundesamtes zu Manipulationsvorwürfen bei CO₂-Messungen von Benzinfahrzeugen im Rahmen der Typzulassung dieser Untersuchungen“**.

⁴⁰⁸ [Drucksache 19/1695](#) (Antrag), [hib 246/2018](#)

⁴⁰⁹ [hib 744/2018](#)

⁴¹⁰ [hib 923/2018](#)



Der 57. Deutsche Verkehrsgerichtstag, der vom 23. bis 25. Januar 2019 in Goslar stattfand, hatte diverse **Empfehlungen zu „Dieselfahrverboten“** nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts formuliert, die die Grenzwerte für Stickstoffdioxid, die damit verbundene, erforderliche Emissions-Reduzierung sowie die Positionierung von Messstationen behandelten. In einer Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion der FDP berichtete das BMVI in der Sitzung des Ausschusses am 13. Februar 2019 über die Position der Bundesregierung zu diesem Empfehlungskatalog.

Die Fraktion der AfD bezog sich in zwei Anträgen auf die Thematik der Emission von Dieselfahrzeugen. So forderte sie in ihrem Antrag **„Diesel-Fahrverbote sofort und vollständig aufheben – Neueste wissenschaftliche Daten berücksichtigen“**⁴¹¹, Studien zur Korrelation zwischen Schadstoffbelastungen der Luft und dem Verkehrsaufkommen in Auftrag zu geben und Fahrverbotszonen für Dieselfahrzeuge bis zum Vorliegen der Untersuchungsergebnisse aufzuheben. Der Antrag fand bei der Beratung im September 2020 im Ausschuss keine Mehrheit⁴¹².

In einem weiteren Antrag mit dem Titel **„Abgasnorm Euro 7 stoppen – Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern“**⁴¹³ forderte die Fraktion der AfD, die zum damaligen Zeitpunkt bestehende deutsche Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die aus ihrer Sicht bestehende, besondere Stellung des Verbrennungsmotors im europäischen Flottenmix zu betonen und zur Erreichung von CO₂-Reduktionszielen synthetische Kraftstoffe zur Anrechnung zu bringen. Der Antrag wurde im Ausschuss zusammen mit dem Antrag der Fraktion der FDP **„Technologieoffenheit wahren – Elektromobilität nicht mit Euro 7 durch die Hintertür erzwingen“**⁴¹⁴ beraten. Beide Anträge fanden im Ausschuss keine Mehrheit.

Den Einsatz synthetischer Kraftstoffe thematisierte die Fraktion der AfD in einem Antrag mit dem Titel **„Synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei einstufen – Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen“**⁴¹⁵. Darin sollte die Bundesregierung aufgefordert

⁴¹¹ [Drucksache 19/20069](#) (Antrag), [hib 638/2020](#)

⁴¹² [Drucksache 19/22459](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴¹³ [Drucksache 19/24647](#) (Antrag), [hib 1303/2020](#)

⁴¹⁴ [Drucksache 19/24640](#) (Antrag), [hib 1313/2020](#)

⁴¹⁵ [Drucksache 19/29777](#)



werden, die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Inverkehrbringen synthetischer Kraftstoffe und deren Einstufung als CO₂-neutral zu schaffen. Der Antrag wurde im Juni 2021 von der Ausschussmehrheit abgelehnt.

Eine ähnliche Zielrichtung verfolgte der Antrag „**Deutschlands Automobilindustrie unterstützen – Gleichstellung von Wasserstofffahrzeugen mit von synthetischen Kraftstoffen oder Biokraftstoffen angetriebenen Fahrzeugen**“⁴¹⁶, der ebenfalls von der AfD-Fraktion eingebracht und der vom Ausschuss im November 2020⁴¹⁷ abgelehnt wurde⁴¹⁸.

21. Klimaschutz / Klimaziele im Verkehrssektor

Das Erreichen der Klimaschutzziele erfordert unter anderem den Auf- bzw. Ausbau einer klimafreundlichen Verkehrsinfrastruktur. Der Ausschuss beschäftigte sich im Rahmen diverser Selbstbefassungen mit diesem Thema.

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berichtete das BMVI in der Ausschusssitzung am 28. November 2018 über das **Klimaprogramm der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO**, die mit dem **CORSIA**-Abkommen ein bedeutendes und wichtiges Element zur Emissionsbegrenzung im internationalen Luftverkehr geschaffen hatte.

Aus Anlass von Äußerungen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel debattierte der Ausschuss – ebenfalls auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – am 10. April 2019 über Maßnahmen der Bundesregierung zur Erreichung der **Klimaschutzziele für das Jahr 2030**. In zwei weiteren Selbstbefassungen am 5. Juni und 25. September 2019 erörterten die Abgeordneten über die Beschlüsse des Kabinettsausschusses Klimaschutz (sog. „**Klimakabinett**“), der am 20. März 2019 von der Bundesregierung eingerichtet worden war. Die Beschlüsse betrafen Förderprogramme sowie Bepreisung und weitere Vorgaben in Bezug auf CO₂-Emissionen, die im Verkehrsausschuss zu lebhaften Diskussionen führten.

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 war beschlossen worden, dass die Bundesregierung die Gesamtminderungsauswirkung seiner Maßnahmen durch jeweils einen Gutachter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

⁴¹⁶ [Drucksache 19/22186](#) (Antrag), [hib 931/2020](#)

⁴¹⁷ [Drucksache 19/24684](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴¹⁸ [hib 1258/2020](#)



und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bewerten lassen sollte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte diesbezüglich eine Selbstbefassung im Verkehrsausschuss unter dem Titel **„Maßnahmen des Bundesverkehrsministeriums infolge der von Regierungsgutachtern ermittelten Zielverfehlung des Verkehrssektors bei den Klimaschutzziele 2030“**, die auf der Tagesordnung des Ausschusses vom 11. März 2020 stand.

Mit Beschluss vom 24. März 2021 hatte das **Bundesverfassungsgericht** entschieden, dass die Regelungen des Klimaschutzgesetzes vom 12. Dezember 2019 mit Grundrechten unvereinbar seien. Die Fraktion DIE LINKE. beantragte daraufhin eine Selbstbefassung mit dem Ziel, das BMVI zu seinen Schlussfolgerungen aus diesem Beschluss zu befragen. Die Debatte darüber führte der Ausschuss in seiner Sitzung am 9. Juni 2021.

Der Klimaschutz war auch Gegenstand zweier Fraktionsanträge, die dem Verkehrsausschuss federführend überwiesen wurden. Die Fraktion der FDP forderte in ihrem Antrag **„Forschung und Innovation für klimafreundliches Fliegen“**⁴¹⁹, dass die Bundesregierung eine Förderstruktur für klimafreundliche Innovationen im Luftverkehr entwickeln solle. Die Mehrheit im Ausschuss lehnte diesen Antrag am 25. September 2019 ab. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachte einen Antrag mit dem Titel **„Klimapaket neu auflegen – Verkehrswende für eine klimafreundliche Mobilität einleiten“**⁴²⁰ ein, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, ihre Maßnahmen zum Klimaschutz zu verschärfen und die Position der klimafreundlichen Verkehrsträger zu stärken. Auch für diesen Antrag ergab sich bei der Beratung am 6. November 2019 im Ausschuss keine Mehrheit⁴²¹.

22. **Digitale Infrastruktur / Breitbandinfrastruktur / Mobilfunkinfrastruktur / Funkfrequenzen**

Im Themenbereich der digitalen Infrastruktur galt der Schwerpunkt der Ausschussberatungen Problemen beim Ausbau der **Breitbandinfrastruktur**.

So forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Breitband für alle – Digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen“**⁴²².

⁴¹⁹ [Drucksache 19/11039](#) (Antrag), [hib 717/2019](#)

⁴²⁰ [Drucksache 19/14093](#) (Antrag), [hib 1149/2019](#)

⁴²¹ [Drucksache 19/15019](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴²² [Drucksache 19/5306](#) (Antrag), [hib 845/2018](#)



Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im November 2018⁴²³ mehrheitlich abgelehnt⁴²⁴. Die Fraktion DIE LINKE. setzte sich für ein „**Recht auf schnelles Internet für alle**“⁴²⁵ ein, fand dafür aber bei der Beratung im April 2021 im Ausschuss keine Mehrheit⁴²⁶.

Die Fraktion der FDP nahm bei ihrem Antrag „**Regeln für den Schnellstart ins Gigabitzeitalter**“ insbesondere die Beschleunigung des Breitbandinfrastrukturausbaus in den Blick⁴²⁷. Für den Antrag ergab sich im Ausschuss bei der Beratung im April 2021 aber keine Mehrheit⁴²⁸. In dem Antrag „**Smart Germany – Gigabit-Gutscheine für den Breitbandausbau**“ forderte die Fraktion der FDP in einem Antrag, den Breitbandausbau auf Basis sog. „**Gigabit-Gutscheine**“ nach dem Beispiel Großbritanniens durchzuführen⁴²⁹. Der Antrag wurde vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt⁴³⁰.

Mit dem von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurf eines **Fünften Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes** (5. TKG-Änderungsgesetz – 5. TKGÄndG)“⁴³¹ wurden weitere rechtliche Grundlagen für eine Koordinierung der Bau- und Verlegearbeiten von digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzen geschaffen. Dazu fand im Ausschuss am 13. Februar 2019 eine öffentliche Anhörung unter Beteiligung der Telekommunikationswirtschaft, Verbänden und der Wissenschaft statt⁴³². Dabei wurde deutlich, dass es unter Experten strittig ist, ob und wann Telekommunikationsanbieter in Deutschland verpflichtet werden können, ihre Netze für Kunden von Konkurrenten zu öffnen (National Roaming). Im Juni 2019⁴³³ hat der Ausschuss mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen empfohlen⁴³⁴.

Im Zusammenhang mit dem Erfordernis eines flächendeckenden Infrastrukturausbaus wurde wiederholt die mangelnde Anbindung des ländlichen Raums in den Ausschussberatungen

⁴²³ [hib 923/2018](#)

⁴²⁴ [Drucksache 19/6142](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴²⁵ [Drucksache 19/27192](#) (Antrag)

⁴²⁶ [Drucksache 19/28867](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴²⁷ [Drucksache 19/26188](#)

⁴²⁸ [Drucksache 19/28428](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴²⁹ [Drucksache 19/14048](#) (Antrag), [hib 1138/2019](#)

⁴³⁰ [Drucksache 19/15194](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴³¹ [Drucksache 19/6336](#) (Gesetzentwurf), [hib 977/2018](#)

⁴³² [Wortprotokoll der 33. Sitzung](#)

⁴³³ [hib 722/2019](#)

⁴³⁴ [Drucksache 19/11180](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)



thematisiert. Die Fraktion der FDP forderte in einem Antrag unter dem Titel „**Digitalisierung im 21. Jahrhundert – Digitale Infrastruktur im Glasfaserausbau**“⁴³⁵, den Glasfaserausbau in ländlichen Regionen als Grundlage für innovative Produkte und Anwendungen zu fördern. Der Antrag wurde im Januar 2019 mit Mehrheit abgelehnt⁴³⁶.

Weiterhin forderte die Fraktion der FDP unter dem Titel „**Smart Farming – Flächendeckende Breitbandversorgung für eine innovative Landwirtschaft in Deutschland**“⁴³⁷ die Anbindung des ländlichen Raums an schnelles Internet als Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu forcieren. Auch dieser Antrag fand im Ausschuss keine Mehrheit⁴³⁸.

Mobilfunk als Teil der digitalen Grundversorgung war ein weiteres Thema in den Beratungen des Ausschusses. Auch hier wurde wiederholt über eine mangelnde Netzabdeckung im ländlichen Raum debattiert.

Die Fraktion der FDP forderte in einem Antrag unter dem Titel „**Lückenschluss-Auktion – Frequenzvergabe neu denken**“⁴³⁹, das Verfahren der 5G-Frequenzvergabe zu optimieren, um die bestehenden Lücken in der Mobilfunkversorgung effektiv schließen zu können. Mehrheitlich wurde dieser Antrag im Ausschuss abgelehnt⁴⁴⁰.

Über den zukünftigen und den bestehenden **Mobilfunknetzausbau** wurde in einer Sitzung am 28. Februar 2018 unter anderem mit Vertretern der Bundesnetzagentur diskutiert⁴⁴¹. In dem Gespräch ging es auch um die geplante Versteigerung der Frequenzen für die Einführung der fünften Mobilfunkgeneration (5G).

Die Frequenzvergabe im **5G-Netz** und die damit im Zusammenhang stehende Präsidentenkammerentscheidung zur Vergabe der Frequenzen in den Bereichen 2 GHz und 3,5 GHz war Inhalt eines Berichtes der Bundesnetzagentur in der Sitzung des Ausschusses am 12. Dezember 2018. In der Sitzung am 26. Juni 2019 berichtete die Bundesnetzagentur über die Ergebnisse der 5G-Frequenzvergabe zwischen 3,7 und 3,8 GHz.

⁴³⁵ [Drucksache 19/6398](#) (Gesetzentwurf), [hib 981/2018](#)

⁴³⁶ [Drucksache 19/7389](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴³⁷ [Drucksache 19/7029](#)

⁴³⁸ [Drucksache 19/7989](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴³⁹ [Drucksache 19/10618](#) (Antrag), [hib 653/2019](#)

⁴⁴⁰ [Drucksache 19/14006](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁴¹ [hib 110/2018](#)



Eine unzureichende Mobilfunkabdeckung in Deutschland wurde in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Mobilfunk als Daseinsvorsorge**“⁴⁴² kritisiert, mit dem die Sicherstellung einer flächendeckenden Internetversorgung nicht nur über stationäre Anschlüsse, sondern ergänzend über Mobilfunk gefordert wurde. Mehrheitlich wurde dieser Antrag in einer Sitzung am 24. Februar 2021 vom Ausschuss abgelehnt⁴⁴³. Der Blick des Ausschusses richtete sich auch auf zukünftige Anwendungen in der Hochgeschwindigkeitsinfrastruktur.

Die Fraktion der FDP thematisierte in einem Antrag im Besonderen die Berücksichtigung von Vernetzungsanforderungen intelligenter Fahrzeugassistenzsysteme beim Infrastrukturausbau („**Smart Automotive – Anforderungen an die vernetzte Mobilität im Auto von morgen**“)⁴⁴⁴, fand für diesen Antrag im Ausschuss aber keine Mehrheit⁴⁴⁵. Weiterhin sprach sie sich in einem Antrag unter dem Titel „**Umgang mit Fahrzeugdaten für Innovation, Sicherheit und Mobilität im 21. Jahrhundert**“⁴⁴⁶ für die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für den Zugriff auf künftig anfallende, öffentliche Fahrzeugdaten durch alle Marktteilnehmer aus. Auch dieser Antrag wurde im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt⁴⁴⁷.

Die geplante Abschaltung des digitalen Telekommunikationsstandards **ISDN** und die damit verbundene Umstellung der Telefonnetze in Deutschland auf „**Voice over IP**“ beschäftigte den Ausschuss im Rahmen mehrerer Selbstbefassungen. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. berichtete das BMVI in der Sitzung am 6. November 2019 über die ISDN-Abschaltung und telekommunikative Grundversorgung in ländlichen Regionen Deutschlands⁴⁴⁸. Dieses Thema wurde in einem Gespräch mit der Bundesnetzagentur in der Sitzung am 13. November 2019 erneut aufgegriffen.

Eine spezielle Thematik beschäftigte den Ausschuss aus Anlass eines Antrags der Fraktion der FDP, in dem sie den dauerhaften Erhalt von Funkfrequenzen für Medien und Kultur forderte

⁴⁴² [Drucksache 19/16518](#) (Antrag), [hib 87/2020](#)

⁴⁴³ [Drucksache 19/27446](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁴⁴ [Drucksache 19/14029](#) (Antrag), [hib 1149/2019](#)

⁴⁴⁵ [Drucksache 19/15253](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁴⁶ [Drucksache 19/29755](#)

⁴⁴⁷ [Drucksache 19/31099](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁴⁸ [hib 1234/2019](#)



(„**Funkfrequenzen für Medien und Kultur dauerhaft erhalten**“) ⁴⁴⁹. Dabei ging es um das Bedürfnis der Kultur- und Kreativwirtschaft, hinreichende Funkfrequenzbereiche für den Einsatz drahtloser Produktionsmittel, beispielsweise Funkmikrofone, zu sichern, über das der Ausschuss in seiner Sitzung am 16. Oktober 2019 debattierte. Der Antrag fand im Ausschuss keine Mehrheit ⁴⁵⁰.

Der Debatte im Ausschuss war zu dem Thema ein erweitertes Berichterstattergespräch am 24. September 2019 vorausgegangen, an dem, neben der Bundesregierung, Vertreter aus Verbänden, Unternehmen und Wissenschaft aus dem Bereich der Medienwirtschaft und -technik teilnahmen.

Zu Beginn der 19. Wahlperiode musste sich der Ausschuss mit einem „**Hackerangriff auf das Datennetzwerk des Bundes**“ ⁴⁵¹ auseinandersetzen. In der Sitzung am 2. März 2018 ⁴⁵² wurde der Ausschuss auch durch Vertreter des Bundesinnenministeriums über den Erkenntnisstand informiert.

23. Sonstige Themen

Im April 2019 hat sich der Ausschuss von der Bundesregierung über die Folgen des **Brexit** für den Geschäftsbereich des Ausschusses berichten lassen.

Im Juni 2021 führte er ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des **Sachverständigenrats für Verbraucherfragen** Prof. Dr. Peter Kenning und mit Prof. Dr. Nina Baur, Mitglied des Sachverständigenrats, über das Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland 2021.

In einer Sondersitzung am 22. Juli 2021 ⁴⁵³ ließ sich der Ausschuss von Bundesminister Andreas Scheuer über die Auswirkungen des **Hochwassers** in Deutschland, vor allem in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, auf die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur und über die Maßnahmen zur Wiederherstellung beschädigter Infrastrukturen unterrichten. In der Sitzung ging es auch um Warnungen durch den Deutschen Wetterdienst, welcher zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gehört.

⁴⁴⁹ [Drucksache 19/11035](#)

⁴⁵⁰ [Drucksache 19/14324](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

⁴⁵¹ Selbstbefassung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

⁴⁵² [hib 121/2018](#)

⁴⁵³ [hib 914/2021](#)



VIII. Aktivitäten außerhalb der Sitzungen

1. Erweiterte Berichterstattergespräche

Der Ausschuss hat seine Arbeit nicht nur in den Ausschusssitzungen geleistet. Viele Themen wurden auch im Rahmen von erweiterten Berichterstattergesprächen, Fachgesprächen oder Berichterstattergesprächen im kleineren Kreis erörtert.

Dazu gehören auch über den Ausschuss organisierte Gespräche, in denen sich die jeweils für das Thema zuständigen Berichterstatter außerhalb von Ausschusssitzungen fraktionsübergreifend mit einzelnen Themen in einer Tiefe befasst haben, welche das Zeitbudget einer normalen Ausschusssitzung nicht ermöglicht.

In diesem Rahmen haben sich die jeweils für die Themen in den Fraktionen zuständigen Berichterstatter etwa dem **Bahnsteighöhenkonzept**, dem **Flughafen BER**, den **Elektrokleinstfahrzeugen** („eScooter“), den **Frequenzen für drahtlose Produktionsmittel** (gemeint sind vor allem Frequenzen für Funkmikrofone bei Veranstaltungen, wie etwa Konzerten), dem **Fahrmangel** im Straßengüterverkehr, dem **übergesetzlichen Lärmschutz** bei Bahnprojekten, und dem Problem von **Containerverlusten** in der Seeschifffahrt gewidmet.



2. Internationale Kontakte

In der 19. Wahlperiode waren die Möglichkeiten zu persönlichen Begegnungen in den Jahren 2020 und 2021 wegen der Corona-Pandemie stark eingeschränkt. Daher konnte sich der Ausschuss in dieser Wahlperiode nur auf insgesamt vier Delegationsreisen in sechs Ländern informieren; alle fanden innerhalb Europas statt.

- Bei einer Delegationsreise im Mai 2018 nach **Frankreich** (Paris und Toulouse) informierte sich die Delegation vor allem über herausragende Verkehrsprojekte, den Ausbau des ÖPNV, den Einsatz autonomer Fahrzeuge, die Reduktion des Autoverkehrs, den Radverkehr und die Staatsbahn SNCF. In Toulouse ließen sich die Abgeordneten bei Airbus über aktuelle Entwicklungen im Luftverkehr und Möglichkeiten der Emissionsreduktion unterrichten.



Abbildung 5: Mathias Stein, Björn Simon, Daniela Wagner, Élisabeth Borne (frz. Ministerin für Verkehr), Florian Oßner, Frank Magnitz und Uwe Schmidt (v.l.n.r.) während der Delegationsreise nach Frankreich

- Die Elektromobilität bildete in der 19. Wahlperiode ein wesentliches Thema in den Beratungen des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur. In **Norwegen** konnten dazu bei einer Delegationsreise im Oktober 2018 wichtige Erkenntnisse zu Rahmenbedingungen und Förderung der Elektromobilität gewonnen werden, sowohl im Hinblick auf den Landverkehr als auch in Bezug auf die E-Mobilität in der Schifffahrt. Die Breitband- und Mobilfunkversorgung in



Abbildung 6: Gespräch im Sitzungsaal des korrespondierenden Ausschusses des norwegischen Parlaments

Norwegen, die Klimaziele des Landes im Verkehrssektor sowie Mautsysteme in Norwegen waren weitere wichtige Themen dieser Reise.

- Im Mittelpunkt einer Delegationsreise im Juni 2019 nach **Estland** (Tallin) und **Dänemark** (Kopenhagen) standen Konzepte zum Einsatz digitaler Anwendungen, insbesondere im



Abbildung 7: Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Estland. Gero Storjohann, MRn Britta Hanke-Giesers, Daniela Wagner, Christoph Eichhorn (Botschafter), Udo Schiefner, Thomas Lutze, Torsten Herbst und Wolfgang Wiehle (v.l.n.r.)

Zusammenhang mit Dienstleistungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Ein weiteres Thema war der in Estland für die Einwohner kostenlose öffentliche Nahverkehr. Zentrale Themen in Kopenhagen waren neben der Fahrradstrategie der Stadt und digitalen Lösungen in der Verwaltung auch Informationen über den Stand beim Bau



der Festen Fehmarnbeltquerung, die Fehmarn (Deutschland) und Lolland (Dänemark) verbinden soll.

- Eine Delegationsreise des Ausschusses in die **Niederlande** und nach **Belgien** im Oktober 2019 widmete sich erstmals ausschließlich dem Thema Radverkehr, das in dieser Wahl-



Abbildung 8: Stefan Gelbhaar, Reinhold Sendker, Arno Klare, Eckhard Pöls, Andreas Wagner, Gero Storjohann (v.l.n.r.) und Mathias Stein (r.)

periode auch häufig Gegenstand der Ausschussberatungen war. In den Niederlanden besuchte die Delegation die Städte Rotterdam, Utrecht und Den Haag, welche sich durch herausragende Infrastrukturmaßnahmen für den Radverkehr auszeichnen. Unter anderem stand die Besichtigung des größten Fahrrad-Parkhauses der Welt in Utrecht auf dem Programm. Den Schwerpunkt des Besuches der Stadt Antwerpen in Belgien bildete die Besichtigung des Radschnellwegenetzes.

Darüber hinaus haben der Ausschuss, der Vorsitzende, die stellvertretende Vorsitzende und Ausschussmitglieder in Berlin bzw. von Berlin aus Gespräche mit Repräsentanten der EU bzw. Repräsentanten ausländischer Staaten geführt.

- Ein Gespräch mit der seinerzeitigen **EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc** führte der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir, MdB, für den Ausschuss im Mai 2018 in Berlin.
- Im Mai 2018 fand ein Gespräch mit dem **Infrastrukturminister der Ukraine** Volodymyr Omelyan statt, welches die



stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Daniela Kluckert, MdB, für den Ausschuss führte.

- Im Juni 2018 fand in Berlin ein Treffen mit dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen des **dänischen Folketing** statt.
- Ein Gespräch mit dem Ausschuss für Verkehr und Kommunikation des **norwegischen Parlaments** wurde im September 2018 geführt.
- Bei einer gemeinsamen Sitzung im Februar 2019 – für den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur war es die 34. Sitzung – wurden die engen Kontakte zu den Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen beider Kammern der **Schweizer Bundesversammlung** fortgeführt. Erörtert wurden verkehrspolitische Themen. Themenschwerpunkte waren die Zukunft der Eisenbahn und der Schienenverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz.
- Es folgte im April 2019 ein Gespräch von Ausschussmitgliedern mit einer **Delegation schweizerischer Parlamentarier**, die sich auf Einladung der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe in Berlin aufhielt.



Abbildung 9: Gruppenfoto mit schweizerischen und deutschen Parlamentariern vor dem Sitzungsaal des Verkehrsausschusses, welches nach dem Gespräch entstanden ist

- Eine **US-Delegation**, welcher der Vorsitzende des Ausschusses „Transportation and Infrastructure“ Peter De Fazio und acht weitere Mitglieder des Kongresses angehörten, traf der Ausschuss unter Leitung seines Vorsitzenden Cem Özdemir, MdB, im Mai 2019 in Berlin.



- Ebenfalls im Mai 2019 führten Mitglieder des Ausschusses ein Gespräch mit Abgeordneten des **polnischen Sejm**, die sich auf Einladung der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe in Berlin aufhielten.
- Eine Delegation des Ausschusses für Verkehr und Kommunikation des **finnischen Parlaments** konnte der Ausschuss im September 2019 in Berlin zu einem Gedankenaustausch zu den Themen „MaaS (Mobility as a service)“ sowie „Klimaeinflüsse des Verkehrssektors und Gegenmaßnahmen“ begrüßen.
- Ein Gespräch mit einer Delegation des **chinesischen Verkehrsministeriums** wurde im November 2019 in Berlin geführt.
- Im Rahmen der **Umsetzung des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens** wurden zwei Videokonferenzen mit dem korrespondierenden Ausschuss der französischen Assemblée nationale, dem Ausschuss für nachhaltige Entwicklung und Regionalplanung, realisiert.
Am 23. Oktober 2019⁴⁵⁴ erfolgte der Gedankenaustausch im Rahmen einer öffentlichen Ausschusssitzung⁴⁵⁵. Themen waren die Mobilitätswende, Grenzüberschreitende Verkehre und grenzüberschreitende Verkehrsinfrastrukturen sowie die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.
Die zweite Videokonferenz im Januar 2021 fand im Rahmen einer Informationsveranstaltung statt. Dabei ging es vor allem um die im Vertrag von Aachen genannten grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte.
- Unter Leitung der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Daniela Kluckert, MdB, fand im März 2020 ein Gespräch mit einer Delegation **mosambikanischen Verwaltungsgesichtshofs** zu Fragen des Straßenbaus statt.
- Der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir, MdB, traf sich im März 2020 mit dem **finnischen Minister für Verkehr und Telekommunikation** Timo Harakka zu einem Mittagessen in der finnischen Botschaft in Berlin.
- Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte ein Gespräch des Ausschusses mit der neuen **EU-Verkehrskommissarin**

⁴⁵⁴ [hib 1187/2019](#)

⁴⁵⁵ [Wortprotokoll der 54. Sitzung](#)



Adina Vălean im Juni 2020 nur als Videokonferenz stattfinden. Themen des Gesprächs, das unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Cem Özdemir, MdB, stattfand, waren unter anderem der „European Green Deal“, der „Recovery Fund“ und die „Erwartungen der Kommission an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“.

- Im Rahmen der **Parlamentarischen Dimension der Deutschen Ratspräsidentschaft** fand am 5. Oktober 2020 die interparlamentarische Konferenz „Green Deal und Gemeinsame Agrarpolitik: Für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa“ statt⁴⁵⁶. Diese Konferenz, bei der auch der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur eingebunden war und bei der er durch seinen Vorsitzenden Cem Özdemir, MdB, vertreten war, konnte aufgrund der Corona-Pandemie nur als Videokonferenz stattfinden. Es nahmen Abgeordnete aus 25 EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament sowie Gäste aus Norwegen und dem Vereinigten Königreich teil.



Abbildung 10: Die Vorsitzende des Umweltausschusses Sylvia Kotting-Uhl, MdB, und der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Cem Özdemir, MdB

- Im Mai 2021 konnten der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir, MdB, sowie weitere Ausschussmitglieder im Rahmen einer Videokonferenz ein Gespräch mit dem neuen **US-Ver-**

⁴⁵⁶ Nähere Informationen unter: <https://www.parleu2020.de/nachrichten/nachbericht-green-deal-797556>



kehrminister Pete Buttigieg führen. Themen waren die Zukunft des Transportsektors und mögliche Bereiche der transatlantischen Zusammenarbeit in diesem Sektor.

3. Veranstaltungen und Gespräche

- Im Oktober 2018 fand ein Gedankenaustausch mit dem **Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages** statt, womit eine bestehende Tradition fortgeführt wurde.
- Der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir, MdB, vertrat den Ausschuss im Januar 2019 beim **57. Deutschen Verkehrsgerichtstag** in Goslar.
- Im Juni 2019 besichtigten Mitglieder des Ausschusses unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Cem Özdemir, MdB, in Berlin-Pankow den **Akku-Triebzug FLIRT Akku** der Firma Stadler Rail Group.
- Im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde im Juni 2020 ein Gespräch mit Vertretern der European Transport Workers' Federation (**ETF**), der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (**EVG**) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft **ver.di** geführt. Die Vertreter der ETF nahmen wegen der Corona-Pandemie aus Brüssel per Videokonferenz teil.
- Im September 2020 führten Ausschussmitglieder ein Gespräch unter Leitung der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Daniela Kluckert, MdB, mit Vertretern der **Bundeschülerkonferenz**. Dabei ging es vor allem um Schülerinnen und Schüler betreffende Fragen des Öffentlichen Personennahverkehrs.
- Im Rahmen des Digitalen **Jugendmedienworkshops** im Deutschen Bundestag 2021 "Stadt, Land, Flucht?! - Lebens- und Wohnräume heute und in Zukunft" diskutierten der Ausschussvorsitzende Cem Özdemir, MdB, und weitere Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur in einer Videokonferenz im März 2021 mit Teilnehmern des Workshops.

4. Besuche im Inland

- Im Rahmen des dortigen Parlamentariertages informierten sich Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur im April 2018 auf der **Internationalen Luft-**



und Raumfahrt ausstellung (ILA) über neue Entwicklungen in der Luftverkehrstechnik.

- Im September 2018 besuchten Mitglieder des Ausschusses die internationale Fachmesse für Verkehrstechnik **INNOTRANS** in Berlin, um sich über Neuerungen in der Bahn- und Verkehrstechnik zu informieren.
- Im Januar 2019 folgte eine Exkursion von Mitgliedern des Ausschusses zu dem Infrastrukturprojekt „**Bahn-technologie Campus Havelland**“ in Wustermark.
- Der Unterrichtung über Abbiegeassistenzsysteme diente ein Besuch von Mitgliedern des Ausschusses unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Cem Özdemir, MdB, im Januar 2019 bei dem Unternehmen **Mercedes-Benz Actros** in Berlin-Marienfelde (s. zum Thema „Abbiegeassistenzsysteme“ auch Seite 20 f).

5. Telefon- bzw. Videokonferenzen mit Bundesminister Andreas Scheuer zu Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie

Im Frühjahr und Sommer fanden zunächst mehrere Telefonkonferenzen – später dann Videokonferenzen – statt, in denen die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur über Auswirkungen der Corona-Pandemie im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und über die insoweit ergriffenen Maßnahmen unterrichtet wurden. Die Unterrichtung erfolgte im Regelfall durch den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer, MdB.



Anhang 1 – Mitglieder

Mitglieder

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur in der
19. Wahlperiode

CDU/CSU

[Behrens, Manfred \(bis 08/21\)](#)
[Bellmann, Veronika](#)
[Donth, Michael](#)
[Holmeier, Karl](#)
[Jarzombek, Thomas](#)
[Ludwig, Daniela \(bis 10/2019\)](#)
[Obner, Florian](#)
[Ploß, Dr. Christoph](#)
[Pols, Eckhard](#)
[Rainer, Alois \(seit 10/2019\)](#)
[Schnieder, Patrick](#)
[Schreiner, Felix](#)
[Schweiger, Torsten \(seit 01/2021\)](#)
[Sendker, Reinhold](#)
[Simon, Björn](#)
[Storjohann, Gero](#)
[Uhl, Markus](#)

SPD

[Bach, Bela \(seit 02/2020\)](#)
[Burkert, Martin \(bis 02/2020\)](#)
[Herzog, Gustav](#)
[Klare, Arno](#)
[Korkmaz-Emre, Elvan](#)
[Lühmann, Kirsten](#)
[Martin, Dorothee \(seit 09/2021\)](#)
[Müller, Detlef](#)
[Schiefner, Udo](#)
[Schmidt, Uwe](#)
[Stein, Mathias](#)



AfD

[Büttner, Matthias \(bis 01/2021\)](#)

[Holm, Leif-Erik](#)

[Magnitz, Frank](#)

[Mrosek, Andreas](#)

[Spaniel, Dr. Dirk](#)

[Wiehle, Wolfgang](#)

FDP

[Jung, Dr. Christian \(bis 04/2021\)](#)

[Gohl, Dr. Christopher \(seit 04/2021\)](#)

[Herbst, Torsten](#)

[Kluckert, Daniela](#)

[Luksic, Oliver](#)

[Reuther, Bernd](#)

DIE LINKE.

[Cezanne, Jörg](#)

[Leidig, Sabine](#)

[Remmers, Ingrid \(verstorben 9. August 2021\)](#)

[Wagner, Andreas](#)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Gastel, Matthias](#)

[Gelbhaar, Stefan](#)

[Kühn, Stephan \(bis 10/2020\)](#)

[Tressel, Markus \(seit 10/2020\)](#)

[Wagner, Daniela](#)



Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

[Damerow, Astrid](#)
[Erndl, Thomas](#)
[Hirte, Christian \(seit 03/2020\)](#)
[Koeppen, Jens](#)
[Lange, Ulrich](#)
[Lips, Patricia](#)
[Möring, Karsten](#)
[Müller, Carsten](#)
[Rehberg, Eckhardt \(bis 08/2021\)](#)
[Riebsamen, Lothar](#)
[Sauer, Stefan](#)
[Steier, Andreas \(seit 01/2021\)](#)
[Stracke, Stephan](#)
[Tebroke, Dr. Hermann-Josef](#)
[Vogel, Volkmar \(bis 03/2020\)](#)
[Wegner, Kai](#)
[Whittaker, Kai](#)

SPD

[Bartol, Sören](#)
[De Ridder, Dr. Daniela](#)
[Hartmann, Sebastian](#)
[Hitschler, Thomas \(bis 05/2020\)](#)
[Nissen, Ulli](#)
[Martin, Dorothee \(seit 05/2020 bis 09/2021\)](#)
[Rimkus, Andreas](#)
[Rützel, Bernd](#)
[Schmid, Dr. Nils](#)
N.N.

AfD

[Büttner, Matthias \(seit 01/2021\)](#)
[Bernhard, Marc \(bis 01/2021\)](#)
[Komning, Enrico \(bis 01/2021\)](#)
[Ehrhorn, Thomas](#)
[Kraft, Dr. Rainer](#)
[Schulz, Uwe](#)
[Wildberg, Dr. Heiko](#)



FDP

[Hessel, Katja](#)
[Hocker, Dr. Gero](#)
[Müller, Alexander](#)
[Sauter, Christian](#)
[Sitta, Frank](#)

DIE LINKE.

[Domscheit-Berg, Anke](#)
[Lenkert, Ralph](#)
[Lutze, Thomas](#)
[Zimmermann, Pia](#)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Krischer, Oliver](#)
[Müller, Claudia \(seit 10/2020\)](#)
[Nestle, Dr. Ingrid](#)
[Özdemir, Cem](#)
[Tressel, Markus \(bis 10/2020\)](#)



Anhang 2 – Liste der Vorlagen

Federführende Gesetzentwürfe und Anträge in der 19. WP

| Eingangsdatum | Drs. | Initiant | Titel | Drs. BE |
|---------------|----------|---------------------------|--|--------------|
| 13.06.2018 | 19/2695 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz | 19/16908 |
| 22.08.2018 | 19/3930 | Bundesregierung | Bundesfernstraßenmautgesetz | 19/5102(neu) |
| 24.09.2018 | 19/4459 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich | 19/5580 |
| 24.09.2018 | 19/4465 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong) | 19/5103 |
| 24.09.2018 | 19/4466 | Bundesregierung | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Seearbeitsgesetzes | 19/5030 |
| 01.11.2018 | 19/5421 | Bundesregierung | Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes | 19/7084 |
| 05.12.2018 | 19/6289 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr | 19/7049 |
| 17.12.2018 | 19/6548 | Bundesregierung | Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden | 19/7650 |
| 07.12.2018 | 19/6334 | Bundesregierung | Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes | 19/6001 |
| 07.12.2018 | 19/6336 | Bundesregierung | Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes (5. TKG-Änderungsgesetz – 5. TKGÄndG) | 19/11180 |
| 27.03.2019 | 19/8751 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fahrlehrergesetzes | 19/9863 |
| 29.04.2019 | 19/9738 | Bundesregierung | Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2370 vom 14. Dezember 2016 zur Änderung der Richtlinie 2012/34/EU bezüglich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und der Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur | 19/10689 |
| 19.06.2019 | 19/10993 | DIE LINKE. | Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Finanzierungskreislaufes Straße (Finanzierungskreislaufaufhebungsgesetz – FKAufhG) | 19/29513 |
| 10.07.2019 | 19/11468 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 8. Juni 2017 zur Änderung des Vertrags vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EU-CARIS) | 19/14104 |



| | | | | |
|------------|----------|-----------------|---|----------|
| 04.09.2019 | 19/12915 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften | 19/14419 |
| 14.10.2019 | 19/13962 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999 | 19/14438 |
| 02.12.2019 | 19/15619 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz – MgvG) | 19/16907 |
| 02.12.2019 | 19/15621 | Bundesregierung | Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes | 19/16908 |
| 02.12.2019 | 19/15622 | Bundesregierung | Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes | 19/16909 |
| 02.12.2019 | 19/15626 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich | 19/16907 |
| 03.12.2019 | 19/15661 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der technischen Säule des vierten Eisenbahnpakets der Europäischen Union | 19/16195 |
| 07.01.2020 | 19/16335 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 25. August 1953 zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Vorsteher des Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartements der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die deutschen Eisenbahnstrecken auf Schweizer Gebiet | 19/17119 |
| 19.02.2020 | 19/17289 | Bundesregierung | Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes | 19/18267 |
| 19.02.2020 | 19/17290 | Bundesregierung | Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (8. FStrÄndG) | 19/19132 |
| 19.03.2020 | 19/18077 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt | 19/19695 |
| 08.04.2020 | 19/18471 | Bundesregierung | Zweite Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) | 19/19197 |
| 27.04.2020 | 19/18788 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. September 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odra) | 19/19675 |
| 20.05.2020 | 19/19380 | Bundesregierung | Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (FAL-Übereinkommen) | 19/20625 |
| 19.08.2020 | 19/21733 | Bundesregierung | Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (Binnenschifffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetz – BinSchAbfÜbkAG) | 19/23074 |



| | | | | |
|------------|----------|---------------------------|---|---------------|
| 19.08.2020 | 19/21751 | Bundesregierung | Zweite Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) | 19/23174 |
| 31.08.2020 | 19/21983 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im Berufskraftfahrerqualifikationsrecht | 19/23185(neu) |
| 08.09.2020 | 19/22106 | FDP | Entwurf eines Gesetzes für ein Bundesfernstraßen-Baubeschleunigungsgesetz | 19/24040 |
| 04.09.2020 | 19/22139 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Investitionen | 19/24040 |
| 23.10.2020 | 19/23625 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zur Einführung und Regelung von Verkehrssicherheitszonen – Abbiegeassistentengesetz (2. VerkehrswendeG-ÄndG-StVG – AbbiegeassistentenG) | 19/29802 |
| 11.11.2020 | 19/24224 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 2. Mai 2019 zur Änderung des Abkommens vom 8. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über den Luftverkehr | 19/25157 |
| 26.01.2021 | 19/26175 | CDU/CSU und SPD | Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts | 19/27288 |
| 19.02.2021 | 19/26819 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts | 19/27288 |
| 19.02.2021 | 19/26824 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Vorschriften des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes über die Fortführung der Pflichtversicherungen in der Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See – Renten-Zusatzversicherung – | 19/27436 |
| 19.02.2021 | 19/26825 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes über die Personalkostenerstattung für zugewiesene Beamtinnen und Beamte | 19/27437 |
| 19.02.2021 | 19/26826 | Bundesregierung | Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Seearbeitsgesetzes | 19/27691 |
| 19.02.2021 | 19/26827 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie | 19/27793 |
| 09.03.2021 | 19/27439 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes - Gesetz zum autonomen Fahren | 19/29875 |
| 11.03.2021 | 19/27522 | Bundesregierung | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes | 19/29861 |
| 11.03.2021 | 19/27524 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 17. Dezember 2020 zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (Maastricht Vereinbarung) | 19/28479 |
| 11.03.2021 | 19/27528 | Bundesregierung | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Seelotsengesetzes | 19/22841 |



| | | | | |
|------------|----------|-----------------|--|----------|
| 17.03.2021 | 19/27656 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Eisenbahnregulierungsrechts | 19/29371 |
| 17.03.2021 | 19/27657 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1161 vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge sowie zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften | 19/29196 |
| 17.03.2021 | 19/27660 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes und des Gesetzes über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen | 19/28511 |
| 17.03.2021 | 19/27671 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften im Eisenbahnbereich | 19/28828 |
| 30.03.2021 | 19/28125 | Bundesregierung | Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes | 19/29278 |
| 31.03.2021 | 19/28176 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gebührenrechtlicher und weiterer Vorschriften über das Befahren der Bundeswasserstraßen durch die Schifffahrt | 19/29276 |
| 31.03.2021 | 19/28179 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung nationaler Regelungen an die Durchführungsverordnung (EU) 2019/947 der Kommission vom 24. Mai 2019 über die Vorschriften und Verfahren für den Betrieb unbemannter Luftfahrzeuge | 19/29354 |
| 31.03.2021 | 19/28184 | Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes über die Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur für reine Batterieelektrofahrzeuge (Schnellladegesetz - SchnellLG) | 19/29840 |
| 19.04.2021 | 19/28683 | Bundesregierung | Gesetz zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) | 19/29842 |
| 19.04.2021 | 19/28684 | Bundesregierung | 4. Änderungsgesetz zum Straßenverkehrsgesetz und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften | 19/29874 |
| 20.04.2021 | 19/28788 | CDU/CSU und SPD | Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes | 19/29798 |
| 08.06.2021 | 19/30400 | CDU/CSU und SPD | Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes | 19/30926 |

Anträge

| | | | | |
|------------|---------|---------------------------|--|---------|
| 18.01.2018 | 19/480 | DIE LINKE. | Ausstieg und Umstieg bei dem Bahnprojekt Stuttgart 21 | 19/3589 |
| 18.01.2018 | 19/481 | DIE LINKE. | Offenlegung von neuen Gutachten zur Deutschen Bahn AG | 19/2352 |
| 14.03.2018 | 19/1202 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Fuß- und Radverkehr sicherer machen - Sichtfelderweiterung für Fahrerkabinen von LKW und Abbiegeassistenzsysteme verpflichtend einführen | 19/3028 |
| 22.03.2018 | 19/1359 | DIE LINKE. | Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr schrittweise einführen | 19/9042 |
| 22.03.2018 | 19/1360 | DIE LINKE. | Hersteller von wirksamen technischen Nachrüstung von Diesel-Pkw auf ihre Kosten verpflichten – Fahrverbote vermeiden | 19/5768 |



| | | | | |
|------------|---------|---------------------------|---|----------|
| 17.04.2018 | 19/1693 | FDP | Luftreinhaltung im Straßenverkehr - Ökonomisch, ökologisch und sozial | 19/5581 |
| 17.04.2018 | 19/1695 | FDP | Intelligente Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten ergreifen – Fahrverbote verhindern | 19/5768 |
| 24.04.2018 | 19/1839 | FDP | Nach Tunnelhavarie und Rheintal-Streckensperrung 2017 von Rastatt - Aufarbeitung und Notfallmanagement entwickeln | 19/3800 |
| 27.06.2018 | 19/2987 | FDP | Dauerhafte Senkung des Mindestalters zum Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse AM auf 15 Jahre | 19/5031 |
| 19.09.2018 | 19/4380 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Luft- und Lebensqualität schaffen – Automobilhersteller zu Hardware-Nachrüstungen von Dieselfahrzeugen verpflichten und die Verkehrswende in Städten einleiten | 19/5768 |
| 26.09.2018 | 19/4526 | DIE LINKE. | Privatisierung stoppen – Toll Collect zu einem demokratisch kontrollierten Unternehmen in öffentlicher Hand entwickeln | 19/6001 |
| 26.09.2018 | 19/4534 | FDP | Fahrverbote verhindern – Rechtsrahmen zur Hardware-Nachrüstung schaffen und Fonds zur freiwilligen Umrüstung von EURO-5-Diesels-Kfz auflegen | 19/5768 |
| 26.09.2018 | 19/4542 | AfD | Fahrverbote wirksam verhindern – Einführung von bundesweit einheitlichen und vergleichbaren Messverfahren bei Stickoxiden | 19/5768 |
| 26.09.2018 | 19/4547 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Toll Collect nicht erneut privatisieren – Vergabeverfahren stoppen | 19/6001 |
| 11.10.2018 | 19/4921 | FDP | Verhältnismäßige LKW-Maut mit nachhaltigen Anreizen und Technologieoffenheit | 19/7645 |
| 26.10.2018 | 19/5306 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Breitband für alle – Digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen | 19/6142 |
| 07.11.2018 | 19/5529 | FDP | Ausbau der dritten Start- und Landebahn des Flughafens München | 19/6524 |
| 20.11.2018 | 19/5893 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Verkehrswende in Städten, mehr Raum für das Rad – Einführung von Fahrradstraßen erleichtern und Fahrradzonen etablieren | 19/14674 |
| 29.11.2018 | 19/6195 | DIE LINKE. | Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote | 19/7878 |
| 05.12.2018 | 19/6284 | FDP | Digitalisierung der Schiene durch Verkauf von Beteiligungen der Deutschen Bahn AG vorantreiben | 19/11076 |
| 11.12.2018 | 19/6398 | FDP | Digitalisierung im 21. Jahrhundert – Digitale Infrastruktur im Glasfaserausbau | 19/7049 |
| 15.01.2019 | 19/7024 | DIE LINKE. | Drohenden Kollaps verhindern – Deutsche Bahn AG demokratisch umbauen | 19/11076 |
| 15.01.2019 | 19/7029 | FDP | Smart Farming | 19/7989 |
| 21.01.2019 | 19/7195 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Elektromobilität auf die Überholspur bringen – Chancen für eine zukunftsfähige Mobilität nutzen | 19/11909 |
| 30.01.2019 | 19/7431 | AfD | Die Eisenbahn nicht gegen andere Verkehrsträger ausspielen – keine Erhöhung der Energiesteuer und CO ₂ -Abgabe für Diesel um 30 Cent je Liter – Kein Stopp des Autobahn- und Bundesstraßenbaus (Bundestags-Drs. 19/7941) | 19/8010 |
| 30.01.2019 | 19/7452 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Die Eisenbahn zum Rückgrat der Verkehrswende machen | 19/11076 |



| | | | | |
|------------|----------|---------------------------|---|----------|
| 19.02.2019 | 19/7902 | FDP | Technologieoffene Förderung alternativer Antriebe | 19/8903 |
| 19.02.2019 | 19/7907 | DIE LINKE. | Abbau von Bahninfrastruktur stoppen | 19/8804 |
| 20.02.2019 | 19/7941 | AfD | Die Eisenbahn nicht gegen andere Verkehrsträger ausspielen – Keine Erhöhung der Energiesteuer und CO ₂ -Abgabe für Diesel um 30 Cent je Liter – Kein Stopp des Autobahn- und Bundesstraßenbaus | 19/11076 |
| 21.02.2019 | 19/7984 | FDP | Mittelrheintal mit alternativer Gütertrasse und funktionierenden Ausweichstrecken entlasten | 19/9000 |
| 19.03.2019 | 19/8543 | FDP | E-Scooter und Hoverboards jetzt bürgerfreundlich zulassen – Flexible Mobilität schnell und innovativ ermöglichen | 19/14074 |
| 22.02.2019 | 19/8647 | DIE LINKE. | Motorradfahrende besser schützen – Unterschutz muss Regel werden | 19/10001 |
| 03.04.2019 | 19/8980 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Das Straßenverkehrsrecht reformieren – Straßenverkehrsordnung fahrrad- und fußverkehrsfreundlich anpassen | 19/16458 |
| 04.04.2019 | 19/9076 | DIE LINKE. | Die Bahn wieder ins ganze Land bringen – Bahnstrecken reaktivieren | 19/10586 |
| 09.04.2019 | 19/9251 | AfD | Keine Elektromobilität zu Lasten von Mensch und Umwelt in rohstoffreichen Entwicklungsländern – Rohstoffförderung für Elektromobilität strenger kontrollieren | 19/10347 |
| 07.05.2019 | 19/9918 | CDU/CSU und SPD | Der Schiene höchste Priorität einräumen | 19/11076 |
| 07.05.2019 | 19/9921 | FDP | Verkehrssicherheit durch Reform des Begleiteten Fahrens ab 17 Jahren erhöhen | 19/14325 |
| 08.05.2019 | 19/9948 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen | 19/14000 |
| 20.05.2019 | 19/10350 | DIE LINKE. | Taxigewerbe schützen | 19/15195 |
| 04.06.2019 | 19/10617 | FDP | Freie Fahrt für Angler | 19/14829 |
| 04.06.2019 | 19/10618 | FDP | Lückenschluss-Auktion – Frequenzvergabe neu denken | 19/14006 |
| 05.06.2019 | 19/10638 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Gute Schienenwege braucht das Land – Erhaltung des Schienennetzes bedarfsgerecht finanzieren | 19/15522 |
| 21.06.2019 | 19/11035 | FDP | Funkfrequenzen für Medien und Kultur dauerhaft erhalten | 19/14324 |
| 24.06.2016 | 19/11039 | FDP | Forschung und Innovationen für klimafreundliches Fliegen | 19/13986 |
| 25.06.2019 | 19/11110 | FDP | Qualität des Schienennetzes effektiv verbessern – Ausgabe von Steuermitteln besser kontrollieren | 19/15522 |
| 25.06.2019 | 19/11111 | FDP | Abladeoptimierung Mittel- und Niederrhein mittels Maßnahmengesetz schneller vorantreiben | 19/14075 |
| 25.06.2019 | 19/11117 | FDP | Eine nationale Küstenwache schaffen | 19/14401 |
| 25.06.2019 | 19/11118 | FDP | Innovationsschub für das autonome Fahren in Deutschland | 19/14001 |
| 25.06.2019 | 19/11122 | AfD | Aus den Havarien der MS Pallas und MS Glory Amsterdam lernen – Eine deutsche Küstenwache gründen | 19/14401 |
| 25.06.2019 | 19/11123 | AfD | Bahninfrastruktur in Deutschland nachhaltig verbessern – Empfehlungen des Bundesrechnungshofes zur Bahninfrastrukturfinanzierung beachten | 19/15522 |



| | | | | |
|------------|----------|---------------------------|---|----------|
| 27.06.2019 | 19/11235 | DIE LINKE. | Für eine bessere Bahn – Ausstieg und Umstieg bei Stuttgart 21 | 19/16900 |
| 10.09.2019 | 19/13097 | AfD | Nachhaltigkeit im Güterkraftverkehr steigern, Energieverbrauch und die Anzahl der Lkw-Fahrten vermindern, Straßen und Brücken schonen | 19/14741 |
| 10.09.2019 | 19/13101 | FDP | Tegel offen halten – Für Berlin und für Deutschland | 19/17450 |
| 16.10.2019 | 19/14029 | FDP | Smart Automotive – Anforderungen an die vernetzte Mobilität im Auto von morgen | 19/15253 |
| 16.10.2019 | 19/14048 | FDP | Smart Germany - Gigabit-Gutscheine für den Breitbandausbau | 19/15194 |
| 16.10.2019 | 19/14093 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Klimapaket neu auflegen – Verkehrswende für eine klimafreundliche Mobilität einleiten | 19/15019 |
| 23.10.2019 | 19/14376 | DIE LINKE. | Elektrifizierungsprogramm für den Schienenverkehr | 19/18995 |
| 23.10.2019 | 19/14387 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Den Mobilpass jetzt einführen – Für eine attraktive, ökologische, bezahlbare Mobilität von morgen | 19/23921 |
| 06.11.2019 | 19/14826 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Die Zukunft von Berlin TXL – The Urban Tech Republic | 19/17450 |
| 10.12.2019 | 19/15779 | CDU/CSU und SPD | Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr | 19/16458 |
| 17.12.2019 | 19/16040 | FDP | Mehr Tempo bei der Infrastruktur – Planungsturno jetzt | 19/16907 |
| 17.12.2019 | 19/16042 | DIE LINKE. | Planungskapazitäten ausbauen und Bürgerbeteiligung wirksamer machen und Aushöhlung durch Maßnahmengesetze verhindern | 19/16907 |
| 15.01.2019 | 19/16518 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Mobilfunk als Daseinsvorsorge | 19/27446 |
| 29.01.2020 | 19/16861 | AfD | Wirksame Maßnahmengesetze – Beschleunigung durch echte Beteiligung der Öffentlichkeit erzielen | 19/17735 |
| 11.02.2020 | 19/17093 | FDP | Verkehrsprojekte schneller realisieren – Ein modernes Planungsrecht für das 21. Jahrhundert schaffen | 19/17735 |
| 05.03.2020 | 19/17612 | DIE LINKE. | Gleichstellung von cannabis- und alkoholkonsumierenden Führerscheininhaberinnen und Führerscheininhabern | 19/29205 |
| 21.04.2020 | 19/18674 | FDP | Seamless Mobility innovativ gestalten - Vernetzt und digital in ganz Deutschland unterwegs | 19/23921 |
| 12.05.2020 | 19/19128 | FDP | Die Straßenverkehrsordnung reformieren – Verhältnismäßigkeit statt sofortige Fahrverbote | 19/22584 |
| 13.05.2020 | 19/19157 | AfD | Autofahrer unterstützen – Neuen Bußgeldkatalog sofort außer Kraft setzen – Rückkehr zu alter Bußgeldkatalog-Verordnung | 19/22584 |
| 26.05.2020 | 19/19488 | DIE LINKE. | Fahrradprämie für alle | 19/20539 |
| 27.05.2020 | 19/19558 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft für eine europäische Verkehrswende nutzen | 19/20660 |
| 28.05.2020 | 19/19650 | AfD | Befahrensabgaben auf dem Nord-Ostsee-Kanal absenken und flexibilisieren | 19/20967 |
| 16.06.2020 | 19/20031 | DIE LINKE. | Rettungsschirm und Zukunftsoffensive für den öffentlichen Nahverkehr | 19/20719 |
| 16.06.2020 | 19/20043 | FDP | Gute Mobilität für europäische Bürger – Schwerpunkte in der Verkehrspolitik während der deutschen Ratspräsidentschaft | 19/20660 |



| | | | | |
|------------|----------|---------------------------|--|----------|
| 16.06.2020 | 19/20053 | FDP | Werften und Schiffbau in der Corona-Krise nicht allein lassen - Bund als öffentlicher Auftraggeber in Schlüsselrolle für wirtschaftliche Belebung | 19/22354 |
| 16.06.2020 | 19/20064 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Verkehrssicherheit auf allen Straßen erhöhen – Sicherheitstempo 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen | 19/22392 |
| 17.06.2020 | 19/20069 | AfD | Diesel-Fahrverbote sofort und vollständig aufheben – Neueste wissenschaftliche Daten berücksichtigen | 19/22459 |
| 17.06.2020 | 19/20072 | AfD | Deutscher Automobilindustrie zeitnah helfen, Bahnrettung statt Konzernrettung, Berichte des Bundesrechnungshofs auch in der Krise beachten und umsetzen | 19/20658 |
| 01.07.2020 | 19/20686 | AfD | Sparten des ‚Deutsches Zentrum Mobilität der Zukunft‘ auch in den neuen Bundesländern ansiedeln | 19/23175 |
| 01.07.2020 | 19/20690 | AfD | Luftverkehrsinfrastruktur durch Flughafenkonzept für Deutschland sichern | 19/22883 |
| 01.07.2020 | 19/20691 | AfD | Autobahnbaustellen zügiger, sicherer sowie umwelt- und autofahrerfreundlicher planen und durchführen | 19/22219 |
| 02.07.2020 | 19/20778 | FDP | Keine Diskriminierung von Motorradfahrern | 19/23981 |
| 09.09.2020 | 19/22186 | AfD | Deutschlands Automobilindustrie unterstützen – Gleichstellung von Wasserstofffahrzeugen mit von synthetischen Kraftstoffen oder Biokraftstoffen angetriebenen Fahrzeugen | 19/24684 |
| 15.09.2020 | 19/22436 | AfD | Digitaler Staat für mehr Nachhaltigkeit - Echtzeitfahrgastinformationen des ÖPNV unverzüglich integrieren | 19/23531 |
| 15.09.2020 | 19/22490 | DIE LINKE. | Investitionsoffensive in den öffentlichen Nahverkehr – für eine echte Verkehrswende | 19/24596 |
| 15.09.2020 | 19/22495 | FDP | Nachhaltige Mobilität durch Innovationen | 19/23645 |
| 15.09.2020 | 19/22497 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Parkraummanagement zu einem wirkungsvollen Handlungsfeld der Verkehrswende entwickeln – Umweltfreundliche Mobilität und mehr Aufenthaltsqualität in Städten | 19/24687 |
| 16.09.2020 | 19/22553 | AfD | Motorradfahren erhalten – Keine unverhältnismäßigen Vorgaben für Motorräder und deren Fahrer | 19/23981 |
| 06.10.2020 | 19/23114 | DIE LINKE. | Weiterbau der A 49 stoppen, ÖPP-Verträge kündigen, Alternativen prüfen und umsetzen | 19/24683 |
| 06.10.2020 | 19/23131 | AfD | Investitionsoffensive im Infrastrukturbereich – Das Investitionsbeschleunigungsgesetz sinnvoll ergänzen | 19/24040 |
| 04.11.2020 | 19/23987 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Klimafreundliche Schifffahrt – Deutsche Ratspräsidentschaft nutzen | 19/25830 |
| 17.11.2020 | 19/24356 | FDP | Unterstützung für das System Luftverkehr in Zeiten von Corona | 19/25292 |
| 18.11.2020 | 19/24419 | AfD | Planungsbeschleunigung - Ausbau von Gigabit-Netzen vorantreiben | 19/25698 |
| 24.11.2020 | 19/24639 | FDP | Keine einseitige Subventionierung für den DB-Konzern – Unterstützung für den Schienenverkehr wettbewerbsneutral ausgestalten | 19/25386 |
| 24.11.2020 | 19/24640 | FDP | Technologieoffenheit wahren – Elektromobilität nicht mit Euro 7 durch die Hintertür erzwingen | 19/25831 |



| | | | | |
|------------|----------|---------------------------|--|----------|
| 25.11.2020 | 19/24647 | AfD | Euro 7 stoppen – Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern | 19/25831 |
| 08.12.2020 | 19/25007 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Teilen als Prinzip der Mobilität von morgen verankern- rechtliche Grundlagen für neue Sharing-Angebote verbessern | 19/30464 |
| 26.01.2021 | 19/26173 | DIE LINKE. | Keine Schlupflöcher für Uber & Co – Mietwagen wirksam regulieren | 19/27288 |
| 27.01.2021 | 19/26186 | FDP | Update für das Personenbeförderungsgesetz – Chancen der Digitalisierung nutzen | 19/27288 |
| 27.01.2021 | 19/26188 | FDP | Regeln für den Schnellstart ins Gigabitzitaler | 19/28428 |
| 26.02.2021 | 19/27050 | FDP | Serious Games – Zukunfts-Bausteine für einen digitalen Bildungs- und Wirtschaftsstandort | 19/30327 |
| 01.03.2021 | 19/27110 | FDP | Rechtssicherheit bei Rohmessdaten schaffen | 19/29070 |
| 01.03.2021 | 19/27121 | FDP | Lehren aus Havarien ziehen – Die deutsche Bucht besser schützen | 19/28827 |
| 02.03.2021 | 19/27192 | DIE LINKE. | Recht auf schnelles Internet für alle | 19/28867 |
| 03.03.2021 | 19/27211 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Fluglärm mindern, die Menschen in den Flughafenregionen besser schützen | 19/29718 |
| 22.03.2021 | 19/27760 | FDP | Verlängerung der Hauptuntersuchungsintervalle für Oldtimer mit H-Kennzeichen | 19/29698 |
| 24.03.2021 | 19/27844 | AfD | Erhaltung bestehender Freizeitwasserstraßen in Deutschland | 19/29956 |
| 24.03.2021 | 19/27847 | AfD | Ausbau der Freizeitwasserstraßen in Deutschland – Erschließung touristischer und sportlicher Potentiale im Inland | 19/29958 |
| 24.03.2021 | 19/27870 | AfD | Ausbau des Wassersports – Saale-Leipzig-Kanal zur Erschließung touristischer und sportlicher Potenziale für die Region Halle-Leipzig | 19/29957 |
| 24.03.2021 | 19/27875 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Mobilität in ländlichen Räumen verbessern | 19/31103 |
| 24.03.2021 | 19/28435 | FDP | Für ein modernes und wettbewerblesches Bahnsystem in Europa | 19/29524 |
| 13.04.2021 | 19/28441 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Die deutsche Bahnpolitik in eine europäische Verkehrswende einbetten | 19/29717 |
| 14.04.2021 | 19/28460 | AfD | Verfügbarkeit der Eisenbahninfrastruktur in Deutschland bei schwierigen Wetterverhältnissen | 19/29374 |
| 20.04.2021 | 19/28778 | DIE LINKE. | Kein weiter so mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 | 19/30744 |
| 04.05.2021 | 19/29284 | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | Zukunftspakt maritime Ausbildung für mehr KnowHow in der Seeschifffahrt | 19/30703 |
| 18.05.2021 | 19/29755 | FDP | Umgang mit Fahrzeugdaten für Innovation, Sicherheit und Mobilität im 21. Jahrhundert | 19/31099 |
| 18.05.2021 | 19/29759 | FDP | Wohnmobile ab 3,5 t im Straßenverkehr – Ungleichbehandlung beheben und deutschlandweit Campingurlaub ermöglichen | 19/31107 |
| 19.05.2021 | 19/29777 | AfD | Synthetische Kraftstoffe als CO2-frei einstufen - Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen | 19/31092 |
| 08.06.2021 | 19/30391 | FDP | Maßnahmen für mehr Sicherheit im Straßengüterverkehr | 19/31071 |



Impressum

Herausgeber:

Deutscher Bundestag, Sekretariat PA 15 – Verkehrsausschuss

Die Textbeiträge wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussekreterariates erarbeitet.

Bundestagsadler:

Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele

Bildnachweis:

S. 1: ©Deutscher Bundestag/ Marco Urban

S. 6, 1. Foto: ©Deutscher Bundestag/ Thomas Trutschel

S. 6, 2. Foto: ©Deutscher Bundestag/ Inga Haar

S. 8, 1. Foto: ©Deutscher Bundestag/Werner Schüring

S. 8, 2. Foto: ©Deutscher Bundestag (Sekretariat PA 15)

S. 15: ©Deutscher Bundestag (Sekretariat PA 15)

S. 44: ©Deutscher Bundestag (Sekretariat PA 15)

S. 74-76: ©Deutscher Bundestag (Sekretariat PA 15)

S. 77: ©Deutscher Bundestag/Achim Melde. Das Foto auf Seite

S. 79: ©Deutscher Bundestag/Marco Urban

Stand: Januar 2022

© Deutscher Bundestag, Berlin Alle Rechte vorbehalten.